

Wandel der Gewaltformen im  
internationalen System  
1946–2006

Sven Chojnacki

Kontakt:  
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)  
Am Ledenhof 3-5  
D-49074 Osnabrück  
Fon: +49.(0)541.600.35.42  
Fax: +49.(0)541.600.79.039  
[www.bundesstiftung-friedensforschung.de](http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de)  
[info@bundesstiftung-friedensforschung.de](mailto:info@bundesstiftung-friedensforschung.de)

Prof. Dr. Sven Chojnacki  
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft  
Freie Universität Berlin

[svencho@zedat.fu-berlin.de](mailto:svencho@zedat.fu-berlin.de)

© 2008 Deutsche Stiftung Friedensforschung  
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF  
Druck: Günter Druck GmbH, Georgsmarienhütte  
Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in Germany 2008

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:  
Sparkasse Osnabrück, Konto-Nr. 1230, BLZ 265 501 05

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Zielsetzung und Forschungsmethodik .....</b>	<b>4</b>
1.1 Ausgangsüberlegungen und Forschungsdebatte .....	4
1.2 Erkenntnisinteresse.....	6
<b>2. Forschungsprozess .....</b>	<b>9</b>
2.1 Typologiebildung und Operationalisierung.....	9
2.2 Operationalisierung.....	13
<b>3. Empirische Forschungsergebnisse .....</b>	<b>15</b>
3.1 Globaler Wandel der Kriegsformen, 1946-2006.....	15
3.2 Mikroanalytische Fundierung .....	20
3.2.1 Fragmentierung der Konfliktakteure und Transnationalisierung von Gewalt ...	20
3.2.2 Kommerzialisierung von Gewalt und Sicherheit.....	24
3.2.3 Kriegsökonomien .....	26
3.3 Militärische Interventionen .....	29
<b>4. Einordnung in den aktuellen Forschungsstand .....</b>	<b>33</b>
<b>5. Offene Forschungsfragen und Forschungsdesiderata.....</b>	<b>36</b>
<b>6. Appendix: .....</b>	<b>38</b>
Liste der Kriege 1946-2006.....	38
(1) Inter-state Wars .....	38
(2) Extra-state Wars .....	39
(3) Intra-state Wars .....	40
(4) Sub-state Wars .....	48
Liste der aus dem Projekt hervorgegangenen Publikationen.....	51
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>53</b>

DSF-Forschung erscheint in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

# 1. Zielsetzung und Forschungsmethodik

## 1.1 Ausgangsüberlegungen und Forschungsdebatte

Wer den Krieg überwinden und wirksame Strategien des Friedens entwickeln will, muss ihn studieren und analysieren<sup>1</sup>. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, beschäftigten sich Analysen bewaffneter Konflikte lange Zeit fast ausschließlich mit den Korrelaten und empirischen Entwicklungen zwischenstaatlicher Kriege. Dahinter stand die Annahme, dass angesichts der Erfahrungen von zwei verheerenden Weltkriegen vor allem zwischenstaatliche Gewaltformationen die Struktur des internationalen Systems und die Stabilität internationaler Ordnung gefährden. Diese Perspektive verband sich mit der Gewohnheit, Krieg als zentralen Untersuchungsgegenstand allein über das Verhalten von Staaten zu definieren und zu erklären. Selbst das explosionsartige Auftreten innerstaatlicher Auseinandersetzungen im Zuge der Dekolonisierung wurde zumindest teilweise mit den nachholenden Prozessen der Staatenbildung begründet. Konflikte innerhalb von Staaten wurden - und werden - vor allem als Anti-Regimekriege oder Sezessionskriege klassifiziert und damit explizit an die Idee der Verteidigung oder Herstellung von Staatlichkeit gebunden.

Eine zentrale Dimension des Krieges und seiner Überwindung ist dabei lange vernachlässigt worden: der Wandel organisierter Gewaltkonflikte und ihre möglichen Rückwirkungen auf die regionale und/oder internationale Stabilität sowie auf die normative Struktur internationaler Ordnung. Der Ost-West-Konflikt wirkte offenbar nicht nur weltpolitisch strukturbildend, sondern verstellte der Friedens- und Konfliktforschung teilweise auch den Blick auf tiefer liegende und langfristige Veränderungen im Kriegsgeschehen. Während dann mit dem Ende des Kalten Krieges zunächst die Probleme innerstaatlicher Kriege in den Mittelpunkt politischer Aufmerksamkeit rückten fielen einige Konfliktforscher/innen von einem Extrem in das Nächste: Die in einigen Fällen zu beobachtende Dominanz nichtstaatlicher Gewaltgruppierungen (Warlords, Rebellenbewegungen, lokale/ethnische Milizen) in Räumen be- oder entgrenzter Staatlichkeit sowie die Entstehung und Perpetuierung von Kriegsökonomien und transnationalen Gewaltordnungen wurden als Belege eines übergreifenden Wandels der Kriegsformen im globalisierten Zeitalter herangezogen, verbunden mit der Feststellung, dass das Clausewitz'sche Verständnis von Krieg als rationales Mittel zur Durchsetzung von Staatsinteressen anachronistisch sei. Die daran anknüpfende These von den „neuen“ Kriegen hat seither eine erstaunliche Karriere gemacht. Ihr zufolge entziehen sich zahlreiche Gewaltkonflikte der Gegenwart den herkömmlichen begrifflichen Zuschreibungen, Klassifikationsmustern und Erklärungsansätzen der Friedens- und Konfliktforschung. Dafür werden drei Entwicklungen verantwortlich gemacht. Erstens wird auf einen quantitativen und qualitativen Wandel der Gewaltakteure und auf eine damit einhergehende zunehmende Komplexität staatlicher und nichtstaatlicher Akteurskonstellationen in gewaltoffenen Räumen verwiesen<sup>2</sup>. Zweitens werden die komplexen, grenzübergreifenden Akteurskonstellationen und die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols als Hinweise darauf gewertet, dass die Rahmenbedingungen zunehmend entstaatlicht und globalisiert seien und dass transnationale Netzwerke und Allianzen an Bedeutung gewinnen<sup>3</sup>.

1 Karl W. Deutsch: Introduction. In: Quincy/Wright, A Study of War: 2. Auflage, Chicago: University of Chicago Press, 1965, S. xii.

2 Georg Elwert: Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 37. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997, S.86-101. Herfried Münkler: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2002; Mary Kaldor: New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era. Cambridge: Polity Press 1999.

3 Christopher Clapham: Africa and the International System. The politics of state survival. Cambridge: University Press 1996; Mary Kaldor, a.a.O., 1999; Mark Duffield: Global governance and the new wars. London: Zed Books 2001.

Drittens wird auf die Zunahme ökonomischer Handlungslogiken im Sinne einer Ökonomisierung des Krieges aufmerksam gemacht, die nicht nur zur Verfestigung von Kriegssituationen führe, sondern auch ein dafür Indiz sei, dass sich „Krieg lohnt“<sup>4</sup>. Die Entstehung von global vernetzten Kriegswirtschaftssystemen<sup>5</sup> und nichtstaatlichen Gewaltordnungen<sup>6</sup> transformiere nicht nur die Gewaltmotive und Handlungslogiken der Konfliktakteure, sondern habe auch veränderte Konfliktdynamiken zur Folge. Auf einen einfachen Nenner gebracht sieht Mary Kaldor in diesen Transformationsprozessen die Kernelemente des Übergangs von „alten“ zu „neuen“ Kriegen.

Der Ansatz der „neuen“ Kriege liegt mittlerweile zahlreichen Studien zum Wandel des Krieges zugrunde, was zweifellos zur Popularität des Begriffes beigetragen hat. Für den deutschsprachigen Raum nahm Herfried Münkler die Debatte prominent auf und führte diese auf eine sehr umstrittene Weise weiter. Im Wesentlichen identifizierte er drei miteinander verknüpfte Entwicklungslinien, um die Entwicklungen zu den „neuen“ Kriegen zu verdeutlichen und zu erklären: erstens die Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt, zweitens die strategische „Asymmetrisierung“ des Krieges sowie drittens die Verselbständigung der Gewaltformen, in deren Folge reguläre Streitkräfte die Kontrolle über das Konfliktgeschehen verlieren<sup>7</sup>. Verbunden ist damit die These, dass der transnationale Terrorismus eine Form asymmetrischer Kriegsführung sei. Im Unterschied zu Kaldor verweist seine Argumentation damit insgesamt stärker auf die historischen Prozesse der Verstaatlichung und Entstaatlichung der politischen Gewalt. Insgesamt zieht er den Schluss, dass „der Staat nicht mehr der selbstverständliche Monopolist des Krieges ist“<sup>8</sup>.

Eine weitere Variante „neuer“ Kriege präsentierten im weiteren Verlauf einer kontrovers geführten öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte Bernhard Zangl und Michael Zürn<sup>9</sup>. Ausgehend von ihrer übergreifenden These des Übergangs (sicherheits-) politischer Prozesse von der nationalen zur „postnationalen Konstellation“ und der damit verbundenen Privatisierung grenzüberschreitender Gewalt, die mit einer Zunahme transnationaler Sicherheitsbedrohungen einhergehe, gehen sie von zwei neuartigen Kriegsformen aus: den „neuen Bürgerkriegen“ und den „neuen Kriegen“. Anhand der fünf Kriterien Kampfverbände, Gewaltmotiv, Gewaltstrategie, Gewaltanwendung und Gewaltökonomie sollen die Unterschiede zu „klassischen zwischenstaatlichen Kriegen“ und „klassischen Bürgerkriegen“ kenntlich gemacht werden<sup>10</sup>. Dabei entsprechen die „neuen Bürgerkriege“ mit ihrem dezentralen Netzwerkcharakter, der Betonung kriegsökonomischer Zusammenhänge und der Entgrenzung der Gewaltanwendung mehr oder weniger den „neuen“ Kriegen Kaldors und Münklers. Den Begriff der „neuen Kriege“ nutzen Zürn und Zangl dagegen in einem anderen Sinne: zur Abgrenzung gegenüber dem klassischen zwischenstaatlichen Krieg, der von Staaten und internationalen Sicherheitsinstitutionen geführt wird. „Neue Kriege“ sind demnach Gewaltakte, „um neue Bürgerkriege und den transnationalen Terrorismus zu bekämpfen und um der Spirale von Staatszerfall, Staatsterror und schweren Kriegsverbrechen entgegenzutreten“. Diese Form der Gewaltanwendung sei ein „quasi-zwischen-

4 Mats Berdal/David M. Malone (eds): *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne Rienner 2000; Mark Duffield, a.a.O., 2001; Herfried Münkler, a.a.O., 2002.

5 Georg Elwert, a.a.O., 1997, S. 86-101; Klaus Schlichte: Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9 (2002), 1, S. 113-137.

6 David Keen: Incentives and disincentives for violence. In: Mats Berdal/David M. Malone (eds), *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne Rienner 2000, S. 19-41; William Reno: *Warlord Politics and African States*. Boulder: Lynne Rienner Publishers 1998.

7 Herfried Münkler, a.a.O., 2002, S. 10f.

8 Ders., a.a.O., 2002, S. 222.

9 Bernhard Zangl/Michael Zürn: *Frieden und Krieg*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2003.

10 Ders./Michael Zürn, a.a.O., 2003, S. 187, 197.

staatlicher Krieg“ gegen den „nichtstaatlichen Krieg“, der keine eigenen territorialen Ansprüche beinhaltet und mit einer deutlich veränderten Kriegsführung einhergeht<sup>11</sup>.

Unabhängig von der Plausibilität vieler einzelner Argumente und der empirisch aufschlussreichen Illustration „neuartiger“ (Teil-) Phänomene des Krieges sind die bislang vorliegenden Konzepte und Erklärungsansätze insgesamt jedoch unbefriedigend geblieben. Einerseits werden auf der empirisch recht dünnen Grundlage illustrativer Einzel- und Extremfälle (u.a. Afghanistan, Somalia, Sierra Leone, Liberia) vorschnell allgemeine Schlussfolgerungen gezogen. Andererseits sind die diachrone Typenbildung (alte vs. neue Kriege) wie das Etikett „neu“ außerordentlich unscharf und trügerisch, weil suggeriert wird, dass eine klare zeitliche Bestimmung in „alte“ und „neue“ Kriege möglich und die binäre Kodierung analytisch sinnvoll sei. Dabei bleibt eines oft unberücksichtigt: der Wandel des Krieges ist nicht ungewöhnlich. Weil Krieg immer auch mit den Strukturen und dem Wandel interner und externer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verkoppelt ist, unterliegt er als soziale und politische Praxis vielfältigen, historisch kontingenten Veränderungsprozessen und ist zugleich auch selbst ein Motor des Wandels. Wenn sich die soziale Institution Krieg wandelt, müssen zwangsläufig die bestehenden Konzepte und Begriffssysteme der Friedens- und Konfliktforschung kritisch überprüft und weiterentwickelt werden. Typologien haben dabei eine wichtige analytische Funktion, weil sie zur präzisen Beschreibung, zur Ordnung des Gegenstandsbereiches und damit zur Erklärung von Ursachen und Folgen auf der Basis beobachteter Gemeinsamkeiten und Unterschiede beitragen. Mehr noch: Unterschiedliche Kriegsformen stellen unterschiedliche Anforderungen an Konzepte externer Konfliktbearbeitung durch Prävention und Intervention. Insofern war und ist die Analyse des Wandels auch von unmittelbarer Bedeutung für das normative Anliegen der Friedensforschung im Sinne der Zivilisierung des Konfliktaustrags.

## 1.2 Erkenntnisinteresse

Auf der Folie dieser Vorüberlegungen richtete sich das Erkenntnisinteresse des Projekts auf die Beantwortung der Fragestellung, durch welche Kriegsformen das internationale System der Gegenwart sicherheits- wie ordnungspolitisch geprägt wird und ob letztlich nichtstaatliche Gewaltformen in Räumen begrenzter Staatlichkeit Ausdruck eines übergreifenden Wandels der Kriegsformen sind und dabei die These von den „neuen Kriegen“ rechtfertigen. Damit verbunden war eine dreifache Problemstellung:

1. Inwieweit lassen sich nichtstaatliche Gewaltformen jenseits der simplen Unterscheidung „alter“ und „neuer“ Kriege mit bestehenden Typologien der vergleichenden Kriegsursachenforschung verbinden bzw. in ein neues Klassifikationschema überführen, damit sich Kontinuitäten und Veränderungen systematisch und vergleichend analysieren lassen?
2. Welche Implikationen ergeben sich aus den Dimensionen des Wandels (Privatisierung/Entstaatlichung, Ökonomisierung, Transnationalisierung) für die Konfliktodynamiken?
3. Welche Wirkungen haben externe Strategien der Konfliktbearbeitung (militärische Interventionen) auf die Eskalation bzw. Deeskalation substaatlicher Gewaltkonflikte?

---

11 Ders./Michael Zürn, a.a.O., 2003, S. 194ff.

Während sich also das theoretische Ziel auf die Konzeptualisierung von Krieg und seinem Wandel im internationalen System richtete, orientierte sich das empirische Ziel an der empirisch-systematischen Analyse der Gewaltentwicklung im Allgemeinen, der Untersuchung von Akteurs-, Prozess- und Strukturbedingungen substaatlicher Gewaltordnungen in Räumen begrenzter Staatlichkeit im Besonderen. Methodisch verknüpft wurde dies mit der Frage, ob und inwieweit die bekannten Kriegstypologien noch greifen und welche konzeptionellen Konsequenzen sich hieraus ergeben. Dazu wurden klare operationale Kriterien für die Erfassung von Gewaltformen jenseits „klassischer“ Staatenkriege entwickelt, um so der unscharfen Begriffsbildung der „neuen Kriegsforschung“ entgegenzuwirken. Die übergeordnete erkenntnisleitende These lautete diesbezüglich, dass für die Konfliktforschung eine generell akzeptierte Konflikttypologie eine notwendige Voraussetzung ist. Nur so ist es möglich, Anknüpfungspunkte für eine vergleichende Analyse der Gewaltursachen und für die Bewertung präventiver Eingriffe zu erhalten. Eine Bestandsaufnahme ist auch deswegen zentral, weil die Konflikt- und Kriegsdaten der bekannten Forschungsinstitute wie die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), das Heidelberger KOSIMO-Projekt oder das Correlates of War Projekt (COW) in ihren Definitionen und Konflikttypologien stark variieren. Sie führen - wie Eberwein und Chojnacki<sup>12</sup> gezeigt haben - zu unterschiedlichen „Welten der Gewalt“: „The world is as violent as the dataset one uses. But we do not know which of the ‚war worlds‘ the different datasets inform us is the correct one“. Dass sich daraus wiederum sehr unterschiedliche Anforderungen an eine Politik der Prävention oder Intervention ableiten lassen, liegt auf der Hand, ist aber zugleich auch eines der zentralen Probleme der vergleichenden Kriegsursachenforschung<sup>13</sup>.

Zur Verwirklichung der Forschungsziele wurden die zentralen Erklärungsansätze zum Wandel der Kriegsformen herausgearbeitet und Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung, der Regionalwissenschaften und der Internationalen Beziehungen zusammengeführt. In einer weiteren Projektphase sind die Hypothesen zum Formenwandel des Krieges auf der Basis eines *case study pools* weiterentwickelt und verfeinert worden. Dabei stellte sich heraus, dass die These der „neuen“ Kriege überzogen bzw. unterspezifiziert geblieben ist. Als besonders problematisch erwiesen sich die unscharfe diachrone Typenbildung (alte vs. neue Kriege), die fehlenden operationalen Kriterien zur Erfassung einzelner Fälle sowie die dürftige und teilweise falsch interpretierte empirische Basis<sup>14</sup>. Um diese Defizite zu beheben und um die Veränderungen im Kriegsgeschehen angemessen zu erfassen und zu erklären, ist eine eigene Kriegstypologie entwickelt worden, die dem Wandel der Kriegsformen typologisch jenseits der simplen Dichotomie „alter“ und „neuer“ Kriege gerecht wird und dabei gleichzeitig die Überlegungen führender Forschungsprojekte innerhalb der vergleichenden Konflikt- und Kriegsursachenforschung integriert.

Die Anforderungen des Untersuchungsgegenstandes und die methodologischen Vorüberlegungen haben bereits in einem frühen Stadium des Forschungsprozesses zur Organisation und Durchführung eines Workshops geführt, der auf eine gemeinsame Initiative von

12 Wolf-Dieter Eberwein/Sven Chojnacki: *Scientific Necessity and Political Utility. A Comparison of Data on Violent Conflicts*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 2001.

13 Die untersuchten Datensätze waren: *Correlates of War (COW)*, *Uppsala Conflict Data Program (UCDP)*, Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), die KOSIMO-Datenbank des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung (HIK) sowie die Gewaltdaten der *State Failure Task Force*. Es zeigte sich, dass es zwischen den Projekten enorme Unterschiede hinsichtlich der Zahl, Art, Dauer und Intensität der Kriege gibt, die gezählt werden. Stringente, quantitative operationale Definitionen allein sind dabei keine Garantie für konsistente „Gewaltwelten“, wie die Unterschiede zwischen dem COW-Projekt und UCDP belegen. Beide verwenden zwar ähnlich strikte und explizite Kriterien, sind aber keineswegs deckungsgleich.

14 Zu den Kritikern zählen u.a. Michael Brzoska: 'New Wars' Discourse in Germany. In: *Journal of Peace Research* 41 (2004), 1, S. 107-117; Sven Chojnacki: Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht. In: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 32 (2004), 3, 402-424; Klaus Jürgen Gantzel: Neue Kriege? Neue Kämpfer?, Arbeitspapier Nr. 2/2002. Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg. 2002; Stathis N. Kalyvas: 'New' and 'Old' civil wars: A valid distinction? In: *World Politics* 54 (2001), October, S. 99-118; Edward Newman: The 'New Wars' Debate: A Historical Perspective is Needed. In: *Security Dialogue* 35 (2004), 2, S. 173-189.

WZB (Eberwein/Chojnacki) und IAK (Mehler) zurückgeht. Unter dem Motto „sich kreuzender Blickwinkeln auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention“ wurde ein „Triolog“ zwischen den friedenswissenschaftlich relevanten Teildisziplinen in Deutschland geführt: Friedens- und Konfliktforschung, Internationale Beziehungen (IB) und Regionalwissenschaften (*area studies*). Neben der inhaltlichen Annäherung sollte der Workshop einen Anstoß zur Kooperation zwischen den Teildisziplinen bzw. den anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern geben<sup>15</sup>. Inhaltlich diente der Workshop der systematischen Überprüfung der jeweiligen methodischen und theoretischen Zugänge sowie der Kompatibilität untereinander. Daher sollte ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der Teildisziplinen die Gelegenheit gegeben werden, a) die spezifische inhaltliche Orientierung zu präsentieren, b) die erkennbaren friedenspolitischen Defizite zu identifizieren, c) die potenziellen theoretischen, methodischen wie institutionellen Anknüpfungspunkte aufzuzeigen und d) einen ersten Rückbezug auf die Erfordernisse der politischen Praxis herzustellen. Dahinter stand die Prämisse, dass sich die Debatten zu Krieg und Frieden nicht in disziplinären Grenzen abspielen kann, sondern von benachbarten Disziplinen wie der Soziologie, der Ethnologie, der politischen Ökonomie, den Internationalen Beziehungen oder den Regionalwissenschaften inspiriert werden. Für den eigenen Forschungsprozess bedeutete dies, Fragestellungen immer wieder pluridisziplinär zu reflektieren.

---

15 Sven Chojnacki/Wolf-Dieter Eberwein/Andreas Mehler: Sich kreuzende Blickwinkel auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention. Ein Workshopbericht. Discussion Paper P03-301. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 2003.

## 2. Forschungsprozess

### 2.1 Typologiebildung und Operationalisierung

Zwei Hürden standen der empirisch-systematischen Bestimmung des qualitativen Wandels der Kriegsformen bisher im Wege. Erstens erfasst eine Reihe von Forschungsprojekten nur Teilklassen von Krieg oder Spezialprobleme des Konfliktverhaltens<sup>16</sup>. Dazu zählen u.a. Jack Levy<sup>17</sup> mit seinem Fokus auf Großmachtkriegen, Kalevi Holsti<sup>18</sup> mit seiner Studie zu Kriegen der „dritten Art“ oder die *State Failure Task Force* mit ihren vier Kategorien *ethnic war*, *revolutionary war*, *genocide/politicide* und *adverse regime change*<sup>19</sup>. Exemplarisch für die Analyse von Spezialfällen von Konfliktverhalten ist das *Minorities at Risk Project*<sup>20</sup>, das auf die Analyse des gewaltsamen Risikopotenzials und der Prozessdynamik von Minderheitenkonflikten abzielt. Immerhin gibt es zwei quantitativ ausgerichtete Forschungsprojekte, die beanspruchen, alle Kriege im globalen Maßstab typologisch zu differenzieren und empirisch zu erfassen: das *Correlates of War*-Projekt (COW) als das international etablierteste und älteste Kriegsforschungsprogramm<sup>21</sup> sowie das jüngere *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP)<sup>22</sup>.

Die zweite Hürde besteht in der Rückbindung der Kriegsdefinition an die Vorstellungen staatlich sanktionierter Gewalt in einem westfälischen Staatensystem. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist in der Regel die Grundorientierung an souveräner Staatlichkeit als spezifischer Vergesellschaftungsform der Gewaltakteure und Definitionskriterium für die Erfassung von Kriegen. Das COW-Projekt entwickelte dafür operationale Kriterien, die in der Forschung weitgehend akzeptiert sind: Krieg ist demnach gebunden an die Systemmitgliedschaft mindestens eines beteiligten Akteurs<sup>23</sup>.

Die Annahme der Verstaatlichung des Krieges in einem internationalen System ohne Zentralgewalt mit autoritativer Entscheidungskompetenz und legitimem Gewaltmonopol führt zunächst zu zwei Kerntypen extremer Gewaltkonflikte: Kriege zwischen zwei oder mehr Mitgliedern des internationalen Systems und Kriege innerhalb von Staaten, bei denen reguläre Regierungseinheiten gegen nichtstaatliche, innerstaatliche Herausforderer kämp-

- 
- 16 Bei einigen Projekten wiederum ist eine zufrieden stellende Datenverfügbarkeit (in elektronischer Form) nicht gewährleistet, so dass es sehr schwierig ist, die Daten zu replizieren oder zu vergleichen. Dies trifft etwa auf das Projekt von Monty G. Marshall mit seinen *Major Episodes of Political Violence* zu.
- 17 Jack S. Levy: *War in the Modern Great Power System*. Lexington: University Press of Kentucky 1983.
- 18 K. J. Holsti: *The state, war, and the state of war*. Cambridge: Cambridge University Press 1996.
- 19 Daniel C. Esty/Jack Goldstone/Ted R. Gurr/Barbara Harff/Pamela T. Surko/Alan N. Unger/Robert S. Chen: *The State Failure Project: Early Warning Research for U.S. Foreign Policy Planning*. In: John L. Davies/Ted R. Gurr (eds): *Preventive Measures*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers 1998.
- 20 Siehe dazu <<http://www.cidcm.umd.edu/inscr/mar/>>.
- 21 Das COW-Projekt begann 1963 unter der Leitung von David J. Singer an der University of Michigan in Ann Arbor. Heute wird es an der University of Illinois at Urbana-Champaign unter der Leitung von Paul Diehl fortgeführt.
- 22 Neben diesen beiden - in der internationalen Forschungsdebatte tonangebenden - Projekten gibt es auch im deutschsprachigen Raum zwei Forschungsprogramme, die seit Jahren empirische Informationen zu gewaltsamen Konflikten zusammentragen und hierzulande meist die zentrale Referenzquelle für Konflikt- und Kriegsdaten sind: die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg (AKUF) und das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) mit seiner KOSIMO-Datenbank. Aufgrund ihrer qualitativen Ausrichtung, die mit methodologischen Problemen verbunden ist, werden beide Projekte hier nicht weiter diskutiert: Erstens entziehen sie sich der intersubjektiven Reproduzierbarkeit von erfassten bzw. nicht erfassten Fällen; zweitens erschweren sie die Replikation und den Vergleich und reduzieren so drittens den Wert für komparatistische Zwecke und für die statistische Analyse; viertens schließlich sind die Abgrenzungskriterien für die Unterscheidung der Kriegstypen nicht ganz eindeutig. Vgl. zur Kritik Wolf Dieter Eberwein/Sven Chojnacki, a.a.O., 2001.
- 23 Als Mitglieder des Staatensystems gelten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges nationale Einheiten mit einer Mindestgröße von einer halben Million Einwohnern, die entweder in eine Weltorganisation aufgenommen worden sind (Völkerbund bzw. Vereinten Nationen) oder durch mindestens zwei Großmächte diplomatisch anerkannt sind. Dieses Grundprinzip wird auch vom UCDP nicht grundsätzlich in Frage gestellt und in leicht modifizierter Form angewendet; vgl. Harvard Strand/Lars Wilhelmsen/Nils Petter Gleditsch: *Armed Conflict Dataset Codebook*, Version 1.1, 9. Oslo 2002.

fen<sup>24</sup>. Einen dritten Kriegstypus leiten beide Projekte aus den Prozessen der Kolonisation und Dekolonisation ab, die zu einer historisch spezifischen Konfliktform zwischen ungleich vergesellschafteten Akteuren führten: imperiale oder koloniale Kriege zwischen einem Mitglied des internationalen System und einer politischen Einheit, die nicht als souveräner Staat anerkannt ist. Diese drei Kernklassen von Krieg bestimmten lange Zeit die Forschungsagenda zur Erfassung von Strukturen und Veränderungen des Kriegsgeschehens.

Nichtstaatliche Gewaltkonflikte, die das Akteurskriterium der Mitgliedschaft im internationalen System nicht voll erfüllen, würden damit jedoch entweder von der Beobachtung und Analyse per definitionem ausgeschlossen oder als gewöhnliche innerstaatliche Kriege klassifiziert. Um diesem Defizit zu begegnen und dem Wandel der Kriegsformen im internationalen System konzeptionell gerecht zu werden, begannen Vertreter des COW-Projekts Ende der 1990er Jahre, eine Modifikation ihrer Klassifikation und eine Reorganisation ihrer Datenbasis - basierend auf dem Kriterium des politischen Status der Konfliktparteien - vorzunehmen. Dies führte zum Vorschlag einer „Mastertypologie“ bewaffneter Konflikte<sup>25</sup>. In der typologischen Reformulierung bedeutet dies, dass das COW-Projekt nun insgesamt sieben Kriegstypen im Angebot hat<sup>26</sup>.

Während zwischenstaatliche Kriege nicht von den Modifikationen betroffen sind und extra-systemische Auseinandersetzungen lediglich zu *extra-state wars* umformuliert und in zwei Teilklassen erfasst werden<sup>27</sup>, werden Kriege zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sowie Kriege nichtstaatlicher Konfliktparteien untereinander ausdifferenziert. Zum einen werden innerstaatliche Kriege in zwei Teilklassen zerlegt: (a) *for central control* und (b) *for local issues*. Zum anderen weichen die „interkommunalen Kriege“ zwischen nichtstaatlichen Gewaltakteuren innerhalb eines Staates von der klassischen Orientierung ab. Mit der Integration unterschiedlich vergesellschafteter Akteurskonstellationen folgt das COW-Projekt dem Anspruch, dass Klassifikationen grundsätzlich offen genug sein müssen, um neue Phänomene zu integrieren<sup>28</sup>. Operational hält COW weiterhin an der bekannten und in der quantitativen Forschung anerkannten Regel fest, dass Krieg Extremverhalten militärischer Gewaltanwendung ist, bei dem wenigstens 1.000 gefallene Soldaten zu beklagen sind<sup>29</sup>.

Zwei Aspekte sind jedoch bei der modifizierten COW-Typologie problematisch. Zum einen folgt die Bestimmung der beiden innerstaatlichen Kriegstypen einer anderen Logik: Sie setzt nicht am politischen Status der Akteure bzw. an der Konstellation der Gewaltakteure an, sondern am Kriegsziel bzw. Konfliktgegenstand<sup>30</sup>. Hinzu kommt, dass erhebliche Abgrenzungsprobleme zwischen innerstaatlichen Kriegen ‚for local issues‘ und den interkommunalen Kriegen zu erwarten sind. Zum anderen stellt sich ein Grundsatzproblem mit

24 Melvin Small/J. David Singer, a.a.O., 1982, S. 203-222.

25 Meredith R. Sarkees/David J. Singer: *Armed Conflict & Future: A Master Typology?* Papier für die Konferenz "Identifying Wars: Systemic Conflict Research and its Utility in Conflict Resolution and Prevention", 8.-9. Juni 2001, Uppsala 2001.

26 Dies./David J. Singer, a.a.O., 2001, S. 26; Dies./Frank W. Wayman/David J. Singer: *Inter-State, Intra-State, and Extra-State Wars: A comprehensive look at their distribution over time, 1816-1997*. In: *International Studies Quarterly* 47 (2003), Nr.1, S. 60.

27 Die COW-Teilklassen der extrastaatlichen Kriege sind (a) 'state vs. independent non-state actor' und (b) 'state vs. dependent non-state actor', vgl. Dies./David J. Singer, a.a.O., 2001, S. 26.

28 Dies./David J. Singer, a.a.O., 2001, S. 24.

29 Vgl. David J. Singer/Melvin Small: *The Wages of War, 1816-1965: A Statistical Handbook*. New York: John Wiley & Sons Inc, 1972; John A. Vasquez: *The war puzzle*. Cambridge: Cambridge University Press 1993.

30 Dieses Problem besteht auch beim UCDP, das bewaffnete Konflikte per definitionem an zwei Problemfelder bindet: Territorium und Herrschaft. Theoretisch fragwürdig ist hier einerseits Sinn und Nutzen der Einbindung von Konfliktgegenständen in die Kriegsdefinition. Andererseits ist die Beschränkung auf zwei Problemfelder unbefriedigend, zumal sie auch theoretisch nicht zu rechtfertigen ist. In der vorliegenden Form schränkt dies die vollständige Erfassung historischer Fälle (u.a. Nigeria 1980/81 und Jordanien 1970) wie auch die Offenheit der Definition für Veränderungen in den Problemtypen unnötig ein. So deuten die komplexen Wechselbeziehungen von kollabierender Staatlichkeit, ökonomisierter Gewalt und kommerzialisierter Sicherheit sowie der Nexus von Umweltdegradation und Konfliktverhalten auf Problemtypen hin, die sich dem engen Ansatz des UCDP entziehen.

der weiterhin verfolgten Kriegsdefinition: Werden in der neuen Klasse der interkommunalen Kriege nur „*battle deaths*“ berücksichtigt<sup>31</sup>, dann dürfte dies einen Bias zugunsten klassischer, staatlich sanktionierter Gewaltformen produzieren.

Dennoch bietet die COW-Typologie einen guten Anknüpfungspunkt. Auf der Grundlage der eigenen Forschungsarbeiten wird allerdings eine theoretisch sinnvolle Vereinfachung vorgeschlagen, die zugleich das Risiko der Proliferation von Typologien in der Konfliktforschung gering hält. Wird zur Typologiebildung explizit an der Vergesellschaftungsform bzw. am politischen Status der Akteure angesetzt, dann ergeben sich vier Kerntypen kriegerischer Gewalt:

- (1) zwischenstaatliche Kriege (zwischen mindestens zwei souveränen Staaten);
- (2) extrastaatliche Kriege (zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren jenseits bestehender Staatsgrenzen);
- (3) innerstaatliche Kriege (zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren innerhalb bestehender Grenzen), die wiederum in zwei Subtypen unterteilt werden: a) Kriege, die den politischen Umsturz des Regimes und/oder politischen Systemwandel herbeiführen sollen (Anti-Regimekriege), b) Kriege, die einen autonomen Status oder die Abspaltung vom bestehenden Staat verfolgen (Autonomie- und Sezessionskriege);
- (4) substaatliche Kriege (zwischen nichtstaatlichen Gewaltakteuren innerhalb oder jenseits formaler Staatsgrenzen).

Der vierte Kriegstyp reflektiert die Debatte über den Formenwandel der Gewalt und orientiert sich explizit am Kriterium der Vergesellschaftungsform der Akteure. Er postuliert aber keine völlig neue Kriegsform, sondern ergänzt ein fehlendes Puzzleteil in der Kombination staatlicher und nichtstaatlicher Akteurskonstellationen. In der Konsequenz lassen sich Kriege zwischen nichtstaatlichen Akteuren sowohl für die empirisch-systematische Analyse (Auftreten, Dauer, Korrelate) als auch für komparative Zwecke (Verhältnis zu innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Kriegen) nutzen<sup>32</sup>. Der Grad der Differenzierung ist so hoch wie notwendig, um Gruppen militärischer Gewaltanwendung zu isolieren und für vergleichende Analysen nutzbar zu machen. Gleichzeitig ist er gering genug, damit der Grad an Allgemeinheit und die Nützlichkeit für die Theoriebildung erhalten bleibt. Die Klassifikation erfolgt ebenso trennscharf wie sie Kriege umfassend erfassbar macht, ohne mit der These der „neuen“ Kriege einen Epochenwandel zu postulieren.

Lösbar sind auch die Operationalisierungs- und Abgrenzungsprobleme: Wenn bei substaatlichen Kriegen erstens die Trennlinie zwischen der militärischen und zivilen Sphäre verschwindet und private Gewaltakteure dominieren, dann muss diese Veränderung in der Kriegsdefinition angemessen berücksichtigt werden, zumal die Zivilbevölkerung für das Verständnis der Eskalationsdynamik substaatlicher Kriege keine Residualkategorie darstellt. Opferschwellen, die sich allein an gefallenen Soldaten (COW) oder *battle-related deaths* (UCDP) orientieren, helfen hier nicht weiter. Eine Lösung besteht darin, das Kriterium der 1.000 getöteten Soldaten in inner-, extra- und substaatlichen Konfliktkonstellationen auf organisierte, von der Zivilbevölkerung nicht klar differenzierbare Kampfverbände auszuweiten. Damit wird man dem unterstellten Charakter der „neuen“ Kriege gerecht und schließt gleichzeitig zivile Opfer durch Kriegsfolgen (Flucht, Katastrophen) aus.

31 Meredith Sarkess/Frank Wayman/David J. Singer, a.a.O., 2003, S. 58.

32 Empirisch lassen sich mit dem Typus der substaatlichen Kriege auch einige kritische Fälle erfassen, die bislang anderen Klassen zugeordnet wurden oder aus den Listen der Kriege ausgeschlossen waren. Dies betrifft nicht nur Ereignisse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, sondern generell die Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs (u.a. Libanon, Afghanistan).

Zweitens stellt sich die Frage von Veränderungen der Kriegsformen im Zeitablauf. Aus prozesstheoretischer Perspektive sind wir häufig mit Situationen konfrontiert, die als innerstaatliche Kriege beginnen (u.a. Somalia, Angola oder Kolumbien) und erst über Zeit Charakteristika substaatlicher Kriege annehmen, oder auch umgekehrt. Die einfache Lösung besteht darin, die Verschiebungen bei den Kriegstypen auf jährlicher Basis zu erheben und datenmäßig zu erfassen. Die Bestimmung der Übergänge ist dann wiederum eine Grundvoraussetzung dafür, Erklärungen für den Wandel des Krieges zu finden. Auf diese Weise erlaubt es die eingeschlagene Forschungsstrategie, die „Verquickung“ zwischen unterschiedlichen Gewaltformen und ihre Dynamik selbst zum Forschungsgegenstand zu machen<sup>33</sup>. Letztlich führt dies zu zwei Grundformen militärischer Gewalt: (a) Kriege, die sich über Zeit qualitativ nur sehr begrenzt oder gar nicht verändern, und (b) Kriege, die einem Wandel innerhalb der Kriegstypologie unterliegen.

Über die typologische Integration substaatlicher Kriege hinaus stellt sich drittens noch das Problem der Integration militärischer Interventionen. Obwohl militärische Interventionen in bestehende Kriege ein häufiges Muster des Konfliktverhaltens sind, besteht hier nicht nur ein wesentliches empirisches wie auch theoretisches Forschungsdefizit<sup>34</sup>, sondern auch Unklarheit über die Verknüpfung mit bestehenden Kriegstypologien<sup>35</sup>. Während das COW-Projekt Interventionen in ihren Datensätzen allein über das Zusatzkriterium der (Fremd-)Beteiligungen erfasst, weist das UCDP *internationalized internal wars* („similar to internal conflict, but where the government, the opposition or both sides receive support from other governments“) einen eigenständigen Status zu<sup>36</sup>. Die Trennung von internen und internationalisierten internen Auseinandersetzungen ist jedoch aus theoretischer und klassifikatorischer Perspektive nur schwer nachvollziehbar. So fallen Kriege mit ähnlichen innerstaatlichen Rahmenbedingungen und Verlaufsmustern (bis zum Zeitpunkt der militärischen Intervention) in unterschiedliche Kategorien. Darüber hinaus sind auch zwischen- und substaatliche Kriege durch militärische Interventionen dritter Parteien gekennzeichnet. Deutlich wird dies etwa beim Koreakrieg oder bei den Kriegen in Liberia und der DR Kongo. Dies spricht nicht grundsätzlich gegen die Berücksichtigung militärischer Interventionen in laufende militärische Konflikte. Im Gegenteil, uni- oder multilaterale militärische Eingriffe sollten nicht als eigenständiger Kriegstypus behandelt werden, sondern als Spezialformen des Konfliktverhaltens, die dann mit den entsprechenden Kriegstypen kombiniert werden können. Damit ergibt sich im Übrigen ein theoretisch wie praxeologisch wichtiger Ansatzpunkt für die Klärung der Beziehung zwischen externen Interventionen und der Konfliktdynamik.

---

33 Wolf-Dieter Eberwein: Quantität und Qualität - Beide gehören zusammen. In: Ethik und Sozialwissenschaften 8 (1997), 3, S. 271.

34 Jeffrey Pickering: Give Me Shelter: Reexamining Military Intervention and the Monadic Democratic Peace. In: International Interactions 28 (2002), 4, S. 294.

35 Nur wenige Autoren befassen sich empirisch-systematisch mit dem Problem militärischer Interventionen. Ausnahmen sind Herbert K. Tillema: Escalation and International War in the Nuclear Age. Foreign Overt Military Interventions, 1945-1988. Annual Meeting of the International Studies Association. Vancouver, British Columbia, Canada, March 19-23, 1991; Jeffrey Pickering, a.a.O., 2002; Mark Pecency/Jeffrey Pickering: Military Interventions, Peacekeeping, and the Promotion of Democracy. New Orleans: Annual Convention of the International Studies Association 2002; Sven Chojnacki: Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001. In: Demokratien im Krieg, AFK-Friedensschriften, Band 31. Baden-Baden: Nomos 2004, S. 72-106.

36 Harvard Strand/Lars Wilhelmsen/Nils Petter Gleditsch, a.a.O. 2002, S. 8.

## 2.2 Operationalisierung

Krieg wird allgemein definiert als Extremform militärischer Gewalt zwischen mindestens zwei politisch organisierten Gruppen. In Anlehnung an Hedley Bull<sup>37</sup> sind damit notwendige Elemente des Krieges benannt: so ist erstens die Gewaltanwendung nicht zufällig bzw. spontan, sondern organisiert und gerichtet, auf Regeln und Gewohnheiten aufbauend; zweitens haben wir es mit politischen Einheiten zu tun, die nicht zwingend der Organisations- und Herrschaftsform moderner Staatlichkeit folgen müssen; drittens handelt es sich um wechselseitige Gewalt, d.h. mindestens zwei Akteursgruppen kämpfen gegeneinander, was einseitige, terroristische Anschläge, Massenmorde oder widerstandlose Besetzungen ausschließt.

Für die operationale Bestimmung extremer Gewaltintensität wird einerseits am Kriterium von Opferschwellen festgehalten. Sollen Kriege als Extremformen kollektiver Gewalt anhand ihrer Intensität erfasst werden, kommt man um die Festlegung von Intensitätsschwellen und die Erfassung von Opferzahlen nicht herum<sup>38</sup>. Andererseits wird jedoch eine Unterscheidung eingeführt, die dem jeweiligen Charakter der Kriegstypen gerecht werden soll. Für zwischenstaatliche Kriege, die von den regulären Armeen diplomatisch anerkannter Staaten ausgefochten werden, folgen wir der COW-Definition von 1.000 „battle deaths“<sup>39</sup>. Für extra-, inner- und substaatliche Kriege gelten dagegen modifizierte Kriterien:

1. Ein Ereignis dieser Klassen wird dann als Krieg eingestuft, wenn während der bewaffneten Auseinandersetzungen mindestens 1.000 zivile oder militärische Opfer zu beklagen sind. Die Zivilistinnen und Zivilisten müssen direkte Opfer militärischer Gewalt sein; indirekte Kriegstote (etwa in Folge kriegsbedingter Hungersnöte) fließen nicht in die Zählung ein.
2. Um singuläre Massaker, sporadische Gewalt und Terroranschläge herauszufiltern, darf die Intensität der Kampfhandlungen nicht über einen längeren Zeitraum unter die Schwelle von 100 Toten pro Jahr fallen (siehe dazu auch Punkt 4)<sup>40</sup>.
3. Ein Krieg gilt als begonnen, wenn die Opferzahl erstmals die Schwelle von 100 Toten in einem Jahr überschreitet.
4. Ein Krieg wird als beendet gewertet, wenn die Konflikintensität mindestens zwei Jahre unterhalb der Mindestschwelle von 100 Toten liegt, Akteure aufgeben oder ein wirksamer Friedensvertrag geschlossen wird.
5. Wenn eine zentrale Kriegspartei ausscheidet oder besiegt wird, die Gewalt jedoch anhält, wird der Beginn eines neuen Krieges kodiert<sup>41</sup>.
6. Wenn bewaffnete Kämpfe innerhalb eines formalen Staatsgebiets in unterschiedlichen Regionen und zwischen unterschiedlichen Konfliktparteien ausbrechen, dann werden entsprechend mehrere Kriege kodiert.

37 Hedley Bull: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, London: Macmillan Press 1977, S. 184.

38 Vgl. Paul Collier/Anke Hoeffler: *Data Issues in the Study of Conflict*. Papier für die Konferenz 'Data Collection on Armed Conflict', Uppsala, 8.-9. Juni 2001; Nicholas Sambanis: *A Note on the Death Threshold in Coding Civil War Events*, Unpublished Paper 2001.

39 Melvin Small/David J. Singer, a.a.O., 1982, S. 55.

40 Zur Erfassung der jährlichen Opferzahlen dienen die Daten der *State Failure Task Force*, die *Uppsala Conflict Database* des UCDP, die *Armed Conflict Database* des *International Institutes for Strategic Studies* (IISS), der *Armed Conflict Report* des *Project Ploughshares* sowie eigene Recherchen mit dem Datenbanksystem LexisNexis.

41 Ein Beispiel ist Somalia, wo das Regime von Siad Barre 1991 kollabierte, der Krieg aber auf interkommunaler Ebene zwischen ehemaligen Alliierten fortgeführt wurde.

7. Wenn sich die Rahmenbedingungen ändern (Staatszerfall, zunehmende Dominanz privater Gewaltakteure), kann sich - erfasst auf jährlicher Basis - auch der Kriegstyp wandeln.

Die zugrunde gelegten operationalen Kriterien sind angelehnt an die Arbeiten von Michael Doyle und Nicholas Sambanis<sup>42</sup>, James Fearon und David Laitin<sup>43</sup> sowie Fearon<sup>44</sup>. Sie unterscheiden sich vom COW-Projekt, das für extrastaatliche, innerstaatliche und substaatliche Kriege das Kriterium der 1.000 gefallenen Soldaten pro Jahr anlegt<sup>45</sup>. Die Absenkung und Präzisierung der Kriegsschwelle für die entsprechenden Kriegstypen ist ebenso notwendig wie die Berücksichtigung ziviler Opfer, um dem Konfliktcharakter nicht-internationaler Gewaltformen gerecht zu werden.

Insgesamt unterscheidet der Datensatz also fünf Formen der Gewalt: Neben den vier diskutierten Kriegstypen werden auch militärische Interventionen in laufende Kriege erfasst. Für die staatlich sanktionierten Gewaltformen gilt, dass mindestens ein Akteur ein international anerkannter Staat entsprechend der COW-Definition sein muss<sup>46</sup>. Während extrastaatliche Kriege zwischen mindestens einem Mitglied des Staatensystems und einem nichtstaatlichen Akteur außerhalb bestehender Staatsgrenzen stattfinden, resultieren innerstaatliche Kriege aus Kämpfen zwischen der Regierung eines anerkannten Staates und oppositionellen, bewaffneten Gruppen innerhalb bestehender territorialer Grenzen. Substaatliche Kriege sind extreme Gewaltformen zwischen nichtstaatlich organisierten Gruppen innerhalb oder jenseits formaler Staatsgrenzen. Das Gewaltmonopol des Staates ist in diesen Fällen entweder nicht vorhanden, zerfallen, nur noch auf die Hauptstadt bzw. geringe Gebiete beschränkt oder wird in der Konfliktregion nicht durchgesetzt. Militärische Interventionen werden definiert als aktive gewaltsame Eingriffe (mit militärischem Personal) von außen in einen laufenden Krieg von mindestens einem Mitglied des Staatensystems<sup>47</sup>.

Auf der Grundlage der Kriegstypologie ist ein eigener Datensatz aufgebaut worden, der das globale Kriegsgeschehen für die Zeit seit 1946 erfasst und als Basis für empirisch-systematische Analysen (Auftreten, Dauer) und komparative Zwecke (Verhältnis der Kriegsformen untereinander) dient. Mit Hilfe des *Case Study Pools* und der qualitativen Studien zu Liberia, Sierra Leone, Bosnien, Kosovo und Afghanistan konnten die kritischen Fälle bzw. Konfliktsituationen überprüft werden. Als qualitätssichernde Maßnahme der Objektivität diente die parallele Überprüfung der Fälle (*inter-coder reliability*) durch engagierte Studierende der Forschungsgruppe Krieg (WZB/FU Berlin), die zu Beginn des DSF-Projekts vom ausführenden Mitarbeiter (Sven Chojnacki) ins Leben gerufen worden ist<sup>48</sup>.

---

42 Michael W. Doyle/Nicholas Sambanis: International Peacebuilding: A Theoretical and Quantitative Analysis. In: American Political Science Review 94 (2002), 4, S. 779-801.

43 James D. Fearon/David D. Laitin: Ethnicity, insurgency, and civil war. In: American Political Science Review 97 (2003), 1, S. 75-90.

44 James D. Fearon: Why some civil wars last so much longer than others? In: Journal of Peace Research 41 (2004), 3, S. 275-301.

45 Melvin Small/David J. Singer, a.a.O., 1982.

46 Ders./J.D. Singer, a.a.O., 1982, S. 39-43; Meredith R. Sarkees/Frank Wayman/David J. Singer, a.a.O., 2003, S. 58.

47 Vgl. ähnlich Jeffrey Pickering, a.a.O., 2002, S. 301.

48 Seither sind auf jährlicher Basis etwa 20 Studierende an FU Berlin in die Erfassung der Kriege eingebunden. Für das Update der Liste der Kriege ab 2004 gilt mein Dank vor allem Gregor Reisch, der die Erfassung der Kriege und Kommentierung der kritischen Fälle koordiniert hat.

### 3. Empirische Forschungsergebnisse

#### 3.1 Globaler Wandel der Kriegsformen, 1946-2006<sup>49</sup>

Die auf der neuen Kriegstypologie aufbauenden empirischen Analysen ergeben ein eindeutiges Bild: Von den insgesamt 176 Kriegen, die im Datensatz für die Phase zwischen 1946 und 2006 berücksichtigt werden, sind zwei Drittel innerstaatliche Auseinandersetzungen (N=117); davon entfallen wiederum 74 Kriege auf den Typus des Anti-Regimekonflikts und 43 Kriege auf Autonomie- und Sezessionskonflikte, die von allen Kriegen durchschnittlich am längsten andauern. Während es bei Anti-Regimekriegen wie in Kolumbien, Peru oder Mozambique um ideologisch geprägte Herrschafts- oder ökonomische Verteilungskonflikte zwischen organisierten oppositionellen Gruppen und der Regierung eines Staates ging bzw. geht (zentral ist die Orientierung am Machterhalt bzw. Machtgewinn innerhalb eines Staates), verfolgen gewaltfähige Gruppen mit dem Separationskrieg einen größeren Autonomiestatus oder gar die Sezession vom bisherigen Staatsgebiet. In beiden Fällen bleibt der Staat das zentrale Referenzsystem.

Zwischenstaatliche Kriege liegen noch an zweiter Stelle beim Risiko des Auftretens von Kriegen (N=24); sie dauern jedoch im Durchschnitt zwei Jahre. Innerhalb der letzten 15 Jahre sind überhaupt nur noch vier zwischenstaatliche Kriege aufgetreten<sup>50</sup>. Mehr noch: in den letzten fünfzig Jahren eskalierte kein Großmachtkonflikt mehr zum Krieg<sup>51</sup>. Extrastaatliche Kriege (N=19) treten insgesamt etwas seltener auf als zwischenstaatliche Kriege, weisen aber eine deutlich höhere Dauer auf, was auf die besonderen Konfliktstrukturen von Dekolonisationskriegen zurückzuführen ist. Substaatliche Konflikte eskalieren (noch) relativ selten zum Krieg (N=16), der Wert für ihre Dauer erreicht dagegen fast das Niveau extra- und innerstaatlicher Kriege.

Tabelle 1: Kriege nach Typen, 1946-2006

Kriegstyp	Anzahl begonnener Kriege	Kriegsjahre	durchschnittliche Dauer (in Jahren)
zwischenstaatliche Kriege	24	50	2,1
extrastaatliche Kriege	19	142	7,5
innerstaatliche Kriege			
<i>Anti-Regimekriege</i>	74	509	6,9
<i>Separationskriege</i>	43	412	9,6
substaatliche Kriege	16	111	6,9
alle Kriege	176	1229	6,9

49 Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf der Version 1.2 des Datensatzes, der im Gegensatz zu früheren Versionen kleinere Korrekturen enthält (Berichtigung der Dauer einzelner Kriege). Einen detaillierten Überblick bietet die Liste der Kriege im Anhang.

50 Dies waren der Zweite und Dritte Golfkrieg (1991, 2003), der Kargil-Krieg zwischen Indien und Pakistan (1999) sowie der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea (1998-2000).

51 Wurden im 16. Jahrhundert noch 22 Großmachtkriege geführt, so waren es im 20. Jahrhundert nur noch sechs. Siehe dazu Jack S. Levy/Thomas C. Walker/Martin S. Edwards: *Continuity and Change in the Evolution of Warfare*. In: Zeev Maoz/Azar Gat (eds): *War in a Changing World*. Ann Arbor: University of Michigan Press 2001, S. 17.

Ein zentrales Ergebnis lautet, dass sich eine Dominanz „neuer Kriege“ anhand der hier präsentierten empirischen Basis nicht bestätigen lässt. Dennoch sollte man substaatliche Kriege nicht unterschätzen. Einerseits nähert sich ihre Anzahl langsam der von zwischen- und extrastaatlichen Kriegen an, andererseits weisen sie Konfliktstrukturen und -dynamiken auf, die uns konflikttheoretisch und sicherheitspolitisch vor besondere Herausforderungen stellen. Im Unterschied zu „alten“ innerstaatlichen Kriegen (Sezessionskriege, Militärcoups, Anti-Regimekriege) hat der Staat in den substaatlichen, transnationalen Konfliktkonstellationen sein legitimes Monopol auf die Kriegsführung verloren oder ist nicht gewillt, es gegenüber sich bekämpfenden lokalen Gruppen durchzusetzen (etwa in Nigeria oder in Teilen Pakistans)<sup>52</sup>. In anderen substaatlichen Kriegen ist das Gewaltmonopol zumindest phasenweise zerfallen (Somalia, Libanon) oder es beschränkt sich nur noch auf die Hauptstadt bzw. einzelne Provinzen (Tschad, Afghanistan). Stattdessen können nichtstaatliche Akteure (Warlords, lokale/ethnische Milizen) in Räumen entgrenzter Staatlichkeit alternative, territorial abgegrenzte Gewaltapparate etablieren<sup>53</sup>. Die Akteurskonstellationen dieser Gewaltordnungen lassen sich nicht mehr wie beim innerstaatlichen Krieg auf den Staat und mehr oder weniger gut organisierte Rebellengruppen reduzieren, die ihre Politik und militärischen Strategien am Prinzip von Staatlichkeit ausrichten. Im Mittelpunkt stehen vielmehr diverse quasi-staatliche und nichtstaatliche Gruppen, die nur noch selektive Sicherheit produzieren und militärische Gewalt als Mittel zur Regulierung von Märkten und sozialen Beziehungen einsetzen. Letztlich ist das Modell territorialer Souveränität in diesen Fällen nicht mehr als eine theoretische Fiktion, die uns den Blick auf diesen Kriegstyp lange Zeit verstellte.

Paradebeispiele der Entstehung multipler Zonen militärischer und politischer Kontrolle mit zum Teil überlappenden Loyalitäten und Identitäten in den 1990er Jahren sind die Warlord-Systeme in Westafrika (Sierra Leone, Liberia) und Zentralasien (Afghanistan). Die Akteurs- und Sicherheitskomplexität hat in diesen Konfliktkonstellationen durch Abspaltungen und interfraktionelle Kämpfe drastisch zugenommen. Die Kriegsführung verlagert sich dabei häufig von der politischen Kontrolle der Hauptstadt, die beim Militärputsch oder dem Anti-Regime-Krieg noch im Mittelpunkt steht, auf die polit-ökonomische Kontrolle von strategisch wichtigen Ressourcenvorkommen und Handelswegen. In diesen Kriegen gibt es kaum noch Schlachtfelder, feste Basen und klare politische und militärische Frontlinien<sup>54</sup>. Während militärische Siege seltener und Allianzen zwischen Gewaltakteuren kurzlebiger werden, steigen die Risiken der strategischen Einbeziehung ziviler Ziele in die Kampfhandlungen<sup>55</sup>.

Auch wenn es sich bei den substaatlichen Konflikten nicht um die dominante Form des Krieges handelt, nahm hat doch ihre relative Bedeutung in den letzten drei Jahrzehnten zu. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der jährlich geführten Kriege im internationalen System. Demnach ist der Anteil substaatlicher Kriege von knapp fünf Prozent (1971-80) auf knapp ein Viertel aller pro Jahr geführten Kriege seit dem Ende des Ost-West-Konflikts angestiegen. Damit löste dieser Kriegstypus in der konflikttheoretischen und friedenspolitischen Bedeutung den extrastaatlichen Krieg ab, der im Zuge der Dekolonisierung bis zum Ende

52 Doch nicht überall, wo das Gewaltmonopol fragil ist und Rebellengruppen territoriale Macht ausüben, können wir substaatliche Kriege beobachten. So gibt es zwar in Kolumbien eine Reihe von Faktoren, die dem Konzept „neuer“ Kriege entsprechen (paramilitärische Gruppen, Zunahme ökonomischer Motive, begrenzte Reichweite des Gewaltmonopols). Dennoch ist das Konfliktgeschehen weiterhin geprägt von den Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und klar strukturierten Rebellorganisationen.

53 William Reno, a.a.O. 1998; Mark Duffield, a.a.O., 2001.

54 K. J. Holsti, a.a.O., 1996, S. 36.

55 Jean-Paul Azam/Anke Hoeffler: Violence Against Civilians in Civil Wars: Looting or Terror. In: *Journal of Peace Research* 39 (2002), 4, S. 461-485; Benjamin Valentino/Paul Huth/Dylan Balch-Lindsay: 'Draining the Sea': Mass Killing and Guerrilla Warfare. In: *International Organization* 58 (2004), 2, S. 375-407. Inwieweit die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten geraten kann, verdeutlicht der Krieg in Sierra Leone: Konkurrierende Milizen rächten jeden Sieg bzw. jede Niederlage an der Zivilbevölkerung.

des Kalten Krieges immer mehr an Bedeutung verloren hat. Der Israel-Palästina-Konflikt zu Beginn des 21. Jahrhunderts sowie die militärischen Auseinandersetzungen zwischen lokalen, nichtstaatlichen Gruppierungen und externen Interventionsstreitkräften im Irak (2003-04) und im Libanon (2006) belegen jedoch gleichzeitig, dass extrastaatliche Kriege nicht völlig von der Bildfläche verschwunden sind und dass es sich lohnt, diese Form des Krieges typologisch beizubehalten. Auch zwischenstaatliche Kriege sind nach wie vor Realität internationaler Politik, allerdings haben sie sowohl hinsichtlich der Häufigkeit ihres Auftretens als auch in ihrer Dauer an Bedeutung gegenüber inner- und substaatlichen Kriegen verloren. Die beiden „kleineren Wellen“ Ende des 20. Jahrhunderts/Anfang des 21. Jahrhundert sind auf den Kargil-Krieg zwischen Indien und Pakistan (1999), den Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea (1998-2000) sowie auf die US-amerikanisch geführte Invasion im Irak (2003) zurückzuführen.

Abbildung 1: Jährlich geführte Kriege im internationalen System, 1946-2006

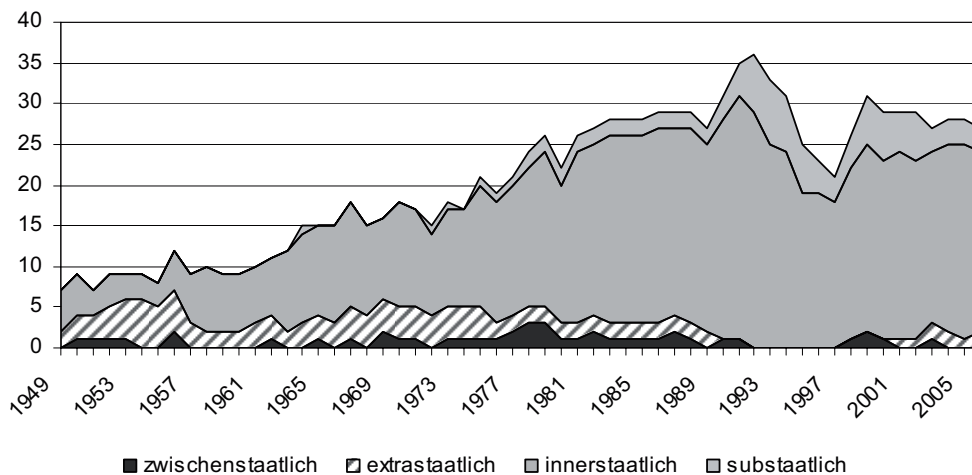
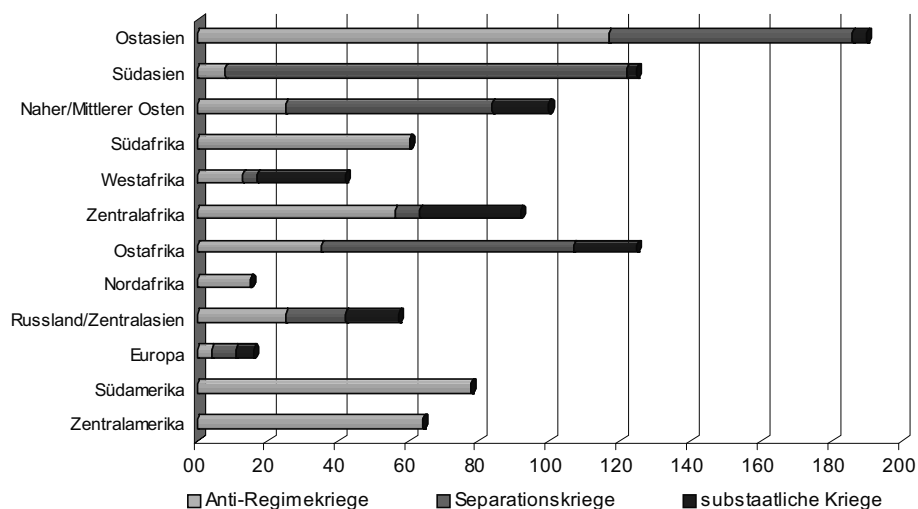


Abbildung 1 verdeutlicht dann auch noch einmal, dass das Bild des Krieges in der Gegenwart von Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten nichtstaatlichen Gruppierungen auf der einen Seite und dem Staat bzw. seinen Regierungstruppen auf der anderen Seite bestimmt wird. Die Dominanz innerstaatlicher Kriege zeichnet sich immer deutlicher seit den 1960er Jahren ab. Besonders hoch ist ihr Anteil an allen Kriegen zwischen 1980 und 1995/1996 sowie in der jüngsten Gegenwart. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die jährliche Häufigkeit innerstaatlicher Kriege zwar zunächst leicht zurückgegangen - von einem Trend im Sinne einer beobachtbaren Abnahme von größeren Gewaltkonflikten, wie dies etwa die Daten der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung in Hamburg (AKUF) oder vom *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) nahe legen, kann aber keine Rede sein. Verantwortlich für den neuerlichen Anstieg sind erstens neu eskalierte Konflikte oder wiederaufflammende Konflikte wie im Sudan/Darfur, in Thailand, der Türkei und Sri Lanka, zweitens Kriege, die erst in jüngster Zeit die Kriegsschwelle überschritten haben und damit neu in der Liste der Kriege erscheinen (wie die Kriege in Äthiopien und Indien/Manipur) sowie drittens Kriege, die sich im Prozess wiedergewonnener Staatlichkeit und interner Souveränität entweder von der substaatlichen Ebene (Afghanistan) oder der

extrastaatlichen Ebene (Irak) zu internen Kriegen entwickelt haben<sup>56</sup>. Dass der Anteil innerstaatlicher Kriege an allen Gewaltkonflikten dann nach wie vor extrem hoch ist, liegt vor allem an ihrer vergleichsweise langen Dauer. Andere empirische Studien belegen, dass sich die erwartete Dauer innerstaatlicher Kriege in den letzten beiden Jahrzehnten im Vergleich zu der Zeit vor 1980 mehr als verdoppelt hat<sup>57</sup>. Friedensschlüsse bleiben häufig fragil und brachten nicht überall den erhofften Erfolg. Die „kalten Kriege“ auf dem Balkan (Kosovo) und in Indonesien (West-Papua, Aceh) bergen immer noch ein hohes Eskalationspotenzial. Gleichzeitig ist es Rebellen Gruppen vor allem in Afrika gelungen, auch ohne die Unterstützung der Supermächte oder benachbarter Patronagestaaten politische und kommerzielle Strategien zu entwickeln, um Kriege fortzuführen.

Abbildung 2: Regionale Verteilung inner- und substaatlicher Kriege nach Kriegsjahren



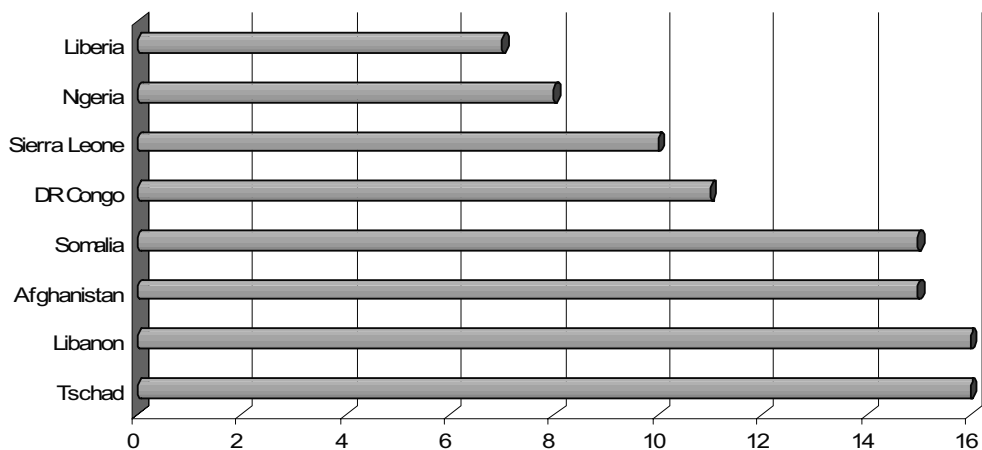
Um Variationen im Konfliktverhalten zu verdeutlichen, werden die inner- und substaatlichen Kriege in einem weiteren Schritt regional ausdifferenziert. Abbildung 2 erfasst die Kriegsjahre aller Kriege entlang der betroffenen Teilregionen (unterhalb der sonst üblichen Einteilung in Kontinente). Faktisch ergibt sich eine ganze Reihe von Risikoregionen mit unterschiedlichen Trends, die spezifische friedenspolitische Anforderungen an die Konfliktbearbeitung implizieren. Auffällig ist zunächst die empirische Beobachtung, dass im zentral- und südamerikanischen Raum sowie in Ostasien und in Südafrika vor allem Anti-Regimekriege dominieren. Separationskriege wiederum finden sich vor allem in Südasien (u.a. Indien, Pakistan, Sri Lanka), im Nahen und Mittleren Osten sowie in Ostafrika (besonders betroffen sind Äthiopien und der Sudan). Die regionale Ausdifferenzierung macht auch deutlich, dass Afrika sehr verschiedene Gesichter zeigt. So steigt die Bedeutung substaatlicher Kriege in Zentralafrika und vor allem im westafrikanischen Raum, wo diese Kriegsform überwiegt. Westafrika und die Region der Großen Seen in Zentralafrika sind Beispiele für die Herausbildung von transnationalen Gewalt-Clustern, die sich nicht an

56 Damit lassen sich die Unterschiede zu anderen Forschungsprojekten nicht zuletzt auch auf die Besonderheiten der Kodierkriterien zurückführen, die es ermöglichen, zeitliche Unterbrechungen genauer zu bestimmen und Veränderungen in den Kriegstypen abzubilden.

57 Paul Collier/Anke Hoeffler/Mans Söderbom: On the Duration of Civil War. In: Journal of Peace Research 41 (2003), 3, S. 253-273.

Territorialstaatsgrenzen halten. Vielmehr bilden sich komplexe regionale Konfliktsysteme, die sich vor dem Hintergrund gemeinsamer historischer, kultureller oder politischer Rahmenbedingungen oder über eine „Ansteckung“ von Gewalt entwickelt haben. Konstitutives Merkmal dieser Risikoregionen ist die geographische Nähe von kriegerischen Auseinandersetzungen oder gar das Überlappen von Phänomenen wie Staatenzerfall, Gewalt und Fluchtbewegungen. Einerseits agieren Warlords wie Charles Taylor in Liberia nicht nur in ihrem lokalen Umfeld, sondern beeinflussen auch die Konfliktdynamiken in der Nachbarschaft (Sierra Leone, Guinea). Andererseits wecken Räume entgrenzter Staatlichkeit strategische und ökonomische Begehrlichkeiten von Nachbarstaaten und gewaltbereiten nichtstaatlichen Gruppierungen (wie beim Regionalkrieg in der DR Kongo). Die Gewaltkonflikte in diesen Regionen sind dann nicht nur für die Grenzüberschreitungen der Gewalt verantwortlich, sondern auch für das ansteigende Risiko der Beteiligung staatlicher und nichtstaatlicher Interventionsakteure.

Abbildung 3: Staaten mit den meisten substaatlichen Kriegsjahren



Die besondere Konstellation Westafrikas spiegelt sich auch in der Liste der Staaten wider, die sich mit den meisten substaatlichen Kriegsjahren konfrontiert sehen. Wie Abbildung 3 verdeutlicht, haben Sierra Leone und Liberia nicht nur das grenzübergreifende Gewaltgeschehen in dieser Region geprägt, sondern sie können auch als Paradebeispiele für Formen der Kriegsführung gelten, die sich nicht mehr an der Herstellung oder Verteidigung von Staatlichkeit orientiert. Angeführt wird diese Liste jedoch von Gewaltkonflikten im Tschad und im Libanon, die eher selten mit dem Wandel der Kriegsformen in Verbindung gebracht werden. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass beide Kriege bereits etwa Mitte der 1970er Jahre begannen, zu einer Zeit, in der die Charakteristika dieser Kriege nicht weiter beachtet und eher als innerstaatlich gedeutet wurden. Beide Konfliktformationen weisen jedoch deutliche Kennzeichen substaatlicher, interkommunaler Gewalt entlang der hier zugrunde gelegten Definitionsmerkmale auf. Daneben sind mit Afghanistan, Somalia und der Demokratischen Republik Kongo auch die anderen „üblichen Verdächtigen“ mit vorn bei der Anzahl der Kriegsjahre aktuellere Fälle substaatlicher Gewalt, die wir sehr viel deutlicher mit dem Formenwandel des Krieges assoziieren.

## 3.2 Mikroanalytische Fundierung

Neben den quantitativen Forschungsergebnissen, gibt es auch aus mikroanalytischer Sicht eine Reihe von konflikttheoretisch wie friedenspolitisch relevanten Erkenntnissen. Diese Ergebnisse stützen die Annahmen a) zur Fraktionierung des Akteursspektrums im Konfliktverlauf, b) zur Delegation von Gewalt und Kommerzialisierung von Sicherheit sowie c) zu veränderten Finanzierungspraktiken der Gewaltanwendung unter den Bedingungen von Räumen entgrenzter Staatlichkeit und bieten damit Indizien für besondere Konfliktdynamiken in substaatlichen Kriegen.

### 3.2.1 Fragmentierung der Konfliktakteure und Transnationalisierung von Gewalt

Substaatliche Kriege haben ein gemeinsames Merkmal mit weitreichender Bedeutung für die Konfliktodynamik: in nichtstaatlichen Gewaltordnungen nimmt die Akteurskomplexität durch Abspaltungen, interfraktionelle Kämpfe und externe Interventionen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure drastisch zu. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der mangelhaften Fähigkeit des Staates, Sicherheits- und Schutzbedürfnisse der Gesellschaft (Schutz vor internen und externen Gefährdungen, Sicherheit der physischen Existenz) hinreichend zu befriedigen - in Extremfällen des Staatszerfalls oder Staatskollapses verliert der Staat teilweise oder völlig die Kontrolle über das Gewaltmonopol und die damit verbundenen physischen Zwangsmittel. In den untersuchten substaatlichen Gewaltordnungen haben der Staat auf der einen Seite und hierarchisch organisierten Rebellenorganisationen auf der anderen Seite ihr „Duopol“ auf die Kriegsführung - im Sinne abgrenzbarer, konkurrierender Gewaltapparate - zumindest temporär verloren. Es treten Akteure auf, deren Organisations- und Professionalisierungsgrad ebenso gering ist wie ihre politische Legitimation. Neben konkurrierenden Großgruppen (Warlords, Rebellen, Reststaaten) bieten in Räumen begrenzter Staatlichkeit auch lokale Milizen wie die *Kamajors* in Sierra Leone Schutzfunktionen an und gehen dabei temporäre Allianzen mit anderen Gewaltakteuren ein. Gleichzeitig entstehen sicherheitspolitisch und kommerziell motivierte Netzwerkstrukturen in transnationalen Räumen sowie strategische Bündnisse zwischen Rebellengruppen, die auf unterschiedlichen Kriegsschauplätzen agieren (vor allem in Westafrika). Je schwächer die Staatsgewalt in diesen Räumen militärisch ist, desto geringer werden auch die Kosten für die Aufrechterhaltung von nichtstaatlichen Gewaltstrategien. So können auch militärisch und politisch eher schwache Konfliktparteien überleben.

Während im Afghanistankrieg die Kommunalisierung von Gewalt auf traditionale Vergesellschaftungsmuster (Clanstrukturen) und politische wie ökonomische Interessengegensätze, aber auch auf die Geographie und Infrastruktur des Landes zurückzuführen ist, führten im Bosnienkrieg ethnisch motivierte Aufspaltungen und militärische Strategien zu einer undurchsichtigen Konstellation aus regulären Streitkräften der beteiligten Staaten (Restjugoslawien und Kroatien), Territorialverteidigungen, Polizeikräften, Freischärlerverbänden und bewaffneten Zivilisten. Vor allem die Phase zwischen 1992 und 1994 war geprägt von der gewaltgesteuerten Aufspaltung der Volksgruppen mit unmittelbaren Konsequenzen für die Ausdifferenzierung der Gewaltakteure. Aufgrund der nationalistischen und „ethnisierenden“ Rhetorik der politischen Eliten, die nur Grenzziehungen um ethnisch homogene Entitäten akzeptieren wollte, wurde die Schaffung ethnisch homogener Sied-

lungsräume ein zentrales Kriegsziel<sup>58</sup>. Dies erhöhte nicht nur den Grad der territorialen Fragmentierung, sondern auch das Ausmaß ethnisch motivierter Gewaltanwendung durch irreguläre Einheiten, insbesondere in Zentralbosnien und Mostar. Die im Konfliktverlauf stetig zunehmende Fragmentierung der Gewaltakteure erschwert auch ihre quantitative Erfassung: Während Peter Imbusch im Bosnienkrieg bis zu achtzehn Gruppen unterscheidet<sup>59</sup>, spricht Marie-Janine Calic von mindestens 45 organisierten Gewaltakteuren<sup>60</sup>. Die UN-Expertenkommission wiederum unterscheidet allein zwischen 83 paramilitärischen Gruppen - davon 56 serbische, 13 kroatische und 14 bosnische Einheiten<sup>61</sup>.

Ein Paradebeispiel für die zeitweise Dominanz und die Ausdifferenzierung substaatlicher Gewaltakteure wie auch für die Entfaltung grenzüberschreitender Gewaltordnungen ist der Krieg in Sierra Leone. Durch die strategischen und ökonomischen Interessen der „National Patriotic Front of Liberia“ (NPFL) ist der liberianische Krieg gewissermaßen nach Sierra Leone hineingetragen worden. Die transnationale Ausrichtung und die damit verbundene strategische Partnerschaft mit der „Revolutionary United Front“ (RUF) in Sierra Leone lässt sich einerseits als Reaktion auf das Engagement des Nachbarstaates an der „ECOWAS Ceasefire Monitoring Group“ (ECOMOG) interpretieren, die u.a. den Lungi Flughafen in Freetown nutzte, um die NPFL in Liberia aus der Luft zu bekämpfen. Andererseits richteten sich die Interessen von Charles Taylor und seiner NPFL auf die Ausweitung der eigenen Machtbasis und die Kontrolle über die Diamantenminen im Osten Sierra Leones<sup>62</sup>.

Während die RUF unter Führung von Foday Sankoh zunächst in peripheren Räumen<sup>63</sup> operierte, emanzipierte sie sich im Konfliktverlauf zunehmend von der NPFL und weitete ihre militärische Strategie zu einer „nation-wide campaign of hit-and-run raids reaching all parts of the country“<sup>64</sup> aus. Strategische Ziele waren einerseits Anhänger der Regierung (Regierungsbeamte, *Chiefs*) und Teile der Zivilbevölkerung (Dorfälteste, Händler), andererseits wertvolle Ressourcenquellen wie die *Sierra Rutile* Diamantenminen. Durch die Eroberung der Minen und anderer Ressourcen - wie etwa der *Sierrocom* Aluminium Werke - büßte das 1992 eingesetzte „National Provisional Ruling Council“ (NPRC) auf einen Schlag bedeutende Finanzquellen ein. Besonderen Zuspruch fand die RUF in der Gemeinschaft jugendlicher Diamantenschürfer, die sich ökonomische Vorteile erhofften und zudem kaum eine andere Wahl hatten, als der Rekrutierung zu folgen, da sie andernfalls Sanktionen von Seiten der Rebellen zu erwarten hatten: „It was from this group of alienated lumpen youths, who were engaged in what was probably the oldest form of collective lumpen resistance in Sierra Leone, illicit diamond mining, that the RUF recruited the bulk of its combatants during this phase“<sup>65</sup>.

Parallel dazu entwickelten die lokalen Selbstverteidigungsgruppen der „Civil Defence Forces“ (CDF), die sich vor allem aus der traditionellen Jägermiliz (*Kamajors*) rekrutierten, einen zunehmend größeren Einfluss auf die Gewaltdynamik. Ihr strategischer Vorteil bestand im Rückhalt in der Bevölkerung und der Herstellung von Loyalitätsstrukturen: „Units were organized in such a way that combatants were posted only to their own chief-

58 Vesna Bojicic/Mary Kaldor: The political economy of the war in Bosnia-Herzegovina. In: Mary Kaldor/Basker Vashee (eds): New Wars, London: Pinter 1997, S. 138.

59 Peter Imbusch: Der Staatszerfall Jugoslawiens. In: Peter Imbusch/Ralf Zoll (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag 2005, S. 236ff.

60 Marie-Janine Calic: Krieg und Frieden in Bosnien Hercegovina. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996, S. 100.

61 Vesna Bojicic/Mary Kaldor, a.a.O., 1997, S. 159.

62 Vgl. u.a. Ian Smillie/Lansana Gberie und Ralph Hazleton: The Heart of the Matter: Sierra Leone, Diamonds & Human Security, Report. Ottawa: 2000.

63 Die Grenzregion zwischen Sierra Leone und Liberia wurde schon vor den 1990er Jahren kaum kontrolliert und eignete sich daher sowohl für die Rekrutierung von Soldaten (jugendliche Diamantenschürfer) als auch für die Nutzung als Rückzugsraum; vgl. Paul Richards: The Sierra Leone-Liberia Boundary Wilderness: Rain Forest, Diamonds and War. In: P. Nugent/A.I. Asiwaju (eds): African Boundaries. London: Pinter 1996, S. 219.

64 Ibrahim Abdullah und Patrick Muana: The Revolutionary United Front of Sierra Leone. In: Clapham, Christopher (ed.): African Guerrillas. Oxford: University Press 1998, S. 183f.

65 Dies., a.a.O., 1998, S. 179.

doms, to ensure loyalty, discipline and a bush knowledge superior to that of the RUF<sup>66</sup>. Die Akteurskomplexität wurde jedoch nicht allein durch diese parastaatlichen Gewaltorganisationen erhöht, sondern auch durch die wechselnden Koalitionen mit- und gegeneinander kämpfender Gewaltakteure und die Auflösung der Grenzen zwischen Armee und Rebellion. Besonders nachdrücklich zeigte sich dies am Verhältnis zwischen NPRF und RUF. Beide Konfliktparteien entwickelten im Konfliktverlauf (vor allem Mitte der 1990er Jahre) ein hohes Maß an gemeinsamen politischen und ökonomischen Interessen, was in Kombination mit fehlenden Staatseinnahmen für die Bezahlung großer Teile der Armee zum so genannten „Sobel“-Phänomen führte: „government soldiers by day became rebels by night“<sup>67</sup>.

In Liberia wiederum ist das „United Liberation Movement for Democracy“ (ULIMO) unter der Führung von Alhaji Kromah, zu dessen transnationalen Alliierten „reguläre“ militärische Einheiten Sierra Leones zählten, ein Indiz für den Zusammenhang zwischen Fraktionierung der Konfliktparteien einerseits, ethnischer und ökonomischer Rivalität andererseits. Für William Reno illustriert die ULIMO „how the presence of militarized commerce in a region widens factional splits in neighboring states, since a warlord recruits across borders and taps into existing networks“<sup>68</sup>. Die Organisation wurde Anfang der 1990er Jahre als Antwort auf die Angriffe der RUF/NPFL in Sierra Leone von Exil-Liberianern gegründet, spaltete sich aber später entlang der ethnischen Gruppen der Mandingo und Krahn in die Fraktionen ULIMO-K unter Alhaji Kromah und der ULIMO-J unter Roosevelt Johnson auf<sup>69</sup>. Erhöht wurde die Akteurskomplexität durch die Zugehörigkeit zu Geheimgesellschaften. So schätzt Stephen Ellis, dass die Hälfte der erwachsenen Einwohner Liberias Anfang der 1990er Jahre Mitglied einer Geheimgesellschaft war<sup>70</sup>. Darüber hinaus bildeten sich ähnlich wie in Sierra Leone Mitte der 1990er Jahre zunehmend regionale Selbstverteidigungsgruppen als Reaktion auf Übergriffe verschiedener Rebellengruppen<sup>71</sup>.

Nicht weniger vielschichtig entwickelte sich die zweite Kriegsphase in Liberia ab 1998/99. Eine komplexe Mischung aus ungelösten Konfliktgegenständen, fehlender Demobilisierung von Ex-Kombattanten, der Koexistenz von lokalen Machtstrukturen und politischen wie ökonomischen Monopolisierungsansprüchen des Machtapparats von Charles Taylor, der die Präsidentschaftswahl 1997 für sich entscheiden konnte, sowie einer damit einhergehenden machtpolitische Perspektivlosigkeit konkurrierender Eliten führten zur erneuten Konflikteskalation unter veränderten Akteursdynamiken. Ein Zusammenschluss aus Überresten ehemaliger Taylor-Gegner (aus beiden ULIMO-Fraktionen), Flüchtlingen und neuen Gegnern Taylors bildet 1999 die „Liberians United for Reconciliation and Democracy“ (LURD) unter Führung von Sekou Conneh. Die LURD war zunächst vor allem im Norden Liberias militärisch aktiv (vor allem im Lofa County) und nutzte Guinea, wo sie ideologische und militärische Unterstützung erhielt, als Operations- und Rückzugsbasis. Im Konfliktverlauf mündete eine Abspaltung der LURD im „Movement for Democracy in Liberia“ (MODEL), das zunächst vor allem im Nordosten Liberias präsent war und über Rückzugsbasen in der Côte d'Ivoire verfügte. Damit wiederholte sich nicht nur das Fraktionierungsmuster der ersten Konfliktphase zwischen 1990 und 1996, sondern auch die transnationale Dimension des Krieges unter Beteiligung regulärer Streitkräfte und/oder diverser Rebellengruppen aus Sierra Leone, Guinea und der Côte d'Ivoire.

66 Dies., a.a.O., 1998, S. 185.

67 William Reno: War and the failure of peacekeeping in Sierra Leone. In: SIPRI Yearbook 2001. Oxford: University Press 2001, S. 151.

68 Ders., a.a.O., 1998, S. 103.

69 Stephen Ellis: The Mask of Anarchy. New York: University Press 1999, S. 95.

70 Stephen Ellis: Liberia 1989-1994. A Study of Ethnic and Spiritual Violence. In: African Affairs 95 (1995), S. 187.

71 Vgl. Stephen Ellis: a.a.O., 1999, S. 102; Adekeye Adebajo: Building Peace in West Africa - Liberia, Sierra Leone and Guinea-Bissau. Boulder: Lynne Rienner 2002, S. 47.

Verschärft wurde die Konfliktkomplexität in Westafrika durch die militärische Intervention der ECOMOG. Der Einsatz der ECOMOG-Truppen, die am 24. August 1990 in den liberianischen Gewaltkonflikt intervenierten, zeigt, wie eine unprofessionelle, regionale Eingreiftruppe in Verbindung mit einer unklaren Mandatierung einen Konflikt verlängern, seine Komplexität steigern und damit die Region nachhaltig destabilisieren kann. ECOMOG „lacked much of the equipment, maintenance, manpower, administration, and intelligence required for counterinsurgency in Liberia“<sup>72</sup>. Die Probleme fehlender Logistik und dürftiger militärischer Durchschlagskraft auf ECOMOG-Ebene wurden gerade in Liberia durch die sicherheitspolitischen Interessengegensätze der ECOWAS-Staaten noch einmal akzentuiert. Während Burkina Faso und die Côte d'Ivoire die NPFL politisch und militärisch unterstützten, schlugen sich Guinea und Sierra Leone auf die Seiten der ULIMO-Fraktionen, die Diamanten an ECOMOG-Truppen verkauften und im Gegenzug mit militärischer Logistik (Waffen, Ausrüstung) versorgt wurden. In starkem Kontrast zu Auftrag und Mandat kooperierten auch nigerianische ECOMOG-Einheiten mit lokalen Warlords der AFL und der LPC und bereicherten sich an der Kriegsökonomie<sup>73</sup>. In der Summe führten diese Faktoren zur Verlängerung des Krieges.

Letztlich mussten externe Interventionsstreitkräfte auch in Sierra Leone feststellen, dass militärische Stärke gegen dezentralisierte und multiple Akteursformationen kein Erfolgsgarant ist: „To defeat the multiple factions of the RUF, the CDF and the *West Side Boys* by military means alone would require the use of force at levels that are prohibited by the conventions of warfare and international agreements“<sup>74</sup>. Wenn dennoch temporär militärische Entscheidungen herbeigeführt werden konnten, dann vor allem unter Beteiligung kommerzieller Sicherheitsfirmen. So ist es „Executive Outcomes“ aufgrund überlegener militärischer Fähigkeiten und der informellen Allianz mit den Selbstverteidigungsgruppen der *Kamajors* Mitte der 1990er Jahre gelungen, Freetown zu sichern, die *Sierra Rutile* Minen zurückzuerobern und Stützpunkte der RUF zu zerstören - und damit kurzfristige militärische Erfolge für das „National Provisional Ruling Council“ zu erzielen und den Eintritt der RUF in die Friedensverhandlungen von 1996 zu erzwingen<sup>75</sup>. Allerdings konnten weder die Hauptquartiere der RUF in Kailahun zerstört noch ein dauerhafter Frieden gewonnen werden. Ähnlich begrenzt war auch die Wirksamkeit der Intervention von „Sandline International“, die sich 1998 zusammen mit ECOMOG-Truppen an der Vertreibung der Rebellengruppen aus Freetown beteiligte. Erst das verstärkte militärische Engagement britischer Truppen und der „United Nations Mission in Sierra Leone“ (UNAMSIL) verbunden mit den zunehmenden Interessendivergenzen der politischen Eliten, die zur Schwächung der lokalen Gewaltgruppierungen führte, hat die Voraussetzung für mehr Stabilität in der Region geschaffen. Die wichtige konflikttheoretische Erkenntnis lautet hier, dass die Fraktionierung der Konfliktparteien und das relativ geringe Niveau an militärischer Ausbildung und Ausrüstung die Wahrscheinlichkeit der Herbeiführung autoritativer Entscheidungen (Sieg, Niederlage) in Räumen be- oder entgrenzter Staatlichkeit deutlich reduziert hat. Theoretisch steht hinter der Zunahme und den Fraktionierungstendenzen das Problem, dass ein Anwachsen der Konfliktgegner das Problem verlässlicher Information und wechselseitig verbindlicher Sicherheitsgarantien verstärkt. Je größer wiederum die Anzahl gewaltbereiter staatlicher und nicht-staatlicher Konfliktparteien wird und je größer die Konkurrenzsituation ist, desto geringer sind die Möglichkeiten der direkten sicherheitspolitischen Umweltkontrolle.

72 Herbert Howe: *Lessons of Liberia*. In: *International Security* 21 (1996/97), 3, S. 145-176. Vgl. auch Adekeye Adebajo, a.a.O., 2002, S. 66.

73 Stephen Ellis, a.a.O., 1999, S. 2ff; Herbert Howe, a.a.O., 1996/97, S. 157.

74 William Reno, a.a.O., 2001: S. 161.

75 John L. Hirsch: *Sierra Leone - Diamonds and Struggle for Democracy*. Boulder: Lynne Rienner 2001, S. 39.

### 3.2.2 Kommerzialisierung von Gewalt und Sicherheit

Eine unübersehbare Dimension des Wandels von Gewaltstrategien auf vielen Kriegsschauplätzen der Gegenwart ist die Delegation militärischer Gewalt an private Anbieter und eine damit verbundene Kommerzialisierung der (Un-)Sicherheitsproduktion. Dabei handelt es sich um durch (Rest-)Staaten oder internationale Organisationen initiierte Prozesse der Verlagerung von Gewaltkompetenzen an Akteure des privaten Sektors mit dem Ziel des Erhalts oder Rückgewinns von Gewaltkontrolle. Dies können einerseits lokale Sicherheitsunternehmer wie Paramilitärs oder lokale bzw. ethnische Milizen sein (zu beobachten sind solche Prozesse der Delegation von Gewalt durch den Reststaat u.a. in Bosnien, Kolumbien, Nigeria, Uganda und in der DR Kongo). Andererseits bieten private Unternehmen eine umfangreiche Palette von Sicherheits- und Militärdienstleistungen an. Zusammen mit dem *Warlord*-Phänomen gelten kommerzielle Sicherheitsfirmen als ein Sinnbild für „neue“ Formen der privatisierten und kommerzialiserten Kriegsführung<sup>76</sup>.

Im Sinne einer Arbeitsdefinition sind private Sicherheitsfirmen kommerzielle, gewinnorientierte Unternehmen, die Sicherheits- und Militärdienstleistungen anbieten, marktwirtschaftlichen Handlungskalkülen folgen sowie hochgradig professionalisiert, privatrechtlich organisiert und legal registriert sind. Dies unterscheidet sie nicht nur von anderen privaten Gewaltunternehmern wie den *Warlords*, sondern auch von klassischen Söldnern<sup>77</sup>. Anders formuliert: Im Gegensatz zur *bottom-up*-Perspektive privater Sicherheitsvorsorge durch substaatliche Gruppierungen oder eher *ad-hoc*-Gruppierungen wie Söldnern signalisieren die Unternehmen im privaten Sicherheitssektor eine politisch sanktionierte *top-down*-Entwicklung der Privatisierung von Schutzfunktionen<sup>78</sup>.

Als paradigmatisch für den Nexus von privater Sicherheitsproduktion und gewandelten Kriegen gelten vor allem die militärischen Kampfeinsätze der südafrikanischen Firma „Executive Outcomes“ und der britischen Firma „Sandline International“ in Sierra Leone, die inzwischen beide aufgelöst worden sind, sowie der US-amerikanischen Firma „Military Professional Resources Incorporated“ (MPRI) im Bosnienkrieg. Die Einsätze belegen zugleich, dass PSAs nicht nur an der Ausbildung und logistischen Unterstützung regulärer Kampfeinheiten schwacher Regierungen beteiligt sind, sondern dass professionelle Militärspezialisten und modernste Waffensysteme strategische Bedeutung für militärische und politische Kräfteverhältnisse haben und die Konfliktdynamik entscheidend beeinflussen. Jenseits der viel diskutierten und gut dokumentierten Einsätze in Sierra Leone gilt dies auch - wenn auch in geringerem Umfang - für Liberia. Dort unterstützte die Sicherheitsfirma „Pacific Architects and Engineers“ (PAE) einerseits die ECOMOG logistisch. Andererseits versorgte PAE im Kampf um Monrovia 1996 die ULIMO-J mit Waffen, die sie mit Helikoptern zu den Stützpunkten brachte<sup>79</sup>.

Weil sich Sicherheitsfirmen in Räumen entgrenzter Staatlichkeit vielfach mit Förderlizenzen zum Abbau von wertvollen Ressourcen bezahlen lassen (u.a. in Sierra Leone, Angola), werden sie zugleich Akteure der Kriegsökonomien und profitieren von den substaatli-

76 Siehe dazu vor allem die Thesen von Mary Kaldor, a.a.O., 1999 und Herfried Münkler, a.a.O., 2002.

77 Vgl. Abdel-Fatau Musah/Kayode Fayemi: Africa in Search of Security: Mercenaries and Conflicts - An Overview. In: Dies. (eds): Mercenaries: An African Security Dilemma. London: Pluto Press 2000; Peter W. Singer: Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry. Ithaca: Cornell University Press 2003.

78 Siehe dazu u.a. Anna Leander: Global Ungovernance: Mercenaries, States and the Control over Violence. COPRI-Paper 4, Copenhagen, 2002, S. 3ff; Bernedette Muthien/Ian Taylor: The Return of the Dogs of War? The Privatization of Security in Africa. In: Thomas J. Biersteker/Rodney B. Hall (eds): The Emergency of Private Authority in Global Governance, Cambridge: University Press, 2002, S. 186; Abdel-Fatau Musah: Privatization of security, arms proliferation and the process of state collapse in Africa. In: Development and Change 33 (2002), 5, S. 913.

79 Stephen Ellis, a.a.O., 1999, S. 108.

chen Gewaltordnungen ebenso wie sie zu ihrer Verstetigung beitragen<sup>80</sup>. Abgewickelt werden diese Geschäfte meist über Tochter- und Partnerfirmen, die in „zivilen“ Produktionssektoren wie dem Bergbau, Diamantenabbau oder der Ölbranche aktiv sind. In Sierra Leone etwa sicherte sich die Firma „Branch Energy“, die später in „Diamond Works“ umbenannt worden ist und mit „Executive Outcomes“ über Beteiligungen verbunden war, die Schürfrechte für den Diamantenabbau bei Koidu. Zudem erhielt „Lifeguard Securities“ (ein Tochterunternehmen von „Executive Outcomes“) Verträge zur Sicherung der Kimberlitvorkommen von „Branch Energy“ und hatte außerdem Verträge mit der Minenfirma „Sierra Rutile“, diversen UN Hilfsorganisationen und internationalen NGO's wie World Vision<sup>81</sup>. Diese Interessenkoalitionen haben nicht nur die Akteurs- und Sicherheitskomplexität erhöht, sie verdeutlichen auch eine besondere Mehrebenenproblematik selektiver Sicherheitsproduktion.

Zwar ist die Kommerzialisierung von Sicherheit in den 1990er Jahren gerade durch die militärischen Kampfeinsätze schrittweise in das politikwissenschaftliche und öffentliche Bewusstsein geraten. Weitaus mehr Sicherheitsagenturen bieten ihre Dienste heute allerdings in den Bereichen militärischer Unterstützung (Training, Beratung, Lieferung von Ausrüstung und Waffen, Verhör von Kriegsgefangenen), militärischer Risikoanalyse (Nachrichtenbeschaffung), logistischer Unterstützung (Transport, Telekommunikation, administrative Dienste) oder materieller Schutzfunktionen (Personen- und Objektschutz, Sicherung von Ressourcenzugängen) in militärisch riskanten Konfliktkonstellationen (Afghanistan, Kosovo, Irak) an. Angesichts der Schwäche und der Auflösungserscheinungen regulärer Armeen in vielen inner- und substaatlichen Kriegen einerseits, der Übernahme politischer und administrativer Steuerungsaufgaben in den Konflikträumen begrenzter Staatlichkeit andererseits, boomen vor allem die Sektoren Training/Beratung, logistische Unterstützung und Objektschutz.

Konflikttheoretisch wie friedenswissenschaftlich signalisiert der zunehmende Rückgriff auf PSAs eine politisch intendierte und sanktionierte *top-down*-Entwicklung der Delegation von Gewalt und der Kommerzialisierung von Sicherheit, die in vielen Gewaltkonflikten der Gegenwart zu Patchworkstrukturen selektiver Sicherheit und zur Transformation militärischer Machtkalküle führt<sup>82</sup>. Gleichzeitig verändern die Marktdynamiken des privaten Sicherheitssektors nicht nur die Sicherheitskalküle lokaler Gewaltunternehmer, sondern transformieren auch die Strategien interventionsbereiter Staaten und internationaler Organisationen. Angesichts des operativen Einsatzspektrums der PSAs bleibt freilich eine klare typologische Differenzierung nach militärischen Sicherheitsanbietern für Einsätze auf dem Schlachtfeld („*the tip of the spear*“)<sup>83</sup> und Firmen, die eher „weichere“ Sicherheitsfunktionen anbieten, mehr als problematisch. In der Praxis bieten viele Unternehmen unterschiedliche Sicherheitsleistungen an oder sind Teil großer Unternehmensgruppen wie die „Branch-Heritage-Group“ (BHG), die verschiedene Unternehmensbereiche abdecken (u.a. Öl- und Gasgewinnung, Förderung von Diamanten und Gold, Transport und Telekommunikation).

Friedenspolitisch brisant ist, dass neben der Kriegsführung zunehmend vor allem die Sicherheitsvorsorge im Zuge der Gestaltung von Nachkriegsordnungen kommerzialisiert wird. Zahlreiche internationale UN-Friedensmissionen und humanitäre Hilfseinsätze grei-

---

80 Die im Sammelband von Abdel-Fatau Musah und Kayode Fayemi zusammengestellten Fallstudien zu Angola, Sierra Leone und zur DR Kongo 'indicate a clear and consistent correlation between the activities of the mercenaries outfits and the rising fortunes of mineral prospecting and distribution corporations in these war-torn countries' (Abdel-Fatau Musah/Kayode Fayemi., a.a.O., 2000, S. 24).

81 John L. Hirsch, a.a.O., 2001, S. 66.

82 Vgl. u.a. Abdel-Fatau Musah; a.a.O., 2002; Peter Lock: Privatisierung des Militärs oder Privatisierung der Sicherheit. In: <<http://www.peter-lock.de/text/skizze.html>> (Download 31.12.2004).

83 Peter W. Singer, a.a.O., 2003.

fen u.a. in Afghanistan und in Westafrika (vor allem aber im Irak) zur Sicherung von Flüchtlingslagern, zum Schutz von Politikern, zur Demobilisierung oder zur Ausbildung von Polizeieinheiten auf PSAs zurück. Unklar bleibt jedoch über den Tag hinaus, ob die (Wieder-) Herstellung von öffentlicher Sicherheit und Gewaltkontrolle wie in Afghanistan oder im Irak überhaupt funktionieren kann, wenn sie durch Partnerschaften staatlicher und privater Sicherheitsakteure von außen implementiert wird. Schließlich produzieren kommerzielle Firmen Sicherheit als ein privates, selektives Gut. Ihr Handlungsimperativ ist darauf ausgerichtet, im Interesse ihrer Auftraggeber wahrgenommene Sicherheitsrisiken zu bekämpfen und nicht eigenständig allen relevanten Gefährdungen instabiler Nachkriegsordnungen vorzubeugen. Hinzu kommt das Problem, dass die Auftraggeber variieren. Gerade in hoch riskanten Konfliktkomplexen wie dem Irak oder Afghanistan sind auch transnationale Unternehmen und humanitäre Organisationen darauf angewiesen, ihre Sicherheit selbst zu organisieren. Sie würden zwar ihrerseits von einem Mehr an öffentlicher Sicherheit profitieren, sind aber kurz- und mittelfristig (Sicherheit beim Ressourcenabbau, Sicherheit im humanitären Raum) auf die Angebote des privaten Sicherheitssektors angewiesen.

### 3.2.3 Kriegsökonomien

Die Entstehung und Verstetigung von Kriegsökonomien wird als ein wesentlicher Beleg für den Wandel der Kriegsformen und für die relative Schwäche von alten Erklärungskonzepten herangezogen<sup>84</sup>. Dahinter stehen im Wesentlichen zwei Argumentationslinien. Einerseits wird generell eine wirksame Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie unterstellt<sup>85</sup>. „Ökonomisierung“ verweist dabei auf einen Transformationsvorgang, bei dem die Anwendung und Aufrechterhaltung von kriegerischer Gewalt zunehmend dem Erwerb, der Sicherung, Produktion, Mobilisierung und Verteilung von ökonomischen Ressourcen und damit den partikularen Interessen der Kriegsunternehmer dient. Andererseits wird ein Wandel der Finanzierungspraktiken, ein Bedeutungszuwachs ökonomisch motivierter Interessengruppen (z.B. multinationale Unternehmen, private Sicherheitsfirmen) und damit ein Form- und Bedeutungswandel von „Kriegswirtschaften“ postuliert: von zentralisierten, territorial begrenzten Gewaltökonomien hin zu offenen, transnational vernetzten Kriegswirtschaftssystemen<sup>86</sup>.

Wesentlich beeinflusst worden ist die wissenschaftliche Debatte von den Ansätzen und Analysen der Weltbankgruppe<sup>87</sup>. Im Kern unterstellen sie, dass ökonomische Motive der „Gier“ (*greed*) sowohl den Ausbruch als auch die Dauer von Rebellionen (Bürgerkriegen) besser erklären als politische Unzufriedenheit (*grievance*): ‘The true cause of much civil war is not the loud discourse of grievance but the silent force of greed’<sup>88</sup>. Jenseits einzelner empirischer Plausibilität zum Nexus von Ressourcenverfügbarkeit (Primärgüteranteil), Ressourcenverteilung, Ressourcentyp (u.a. Erdöl, Diamanten, Edelmetalle, Tropenhölzer, Opium, Diaspora), Kosten von Rebellionen und der Wahrscheinlichkeit des Auftretens von

84 Mats Berdal/David M. Malone, a.a.O., 2000, S. 2.

85 So vor allem Mary Kaldor, a.a.O., 1999; Herfried Münkler, a.a.O., 2002.

86 Vgl. François Jean/Jean Christophe Rufin (Hrsg.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg: Hamburger Edition; David Keen: Incentives and disincentives for violence. In: Mats Berdal/David M. Malone (eds): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: Lynne Rienner 2000, S. 19-41.

87 Paul Collier: Doing Well out of War. In: Mats Berdal/David M. Malone (eds): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars, Boulder: Lynne Rienner, 2000, S. 91-111. Paul Collier/Anke Hoeffler/Mats Söderbom: On the Duration of Civil War. In: Journal of Peace Research 41 (2003), 3, S. 253-273.

88 Ders., S. 101.

Bürgerkriegen<sup>89</sup> ist der Weltbankansatz konflikttheoretisch problematisch, weil er Entstehung und Dauer von Gewalt auf die Verfügbarkeit materieller Ressourcen reduziert und sich eindimensional am Motiv der „Gier“ orientiert - und damit ausblendet oder übersieht, wie diese Elemente miteinander interagieren können, insbesondere wie soziale Missstände durch Gier manipuliert werden<sup>90</sup>. Insbesondere für die Frage des Wandels der Kriegsförmigkeiten bieten die vorliegenden Studien keine oder nur stark begrenzte Hinweise. Da sich das Forschungsdesign der bislang vorliegenden quantitativen Studien explizit an Konfliktkonstellationen orientiert, bei denen hierarchisch organisierte Rebellengruppen den Staat herausfordern, lässt dies (noch) keine Rückschlüsse darauf zu, inwieweit die Veränderungen im globalen Kriegsgeschehen mit der Struktur oder dem Wandel ökonomischer Handlungslogiken einhergehen. Vielmehr zeigt sich, dass ökonomische Motive nicht allein ein Phänomen „neuer“ Kriege sind, sondern auch und gerade in „herkömmlichen“ innerstaatlichen Kriegen (Sezessionskriege, Anti-Regimekriege) eine gewisse Erklärungskraft beanspruchen können. Anders formuliert: Kriegsökonomien sind keine exklusiven Phänomene „neuer Kriege“.

Dennoch belegen Fallstudienvergleiche und Mikroanalysen, dass substaatliche Kriege infolge staatlicher Desintegrationsprozesse und ausbleibender internationaler Finanz- und Militärhilfen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts charakteristische, wenngleich unterschiedliche ökonomische Handlungslogiken und -dynamiken entwickelt haben. Seinen deutlichsten Ausdruck findet dies in der Logik von Warlordsystemen, die lokale oder transnationale Kriegswirtschaftssysteme entwickeln und Gewalt zur Kontrolle von Märkten und sozialen Beziehungen einsetzen. Die Entstehung und Verstetigung substaatlicher Gewaltordnungen im westafrikanischen Raum (Sierra Leone/Liberia) zeigt, dass Warlordpraktiken mit einer veränderten Organisationslogik einhergehen, „that has emerged against the background of shifting foreign investment and new commercial opportunities that appeared with the end of the Cold War“<sup>91</sup>. In der Konsequenz führte dies Anfang der 1990er Jahre zu alternativen Herrschaftsräumen wie „Taylorland“ in Liberia, das sich zeitweise über 90 Prozent des liberianischen Territoriums erstreckte, und neben einer eigenen Währung auch ein eigenes Bankensystem entwickelte. Charles Taylor, der wohl den zweifelhaften Ruhm genoss, der erfolgreichste regionale Warlord in den 1990er Jahren zu sein, setzte seine militärischen Gewaltmittel zum Ressourcenabbau nicht nur lokal, sondern grenzüberschreitend ein (insbesondere in Sierra Leone), und vertrieb die verfügbaren Ressourcen (Diamanten, Tropenhölzer) auf den globalisierten (Schatten-)Märkten. Dies stärkt insgesamt die These zum Trend offener, transnational vernetzter Kriegswirtschaftssysteme. Gleichzeitig zeigen die Konfliktstrukturen und Gewaltstrukturen in Westafrika und Afghanistan aber auch, dass transnationale Kriegswirtschaftssysteme nicht allein materielle Reproduktionsbedingungen darstellen, die die ökonomischen Interessen diverser Gewaltunternehmer reflektieren, sondern auch den Macht- und Legitimitätsverlust politischer Eliten kompensieren. Dadurch verändern sich gleichzeitig die sozialen Rahmenbedingungen. So werden Ökonomisierungstendenzen begleitet von der Herausbildung multipler Muster politischer Autorität und netzwerkartiger, informeller Politikpraktiken.

Die im Rahmen des Projekts untersuchten Fälle variieren jedoch im Typ der Kriegsökonomie (Bosnien/Kosovo: Diaspora; Westafrika: Diamanten, Tropenhölzer; Afghanistan: Dro-

89 James D. Fearon: Why some civil wars last so much longer than others? In: *Journal of Peace Research* 41 (2004), 3, S. 275-301; Michael L. Ross: Oil, Drugs, and Diamonds: The Varying Roles of Natural Resources in Civil War. In: Ballentine, Karen/Sherman, Jake 2003: *The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance*, Boulder u.a.: Lynne Rienner 2003, S. 47-70.

90 Einen kritischen Blick auf monokausal-ökonomische Ansätze bieten u.a. Christopher Cramer: *Homo Economicus Goes to War: Methodological Individualism, Rational Choice and the Political Economy of War*. In: *World Development* 30 (2002), 11, S. 1845-1864; Michael Ehrke: Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte. Ein Literaturbericht. Arbeitspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung Abt. Frieden und Sicherheit. März 2002. Bonn/Berlin. Internet: <<http://www.fes.de/indexaktuelles.html>> (Download 4.4. 2002).

91 William Reno, a.a.O., 1998, S. 79.

genpflanzen), die wiederum eigene Gewaltlogiken (re-) produziert. So deutet die Auswertung des übergreifenden *Case Study Pools* darauf hin, dass es unterschiedliche Pfade bzw. Klassen der Ökonomisierung gibt: 1. Gewaltkonflikte, die von der „Gier“ einzelner Gewaltunternehmer angefacht werden (z. B. Charles Taylor in Liberia); 2. eine Variante nicht-ideologischer „Stellvertreterkriege“, in denen externe Interessengruppen (Staaten, multinationale Konzerne) um ökonomische und strategische Ressourcen konkurrieren (u.a. in Angola oder Nigeria); 3. im Prozess des Konfliktes „umkippende“ Handlungslogiken (wie in Kolumbien). Beeinflusst wird dies sowohl von den Kalkülen und Strategien der Konfliktakteure als auch von den jeweiligen ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen, die spezifische Handlungsoptionen gewaltbereiter Akteure ermöglichen und beschränken. Beispielsweise schafft Ressourcenreichtum eine spezifische Motivation für die Anwendung von Gewalt und die Möglichkeit zur Fortführung von Kämpfen<sup>92</sup>. Darüber hinaus gibt es Wechselwirkungen zwischen der Form materieller Bereicherung und der Logik der Gewaltanwendung. So folgt der Abbau wertvoller Bodenschätze (etwa von Diamanten in Sierra Leone) anderen Handlungslogiken und Zwängen als die Ausplünderung der Zivilbevölkerung durch marodierende Banden, Rebellengruppen oder reguläre Soldaten (u.a. Liberia) oder der Finanzierung durch die Diaspora (Balkankriege).

Vor dem Hintergrund der empirischen Erkenntnisse entlang der untersuchten Fälle ist es insgesamt unstrittig, dass sich die Finanzierungspraktiken der Gewaltanwendung unter den Bedingungen entstaatlichter Räume und unter den Vorzeichen der Globalisierung und ihrer Schattenseiten der transnationalen organisierten Kriminalität (Waffen- und Drogenhandel, illegaler Ressourcenabbau usw.) verändern. Kriegsökonomien (ent-) stehen hier in einer engen Wechselbeziehung mit der Weigerung oder Unfähigkeit der politischen Eliten, öffentliche Güter bereitzustellen, und bieten Gewaltunternehmern wie Warlords oder konkurrierenden Eliten eine Kompensation des Machtverlusts. Trotz aller ökonomischer Handlungsdynamiken bleiben Identitäten gesellschaftliche Strukturierungselemente und symbolische Ressourcen für Gewaltunternehmer. Im Konfliktprozess und im Zuge der Ökonomisierung des Krieges verlieren diese nicht automatisch an Bedeutung. Vielmehr verändern sich ihre Bezugspunkte und ihr Symbolgehalt durch die gewaltgesteuerten Praktiken der Kriegsunternehmer und die jeweiligen ökonomischen Rahmenbedingungen<sup>93</sup>. Empirische Untersuchungen zu Afghanistan weisen darauf hin, dass Warlordssysteme ein Mindestmaß an Legitimation zur Absicherung ihrer Macht benötigen, neben materiellen Gewinnen durchaus auch gesellschaftliches Prestige anstreben und in ein komplexes Netz sozialer und politischer Abhängigkeiten eingebunden sind, die ihre Handlungsoptionen strukturieren und mitbestimmen<sup>94</sup>.

Letztlich stützen die mikroanalytischen Beobachtungen die Annahme von David Keen<sup>95</sup> und William Reno<sup>96</sup>, dass Kriegswirtschaften und „Warlord-Politiken“ neben Strukturen materieller Bereicherung auch alternative Formen der Legitimität und neue Optionen politischer Herrschaft generieren. Substaatliche Kriege sind demnach durch eine spezifische Technik der (Re-)Organisation politischer Herrschaft gekennzeichnet, in der Herrschaft über den Modus der Gewaltanwendung einerseits, über netzwerkartige, informelle Tauschbeziehungen der ökonomischen Teilhabe gegen politische Loyalität andererseits,

92 Empirisch-vergleichende Studien belegen, dass von den natürlichen Ressourcen insbesondere die Verfügbarkeit über Diamanten und Drogen (Opium) für private Gewaltunternehmer attraktiv ist und mit der Entstehung wie auch Verstärkung von Gewaltkonflikten verbunden werden kann; vgl. Michael L. Ross, a.a.O., 2003.

93 Siehe dazu u.a. Philipp Genschel/Klaus Schlichte: Wenn Kriege chronisch werden: Der Bürgerkrieg. In: *Leviathan* 25 (1997), 4, S. 501-517; Peter Waldmann: Bürgerkrieg. Annäherung an einen schwer faßbaren Begriff. In: *Leviathan* 25 (1998), 4, S. 480-500.

94 Conrad Schetter: Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan, Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Außenpolitik 2004, 3, Köln, Nr. 3.

95 David Keen: *The economic functions of violence in civil wars*. London: International Institute for Strategic Studies 1998, S. 11.

96 William Reno, a.a.O., 1998.

hergestellt wird. In diesem Sinne tragen Gewaltunternehmer, die aus machtpolitischen oder ökonomischen Kalkülen an einer Verstärkung des Krieges interessiert sind, bewusst oder unbewusst zur Institutionalisierung der Gewalt einerseits, neuer politischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Strukturen jenseits klassischer Staatlichkeit andererseits bei<sup>97</sup>. Die Produktion von (latenter) Unsicherheit wird dabei durchaus zu einem erstrebenswerten Zustand von Gewaltakteuren, um sich Sicherheit mit politischer Loyalität und materiellen Abgaben bezahlen zu lassen. Wenngleich die untersuchten Fälle auch belegen, dass es derartige Systeme bis heute nicht geschafft haben, gesellschaftliche Entwicklungspfade längerfristig zu strukturieren.

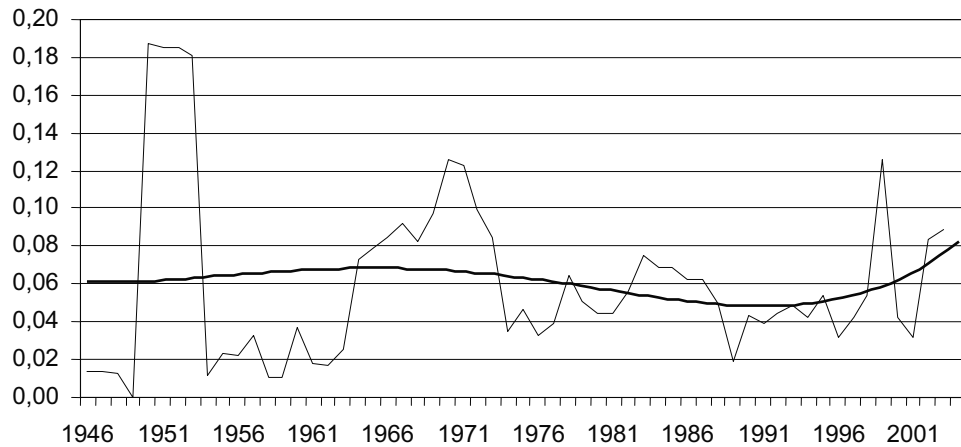
### 3.3 Militärische Interventionen

Angesichts des hohen Grades der Internationalisierung der untersuchten substaatlichen Konfliktsysteme durch externe militärische Interventionen staatlicher und privater Gewaltakteure (Allianzen, Internationale Organisationen, private Militärfirmen) stellte sich aus Projektperspektive eine weitergehende Forschungsfrage: Inwieweit sind diese Interventionen Teil eines generellen globalen Trends? Und gibt es einen besonderen Zusammenhang zwischen substaatlichen Kriegen und militärischen Interventionen? Dazu wurden im Datensatz neben den Kriegen auch alle externen gewaltsamen Eingriffe in das laufende Kriegsgeschehen erfasst<sup>98</sup>. Abbildung 4 zeigt, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass sich einzelne Staaten an militärischen Interventionen in einem bestimmten Jahr beteiligen. Den höchsten Wert für das Risiko einzelstaatlicher militärischer Beteiligung an einem laufenden Krieg - gemessen an der Staatenzahl im internationalen System - gibt es bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Mobilisierung externer Konfliktparteien im Koreakrieg (1950-53). Der Anstieg in den 1960er und frühen 1970er Jahren ist vor allem auf militärische Einsätze ehemaliger Kolonialmächte (Frankreich, Belgien) sowie auf den Vietnamkrieg und die wiederholten militärischen Interventionen in den Nachbarstaaten Laos und Kambodscha zurückzuführen. Anschließend ist das Niveau zwar leicht gesunken, dennoch sind Interventionen in der Phase der Blockkonfrontation eine häufige Form des Konfliktverhaltens geblieben. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist das Interventionsrisiko angesichts der Zunahme der Staaten im internationalen System zunächst gesunken. Darauf folgt jedoch Ende der 1990er Jahre eine erneute Zunahme. Verantwortlich dafür sind die multilateralen, militärischen Interventionen in der Kosovo-Krise (1999) und im Afghanistan-Krieg (2001), die die Beteiligungen an militärischen Einsätzen in die Höhe treiben. Diese Entwicklungen können gut mit der polynomischen Trendlinie (4. Ordnung) erfasst werden. Der berechnete Trend erfasst zwar den Koreakrieg nicht, spiegelt aber den leichten Abwärtstrend bis Mitte der 1990er Jahre sowie das gewachsene Risiko multilateraler Interventionen wider.

97 Vgl. ähnlich Mark Duffield, a.a.O., 2001, S 175ff; William Reno, a.a.O., 1998.

98 Angesichts der unbefriedigenden Informationslage zur Erfassung von Struktur und Wandel einzelstaatlicher Interventionsbeteiligungen in Afghanistan ab 2003/04 (Zeiträume, Truppenstärke) deckt die Analyse zum militärischen Interventionismus zunächst nur den Zeitraum von 1946 bis 2003 ab.

Abbildung 4: Wahrscheinlichkeit staatlicher Beteiligungen an militärischen Interventionen pro Jahr, 1946-2003 (polynomische Trendlinie)



Mit Blick auf die einzelnen Kriegstypen zeigt sich, dass zwischen- und extrastaatliche Kriege nur ein geringes Interventionsrisiko beinhalten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es nur drei externe Einmischungen in zwischenstaatliche Kriege und gar nur einen Fall einer zusätzlichen Intervention in einen extrastaatlichen Krieg gegeben (Westsahara). Von den 109 innerstaatlichen Auseinandersetzungen ist dagegen jeder vierte Krieg von militärischen Interventionen betroffen (N=27). Für substaatliche Kriege ist das Risiko einer Intervention mit 50 Prozent sogar doppelt so hoch (8 Interventionen bei 16 Kriegen). Die Interventionen in Liberia (u.a. Sierra Leone, Nigeria, Senegal), der DR Kongo (Ruanda, Uganda, Angola, Namibia, Zimbabwe, Tschad) sowie in Afghanistan und Bosnien (U.S.-geführte Allianz, NATO) sind so nicht nur Indizien für politische und ökonomische Interessen externer Akteure, sondern gerade auch Belege für eine Internationalisierung von Kriegen und die Herausbildung komplexer regionaler Konfliktsysteme. Die Intervention in den Afghanistankrieg wiederum bestätigt eine sicherheits- und ordnungspolitische Tendenz seit dem Ende des Ost-West-Konflikts: die Bildung multinationaler Allianzen zur Durchsetzung bzw. Erzwingung internationaler Normen (Menschenrechte, Demokratie) und zur Bekämpfung regionaler oder globaler Sicherheitsgefährdungen (Staatszerfall, „Kampf gegen den Terrorismus“). Begründet werden Pazifizierungsakte nicht mehr nur sicherheitspolitisch (regionale, internationale Stabilität), sondern normativ und damit ordnungspolitisch (Emanzipation der Gesellschaften, herrschaftliche Partizipation, Menschenrechte). Verbunden werden derartige Pazifizierungsakte zunehmend mit *Governance*-Aufgaben wie der Übernahme politischer und administrativer Steuerung oder gar der Schaffung von Protektoraten (Kosovo, Afghanistan)<sup>99</sup>.

Die Promotoren dieser Entwicklungen sind insbesondere demokratische Staaten. Empirisch wissen wir, dass Demokratien etwas häufiger militärisch intervenieren als andere Regimetypen<sup>100</sup>. Allerdings greifen nur sehr wenige demokratische Systeme auf gewaltsame Mittel in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zurück. Am häufigsten intervenieren die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien in laufende militärische Konfrontatio-

99 Bernhard Zangl und Michael Zürn deuten diese als eine Variante „neuer Kriege“ im „postnationalen Zeitalter“. Indem sie „neue (quasi-zwischenstaatliche) Kriege“ und militärische Interventionen gleichsetzen, verwischen sie jedoch nicht nur den Kriegsbegriff, sondern verzichten auch auf die Möglichkeit der Unterscheidung und Problematisierung von verschiedenen Formen des Konfliktverhaltens; siehe Bernhard Zangl/Michael Zürn, a.a.O., 2003.

100 Sven Chojnacki: Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001. In: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.): Demokratien im Krieg, AFK-Friedensschriften. Band 31. Baden-Baden: Nomos 2004, S. 72-106.

nen. Hier zeigt sich, dass der militärische Interventionismus vor allem ein Großmachtkonzept ist<sup>101</sup>, das mit der militärischen Fähigkeit zur extraregionalen Machtprojektion und dem Interesse an der Durchsetzung normativer Ordnungsvorstellungen verbunden ist. Eine Reihe kleinerer und mittlerer Mächte wie Australien oder Neuseeland beteiligt sich eher im Rahmen von Allianzen bzw. Kriegskoalitionen an militärischen Auseinandersetzungen. Mit den humanitär begründeten Pazifizierungsakten seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich das Phänomen, dass gerade Demokratien im Rahmen von Allianzsystemen oder (ad-hoc-)Koalitionen in laufende Streitigkeiten eingreifen, noch verstärkt. Involviert sind nun zunehmend auch jüngere osteuropäische Demokratien wie Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn sowie demokratische Staaten, die die Anti-Kriegs-Norm in ihrer jüngeren Vergangenheit zu einem Kernelement ihrer Außenpolitik gemacht hatten (Deutschland, Japan). Der ordnungspolitische Gestaltungsoptimismus demokratischer Staaten ist in den 1990er Jahren zwar durch einige Rückschläge gebremst worden (u.a. Somalia, Ruanda, Jugoslawien). Es gibt aber bei den interventionsbereiten Demokratien keinen grundsätzlichen Zweifel an militärischen Interventionen als ein Steuerungsinstrument ihrer Sicherheits- und Ordnungspolitik. Im Gegenteil, die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Begründungen für militärische Interventionen noch einmal verstärkt und verschärft: Dem humanitär begründeten Interventionismus wird nun eine sicherheitspolitische Prämisse beigemischt, die autoritäre Regime und defekte Staatlichkeit als Risiken einer liberalen internationalen Ordnung versteht und - im Falle der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA - auch Präventivschläge zur Pazifizierung nicht ausschließt<sup>102</sup>.

Begleitet wird der Trend zu multilateralen Interventionen von strategischen Innovationen, die neue Interventionsformen begünstigen und das Bild des Krieges verändern. Erstens werden die Risiken von Bodenoffensiven gelegentlich auf lokale Bodentruppen übertragen (Rebellengruppen, Warlords), die so zumindest kurzfristig zu strategischen Kooperationspartnern aufsteigen<sup>103</sup>. Zweitens kommt es auch auf Seiten externer Interventionsakteure zu einer Kommerzialisierung der Kriegsführung, indem Staaten und internationale Organisationen militärische Funktionen an kommerzielle Sicherheitsagenturen „outsourcen“<sup>104</sup> (siehe dazu Abschnitt 3.2.2). Auch wenn die Entwicklungen in Afghanistan und jüngst im Irak darauf hindeuten, dass die westlichen Interventionsstaaten zwar eine Fülle von Sicherheitsfunktionen an private Schutzanbieter delegieren, aber ihr Monopol auf den engen Kern der Kriegsführung nicht preisgeben, begünstigen die kosteneffektiveren Lösungen, die der kommerzielle Sicherheitsmarkt für Regierungen interventionsfähiger Drittstaaten bereitstellt, die weitere Privatisierung traditioneller militärischer Funktionen, aber insbesondere auch die Auslagerung im Zuge der Gestaltung von Nachkriegsordnungen (Postkonfliktbearbeitung). Die Übertragung solcher Sicherheitsfunktionen an kommerzielle Anbieter kann jedoch den nichtintendierten Effekt haben, dass Militärfirmen zur Verlängerung oder Eskalation von Gewaltkonflikten beitragen - und als letzte Konsequenz neue Interventionen von Staaten oder Staatenbündnissen nach sich ziehen. Analytisch steht den substaatlichen Gewaltordnungen, in denen Sicherheit entweder von „unten“ durch nichtstaatliche Gewaltakteure oder aber durch Formen der (rest-) staatlichen Delegation von Gewalt an private Firmen und lokale Milizen produziert bzw. verknüpft wird, eine funktionale und sektorale Differenzierung von Sicherheitsstrategien in der OECD-Welt gegenüber. Drittens

101 Ulrich Albrecht: Militärinterventionismus - Konzept mit oder ohne Zukunft? In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Nach der Jahrtausendwende. Zur Neuorientierung der Friedensforschung. Münster: Agenda Verlag 2001, S. 153.

102 Vgl. u.a. Jeffrey Pickering, a.a.O., 2002; Edward Rhodes: The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda. In: Survival 45 (2003), 1, S. 131-154.

103 Exemplarisch für das Zusammenspiel zwischen Interventionsstaaten und lokalen Bodentruppen zur Einhegung inner- und substaatlicher Kriege sind die multinationalen Koalitionen unter Führung der USA im Kosovokrieg (mit der UCK) und bei der Bekämpfung der Taliban in Afghanistan (mit der Nordallianz).

104 Siehe dazu Abschnitt 3.2.2.

verändert die *Revolution in Military Affairs* (RMA) das Bild des Krieges technologisch und schafft neue Optionen militärischer Interventionen (u.a. zielgenaue Luftangriffe, seegestützte Lenkflugkörper, kleine Spezialeinheiten). Damit bieten sich für Interventionsstaaten militärstrategische Optionen jenseits des klassischen zwischenstaatlichen Krieges und unterhalb massiver und direkter militärischer Operationen. Dahinter steht das Interesse vor allem demokratischer Staaten, die Einsatzrisiken für eigene Soldaten und Soldatinnen zu reduzieren und schnelle territoriale Erfolge zu verbuchen. Je geringer nämlich die politischen Kosten und die Opferzahlen gehalten werden können, und je höher gleichzeitig die militärischen Erfolgsaussichten werden, desto eher kann der Einsatz militärischer Mittel in demokratischen Entscheidungsprozessen durchgesetzt werden.

Allerdings garantieren militärstrategische Innovationen weder schnelle Siege noch die Sicherung des Friedens. Die Entwicklungen in Afghanistan oder im Irak (2003) weisen nachdrücklich darauf hin, dass moderne Militärtechnologien zwar geeignet sind, konventionelle Gegner effektiv zu besiegen. Diese Waffensysteme kommen aber dort an ihre Grenzen, wo gegnerische Konfliktparteien auf unkonventionelle Methoden zurückgreifen (Guerillataktik, Terroranschläge). Außerdem kann trotz aller technologischen Fortschritte nicht ausgeschlossen werden, dass Kollateralschäden zu zivilen Opfern führen, wie die vermeintlich „sauberen“ Luftkriegsstrategien im Kosovo, in Afghanistan und zuletzt im Irak zeigten. Letztlich ist dies aber eine vorhersehbare Konsequenz der strategischen Entscheidung, primär auf Luftangriffe zu setzen.

Angesichts des ordnungs- und sicherheitspolitischen Gestaltungsoptimismus von Demokratien, ihres Ausbaus militärischer Fähigkeiten und unilateraler, präventiver Handlungsoptionen mächtiger Staaten einerseits, der Bedeutung inner- und substaatlicher Gewaltkonflikte in Zeiten komplexer Interdependenz andererseits, gibt es insgesamt wenig Grund anzunehmen, dass militärische Interventionen oder demokratisch inspirierte Pazifizierungsakte in den kommenden Jahren an Bedeutung verlieren werden. Zumal kommerzialisierte Formen von Sicherheit (PSAs) und modernisierte Militärtechnologien (RMA) das alte Problem der „Illusion des (schnellen und günstigen) Sieges“ verstärken<sup>105</sup>. Verbunden ist damit ein mehrfaches friedens- und sicherheitspolitisches Risiko. Erstens kann eine militärisch betriebene Demokratisierungspolitik interne Gewaltprozesse beschleunigen und/oder neue Konfliktparteien und -strukturen hervorrufen. Zweitens tendieren Interventionen ohnehin dazu, die Dauer gewaltsamer Konflikte zu verlängern<sup>106</sup>. Drittens schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten machtpolitische Ziele militärisch durchgesetzt und dabei Normen situationsbedingt unterschiedlich ausgelegt werden. Darüber hinaus erfordert der Einsatz ziviler Akteure und Mittel beim Aufbau von Nachkriegsordnungen eine Kooperation mit Einzelstaaten, internationalen Sicherheitsakteuren und privaten Sicherheitsfirmen, die teilweise völlig unterschiedlichen Handlungslogiken und Zielen folgen. Militärischer Interventionismus als Form internationalen Regierens wird so von komplexen Koordinations- und Mehrebenenproblemen begleitet, die ganz unterschiedlich auf lokale, regionale oder globale Ordnungen wirken und noch weitgehend unerforscht sind.

---

105 Stephen van Evera: *Causes of War. Power and the Roots of Conflict*. Ithaca: Cornell University Press, 1999.

106 Patrick M. Regan: *Third Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts*. In: *Journal of Conflict Resolution* 46 (2002), 1, S. 55-73.

## 4. Einordnung in den aktuellen Forschungsstand

Das Forschungsprojekt hat mehrfach zur Diskussion der „neueren Kriegsforschung“ beigetragen. Es hat erstens den Wandel des Krieges und die strukturellen Rahmenbedingungen theoretisch (re-) konzeptualisiert, zweitens nichtstaatliche Formen der Gewaltanwendung typologisch in die Klassifikation von Kriegen integriert, drittens die Entwicklungen im globalen Kriegsgeschehen und den Wandel der Kriegsformen quantitativ und qualitativ erfasst, viertens das Risiko externer Präventionsstrategien (militärische Interventionen) untersucht und damit fünftens die vorliegende Konzepte und Erklärungsansätze zu den „neuen“ Kriegen insgesamt kritisch geprüft, Schwachstellen offen gelegt und Perspektiven für die weitere Forschung aufgezeigt.

Auf der Basis der eigenen Forschungsarbeiten erweisen sich eine Reihe zentraler Thesen und Schlussfolgerungen vom übergreifenden Wandel des Krieges („neue Kriege“) als empirisch und methodisch problematisch. Faktisch bestehen zwei Kernprobleme: erstens die unscharfe Begriffsbildung und die in der „neuen Kriegsliteratur“ fehlenden operationalen Kriterien; zweitens die dürftige empirische Basis und die damit einhergehende Tendenz zur Überpointierung des Wandels. Das Etikett „neu“ ist dabei besonders trügerisch, weil es suggeriert, dass eine klare zeitliche Bestimmung in „alte“ und „neue“ Kriege möglich und die binäre Kodierung analytisch sinnvoll sei. Methodisch ist das Konzept der „neuen Kriege“ fragwürdig, weil die zugrunde gelegten Kriterien für die Erfassung eines neuen Kriegstypus in hohem Maße willkürlich, intersubjektiv nur schwer nachvollziehbar und konflikttheoretisch kaum begründet sind. Empirisch liegen gar nur anekdotische Einzelfallbeschreibungen und subjektive Evidenzerlebnisse vor. Diese dienen wohl zur Illustration einzelner Thesen, produzieren aber eben noch keine empirisch triftigen Evidenzen - und sie bieten damit auch keine Grundlage für die Erfassung globaler Trends oder für die Identifikation zentraler Wirkungsmechanismen. Im Extremfall führt dies zu vorschnellen und zweifelhaften Schlussfolgerungen - wie etwa zur möglichen Fehldeutung, „alte“ Kriege als empirisch wie theoretisch bedeutungslos anzusehen. Gegen die These vom „Auslaufmodell alter Kriege“ (Münkler) spricht nicht zuletzt die Beobachtung, dass militärische Konfrontationen, Sicherheitsdilemmata und Rüstungsspiralen zwischen den Staaten nach wie vor Probleme regionaler und internationaler Politik sind (v.a. im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südasien). Hinzu kommt, dass die Nuklearprogramme einiger Risikostaat (Nordkorea, Iran) und die Interessenkonflikte im Nahen und Mittleren Osten die Strukturen und Prozesse regionaler Sicherheitskomplexe prägen und eine große weltpolitische Ausstrahlungskraft haben.

Die offensichtliche Überstrapazierung und Überpointierung des „Neuen“ dürfte zumindest teilweise auf die „Aufmerksamkeits- und Attraktivitätsfalle“ des wissenschaftlichen Marktes zurückzuführen sein. Dies belegen im Übrigen auch andere Begriffskarrieren (Globalisierung, Zivilgesellschaft, *Governance* usw.). Darüber hinaus darf auch die veränderte „Wahrnehmungslogik“ innerhalb und außerhalb der Wissenschaften nicht unterschätzt werden. Der Ost-West-Konflikt wirkte eben nicht nur weltpolitisch strukturbildend, sondern verstellte der Friedens- und Konfliktforschung wie dem politischen Feuilleton des Öfteren den Blick auf tiefer liegende Phänomene im Kriegsgeschehen. Außerdem deutet einiges darauf hin, dass die Debatten und Schlussfolgerungen hierzulande auch auf die „neuen“ militärischen Herausforderungen und Handlungsoptionen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zurückzuführen sind bzw. mit diesen in enger Wechselbeziehung stehen<sup>107</sup>.

---

107 Michael Brzoska: 'New Wars' Discourse in Germany. In: Journal of Peace Research 41 (2004), 1, S. 107-117.

Die quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten des DSF-Projekts zeigen, dass generell vor voreiligen Schlüssen zu warnen ist.

- Erstens ist der Staat in den meisten Kriegen der Gegenwart immer noch ein zentraler und aktiver Akteur. Im innerstaatlichen Krieg (Anti-Regimekrieg, Sezessionskrieg), der nach wie vor der dominante Kriegstyp ist, stehen sich immer ungleich vergesellschaftete Akteure gegenüber: ein staatlicher und mindestens eine nichtstaatliche Konfliktpartei. Anders formuliert: die Teil-Privatisierung und tendenzielle Entstaatlichung vieler Kriege ist alles andere als neu.
- Zweitens muss berücksichtigt werden, dass auch herkömmliche Anti-Regime- und Sezessionskriege weiterhin konventionell geführt werden und mitunter nur Teilelemente des Wandels enthalten, ohne gleich einen Typenwandel zu rechtfertigen. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Überlappungen von Konfliktformen und/oder zu Phasenverschiebungen innerhalb der zu Grunde gelegten Kriegsformen kommt (u.a. Kolumbien, Afghanistan). Dies ist dann nicht nur eine Frage der theoretischen (Vor-) Annahmen, sondern auch der empirisch-analytischen Bewertung.
- Drittens bleibt der Staatsapparat auch dort ein wichtiges Macht- und Steuerungselement, wo das Gewaltmonopol zur Disposition steht oder nie voll entwickelt worden ist. Zudem beeinflussen (fiktive) Staatlichkeit und Souveränität die Verhaltensoptionen privater Gewaltakteure, indem sie ihr Handeln nach innen stärken und ihnen Vorteile gegenüber politischen Rivalen versprechen (etwa in Form internationaler Anerkennung oder durch den Zugang zu internationalen Hilfsleistungen).
- Und viertens, deuten die Entwicklungen während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak darauf hin, dass die westlichen Interventionsstaaten zwar eine Fülle von Sicherheitsfunktionen an private Militär- und Sicherheitsfirmen delegieren, aber ihr Monopol auf den engeren Kern der Kriegführung nicht preisgeben. Staatenkriege und militärische Interventionen durch einzelne Staaten oder Staatenbündnisse bleiben ein zentrales Problem der internationalen Politik.

Insgesamt sollte die Teilklasse des substaatlichen Krieges daher nicht überbewertet werden. Umgekehrt gibt es jedoch konflikttheoretisch auch keinen Grund, diese Gewaltformen zu vernachlässigen. Insbesondere die Fundamentalkritiker/innen der „neuen“ Kriege sollten die damit einhergehenden Veränderungen im Kriegsgeschehen nicht vorschnell verwerfen. Dies hätte nämlich gravierende Konsequenzen: Würde man auf die Problematisierung des Wandels von Krieg und seiner Korrelate verzichten, so bestünde letztlich die Gefahr, dass sich die politische und soziale Praxis des Krieges zunehmend von der theoretischen Norm unserer Konzepte und Begriffe entfernt. Dass diese Gefahr durchaus einen realen Kern hat, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass heute vieles als „neu“ interpretiert wird, was zuvor durch Fehldeutungen verdeckt worden ist (z.B. bei der Unterschätzung der Eigendynamik von so genannten Stellvertreterkriegen).

Theoretisch sind substaatliche Kriege vor allem ein Indiz dafür, dass das Verhältnis von Krieg und Staat bzw. Souveränität komplexer ist, als viele lange Zeit angenommen hatten. Es gilt nicht nur, dass Kriege Staaten produzieren und dass Staaten Kriege führen, sondern auch, dass Kriege in Abwesenheit staatlicher Kontrolle geführt werden und zur Transformation staatlicher Ordnungssysteme und normativer Prinzipien der internationalen Ordnung beitragen. Weil partieller oder völliger Staatszerfall jedoch kein Sonderfall, sondern ein strukturelles Problem im gegenwärtigen internationalen System ist, ist nicht zu erwarten, dass der substaatliche Kriegstypus in der näheren Zukunft an Bedeutung verliert. Bereits die extrastaatlichen Kriege, aber auch die regional und zeitlich variierenden Muster innerstaatlicher Gewalt sind eindrucksvolle Belege dafür, dass sich die konstitutiven Ein-

heiten des internationalen Systems wie auch der Krieg keineswegs einheitlich entwickelt haben. Überhaupt hat sich das internationale Staatensystem historisch nur begrenzt am westfälischen Ideal ausgerichtet. Strukturelle Rahmenbedingungen wie die Souveränitätsnormen, insbesondere das Prinzip der Nichteinmischung, sind immer wieder verletzt worden und lassen sich passender, wie Stephen Krasner<sup>108</sup> dies formuliert hat, als eine Form *organisierter Heuchelei* verstehen. Und so wie sich die Institution der Souveränität selbst weiterentwickelt hat, haben sich Gewaltakteure, Herrschaftsstrategien und kollektive Identitätsbindungen - und damit die Vergesellschaftungsmuster - jenseits klassischer Territorialstaatlichkeit immer weiter ausdifferenziert.

Kriegerisch herbeigeführter Ordnungswandel bedeutet dann freilich nicht nur das (regionale) Scheitern eines politischen Ordnungsmodells, sondern er ist auch ein Signal für die Entfaltung neuer bzw. veränderter sozialer und politischer Institutionen - und damit Teil einer Rekonfiguration von Herrschaft<sup>109</sup>. Heute reichen die Abweichungen vom westfälischen Ideal von post-kolonialen Pseudo- oder Quasistaaten über international nicht anerkannte de-facto-Staaten wie die Türkische Republik Nordzypern oder die Republik Somaliland bis hin zu temporär stabilen *Warlord*-Systemen. Gleichzeitig wirft das Scheitern vieler post-kolonialer Einheiten - nicht zuletzt mit Blick auf aktuelle Fälle (Irak, Kosovo, Afghanistan) - die Frage auf, ob Staatenbildung überhaupt funktionieren kann, wenn sie von außen implementiert wird<sup>110</sup>.

Friedens- und sicherheitspolitisch entsteht angesichts der strukturellen Herausforderungen substaatlicher Kriege eine paradoxe Situation: Zwar sind insbesondere den zwischen- und extrastaatlichen Kriegen im 20. Jahrhundert normative Fesseln angelegt worden, dennoch können Staaten und internationale Organisationen nicht länger ausschließen, zur Aufrechterhaltung relativer Stabilität oder zum Schutz der Zivilbevölkerung in inner- und substaatlichen Konfliktformationen militärische Gewalt als Mittel der Konfliktregulierung einzusetzen. Dies gilt insbesondere für demokratische Staaten und Bündnisse, die den Einsatz von Gewalt mit dem Ziel der Demokratisierung und der Durchsetzung von Menschenrechtsnormen begründen und legitimieren. Dies vergrößert jedoch nicht nur das Risiko des Krieges wie im Fall des Irak, sondern erhöht auch die Wahrscheinlichkeit der Kriegsbeteiligung einzelner demokratischer Staaten so z.B. im Kosovo und in Afghanistan. In der Konsequenz führt dies zu einer Krise des völkerrechtlichen Gewaltverbots<sup>111</sup> und zu der Gefahr, dass sich die demokratischen Interventionsstrategien der normativen und strukturellen Fesseln entledigen, die dem Krieg mit dem in der UN-Charta verankerten Gewaltverbot angelegt worden sind.

---

108 Stephen D. Krasner: *Sovereignty: Organized Hypocrisy*. Princeton: Princeton University Press, 1999.

109 Michael Doornbos: *State collapse and fresh starts: Some critical reflections*. In: *Development and Change* 33 (2002), 5, S. 798.

110 Vgl. Christopher Clapham: *The Global-Local Politics of State Decay*. In: Robert I. Rotberg (ed.): *When States Fail. Causes and Consequences*. Princeton: Princeton University Press 2004, S. 79.

111 Thomas Bruha/Christian J. Tams: *Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22 (2005), S. 32-39.

## 5. Offene Forschungsfragen und Forschungsdesiderata

Für die Zukunft bleibt die Erfassung und Vertiefung der Prozessdimension aller Kriegsformen die zentrale Herausforderung. Wenn bereits unser Wissen über die Schritte vom zwischenstaatlichen Frieden zum Krieg und zurück vergleichsweise gering ist, dann sind prozesstheoretisch inspirierte Analysen zu inner- und substaatlichen Kriegen (unter Berücksichtigung militärischer Interventionen) besonders defizitär. Systematisches, multidisziplinäres Wissen über die Eskalationsdynamiken ist nicht zuletzt aus praxeologischer Perspektive unentbehrlich, um Strategien der externen Konflikttransformation zu entwickeln oder um bestehende Instrumente an veränderte politische und soziale Rahmenbedingungen anzupassen. Die Forschung müsste sich dann gleichfalls fragen, warum die Merkmale substaatlicher Kriege nicht überall aufzufinden sind<sup>112</sup>. Dazu müssten stärker regionale Entwicklungen vergleichend analysiert werden, um den Ungleichzeitigkeiten und Ungleichförmigkeiten des Wandels von Krieg im internationalen System auf die Spur zu kommen.

Ein Schwachpunkt, der auch im Rahmen des durchgeführten Projekts noch nicht ausgeräumt werden konnte, ist die bisherige Staatszentriertheit der Interventionsperspektive. Parallel zur Entwicklung der Kriegstypen müsste zukünftig auch hier der nichtstaatliche Charakter zahlreicher Interventionsparteien berücksichtigt werden. Die grenzübergreifenden Interventionen lokaler Milizen, Rebellengruppen oder Warlords zur Unterstützung einer Konfliktpartei oder zur Durchsetzung eigener Interessen tritt zwar (noch) relativ selten auf z.B. in der DR Kongo und in Westafrika, ist aber eng mit komplexen inner- oder substaatlichen Konfliktkonstellationen verwoben und dürfte mit einem weiteren Anstieg von Räumen entgrenzter Staatlichkeit an Bedeutung gewinnen.

Im Forschungsprozess haben sich auch die bisherigen Erklärungsstränge zur politischen Ökonomie des Krieges als defizitär erwiesen. Es gibt zwar inzwischen ein reichhaltiges Angebot an Fallstudien und quantitativen Analysen. Noch aber ist die Frage völlig offen, wie sich Kriegswirtschaften und Konfliktodynamiken wechselseitig beeinflussen, welches die entscheidenden Kausalmechanismen sind, und inwieweit unterschiedliche Eskalationsprozesse und Pfadabhängigkeiten identifiziert werden können. Ein zentrales Manko besteht auch darin, dass ökonomische Faktoren nicht oder nur ansatzweise im Zusammenspiel mit politischen und sozialen Kontextbedingungen analysiert werden. Für die zukünftige Forschung bedeutet dies vor allem, die Wechselbeziehung von Ökonomisierungstendenzen und De- wie Repolitisierungsprozessen systematisch zu untersuchen. Dazu bedarf es vor allem mikroanalytischer Studien, die Aufschlüsse über die interne Logik von Handlungszusammenhängen und Entscheidungsprozessen bieten. Entscheidend wird dabei sein, die verwendeten Kriterien stärker als bisher theoretisch zu begründen: „scientific progress can only be achieved by formulating a specific theory making the underlying theoretical assumptions and propositions about violence explicit. At this point this is not the case“<sup>113</sup>.

Ein zentrales Desiderat bleiben empirisch gehaltvolle und prozesstheoretisch verwertbare Wirkungsanalysen, die den Zusammenhang zwischen kommerzieller Sicherheitsproduktion und lokalen Sicherheitsdynamiken wie Machtverhältnissen genauer untersuchen. Bislang gibt es auch nur wenig systematische Erkenntnisse über das Mischungs- und Spannungsverhältnis von Anreizstrukturen, Interessenkoalitionen und Arrangements zwischen unterschiedlichen Sicherheitsanbietern (Komplementarität, Konkurrenz) sowie zu den Be-

112 Vgl. Klaus Jürgen Gantzel, a.a.O., 2002; Volker Matthies: Eine Welt voller neuer Kriege? Wider das Gerede „von Krieg und Kriegsgeschrei“. In: Thomas Fues/Jochen Hippler (Hrsg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn: JHW Dietz Verlag 2003, S. 236-255.

113 Wolf-Dieter-Eberwein/Sven Chojnacki, a.a.O., 2001, S. 29.

ziehungsmustern zwischen Schutznehmern und variierenden privaten und staatlichen Sicherheitsproduzenten (Reststaaten, Warlords, lokale Milizen, kommerzielle Firmen). Angesichts der Akteurs- und Interessenvielfalt interner und externer, staatlicher und nichtstaatlicher Akteure wird Sicherheit in einem Mehrebenengeflecht lokaler, nationaler, transnationaler und internationaler Handlungszusammenhänge hergestellt oder unterproduziert, was zu einer Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Produktionsformen von Sicherheit führt. Um die Formen und Funktionen der Sicherheitsproduktion in substaatlichen Gewaltordnungen zu verstehen und theoretisch zu erklären, bietet sich eine Verknüpfung mit Ansätzen der Sicherheitsforschung an (u.a. regionale Sicherheitskomplexe, *Securitization*-Ansatz). Dies bedeutet zugleich eine „Versöhnung“ der Sicherheitsproblematik mit konflikttheoretischen Überlegungen und empirischen Erkenntnissen der Kriegsforschung. Es ist geradezu erstaunlich und alles andere als unausweichlich, dass beide Teildisziplinen - Sicherheitspolitikforschung und Kriegsforschung - eher nebeneinander existieren und nur selten problembezogen miteinander kommunizieren. Denkbar ist darüber hinaus eine Verbindung zu Ansätzen der Governanceforschung. Diese könnten dazu beitragen, den Blick für Variationen staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt- und Sicherheitsproduktion in gewaltgesteuerten Konfliktsystemen zu öffnen. Dies bietet vor allem die Chance, die meist nicht-hierarchischen Koordinationsformen bei der Sicherheitsproduktion unter Berücksichtigung der Einbindung einer Vielzahl nicht-staatlicher Akteure und analytischer Ebenen (lokal, transnational, regional, global) zu analysieren. In den Blickpunkt rückt so auch die Frage, welche (militärischen) Sicherheitsfunktionen unter den Bedingungen fehlender staatlicher Gewaltkontrolle in substaatlichen Konfliktkomplexen überhaupt noch erbracht werden und welche ordnungspolitischen Probleme entstehen, wenn Sicherheit strategisch durch staatliche und/oder nichtstaatliche Akteure verknüpft wird.

## 6. Appendix

### Liste der Kriege 1946-2006

Die Liste berücksichtigt alle Kriege zwischen 1946 und 2006, die den operationalen Kriterien entsprechen. Die Spalten erfassen a) die Kriegsnamen, b) ihre Zeitspanne auf jährlicher Basis und c) die beteiligten Gewaltakteure. Militärische Interventionen in laufende Kriege werden im Fußnotenapparat erfasst.

#### (1) Inter-state Wars

<i>War Name</i>	<i>Time Span</i>	<i>Participants</i>
First Kashmir	1947-1948	India vs. Pakistan
Palestine	1948	Egypt, Syria, Jordan, Iraq, Lebanon vs. Israel
Korean	1950-1953	North Korea vs. South Korea <sup>114</sup>
Russo-Hungarian	1956	Soviet Union vs. Hungary
Suez	1956	Israel, United Kingdom, France vs. Egypt
Sino-Indian (Assam)	1962	China vs. India
Second Kashmir	1965	Pakistan vs. India
Six Day	1967	Israel vs. Egypt, Syria, Jordan
Israeli-Egyptian	1969-1970	Egypt vs. Israel
Football	1969	El Salvador vs. Honduras
Bangladesh	1971	Pakistan vs. India
Yom Kippur	1973	Egypt, Syria, Iraq, Jordan, Saudi-Arabia vs. Israel
Turco-Cypriot	1974	Turkey vs. Cyprus
Vietnamese-Cambodian	1975-1979	Vietnam vs. Cambodia
Ethiopian-Somalian	1977-1978	Somalia vs. Ethiopia <sup>115</sup>
Ugandan-Tanzanian	1978-1979	Uganda vs. Tanzania <sup>116</sup>
Sino-Vietnamese	1979	China vs. Vietnam
First Gulf War	1980-1988	Iraq vs. Iran
Falklands	1982	Argentina vs. United Kingdom
Sino-Vietnamese	1983-1987	China vs. Vietnam

114 Military intervention by the US, Canada, Columbia, United Kingdom, Netherlands, Belgium, France, Greece, Ethiopia, Turkey, Thailand, Philippines, Australia, New Zealand, China.

115 Military intervention by Cuba (1977-78).

116 Supported by troops from Libya.

Second Gulf War	1990-1991	1 <sup>st</sup> Phase: Iraq vs. Kuwait; 2 <sup>nd</sup> Phase: USA <sup>117</sup> , United Kingdom, France, Italy, Egypt, Syria, Saudi-Arabia vs. Iraq
Indian-Pakistan (Kargil)	1999	India vs. Pakistan
Ethiopian-Eritrean	1998-2000	Ethiopia vs. Eritrea
Third Gulf War	2003	USA, United Kingdom, Australia, Poland vs. Iraq

## (2) Extra-state Wars

<i>War Name</i>	<i>Time Span</i>	<i>Participants</i>
Indonesian	1945-1946	Indonesian People's Army vs. Netherlands, United Kingdom
Franco-Indochinese	1945-1954	Khmer Vietminh, Pathet Lao vs. France
Franco-Madagascan	1947-1948	Mouvement Démocratique de la Rénovation Malgache (MDRM) vs. France
Malayan Rebellion	1948-1957	Malayan Communist Party (MCP) vs. United Kingdom <sup>118</sup>
Indo-Hyderabad	1948	India vs. Hyderabad <sup>119</sup>
Sino-Tibetan	1950-1951	China vs. Tibet
Tunisian Independence	1952-1954	Armée de Libération Nationale (ALN) vs. France
Kenya (Mau Mau)	1952-1956	Mau-Mau Insurrection vs. United Kingdom
Moroccan Independence	1953-1956	Istiqlal (Independence) Party vs. France
Algerian Independence	1954-1962	Front de Libération Nationale (FLN) vs. France
Cameroon Independence	1955-1961	Union des Populations du Cameroun (UPC) vs. France (1955-60), Cameroon (1960-61)
Angolan Independence	1961-1975	Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA), União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA), Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) vs. Portugal
Guinea-Bissau's Independence	1962-1974	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC) vs. Portugal

117 Operation Desert Storm was launched by US-led allied forces in January 1991 against targets in Iraq and Iraqi-occupied Kuwait.

118 Military intervention by Australia (1955-57) and New Zealand (1955-57).

119 Supported by 'Razakar' forces.

Mozambique Independence	1964-1975	Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO) vs. Portugal <sup>120</sup>
Namibia	1967-1989	South West Africa People's Organisation (SWAPO) vs. South Africa
Western-Sahara	1975-1989	Frente Popular de Liberación de Seguía el Hamra y Rio de Oro (POLISARIO) vs. Morocco (1975-89), Mauritania (1975-79) <sup>121</sup>
Israel-Palestinian	2001-2006	Israel vs. Palestinian Islamic Jihad, Hamas, Al-Aqsa Martyr's Brigades (AMB)
Iraq (allied occupation)	2003-2004	Local Insurgents, Tribal Militias and Terrorist Groups <sup>122</sup> vs. Coalition Forces <sup>123</sup>
Lebanon	2006	Hizbollah vs. Israel

### (3) Intra-state Wars

<i>War Name</i>	<i>Time Span</i>	<i>Participants</i>
Greece (Communists)	1946-1949	National Liberation Front (Dimokratikos Stratos Ellados, DSE) vs. Government <sup>124</sup>
China (Communists)	1946-1950	Government vs. Communist Guerrillas
Philippines (Huk Rebellion)	1946-1952	Hubkong Bayan Laban sa Hapon (HUK, People's Liberation Army) vs. Government
Paraguay (Leftists)	1947	Government vs. Partido Revolucionario Febrerista (PRF), Partido Comunista, Military Faction
Yemen Arab Republic (Yahya Family)	1948	Opposition Coalition vs. Imam Yahya Regime
Costa Rica	1948	National Liberation Army/Legión del Caribe vs. Government <sup>125</sup>
Colombia (Violencia)	1948-1960	Government vs. Liberal Groups & Leftist Guerrilla
Myanmar (Ethnic Rebels)	1948-2006	Diverse Ethnic Groups <sup>126</sup> vs. Government (Burmese State Law and Order Restoration Council) <sup>127</sup> , Paramilitary Forces

120 Military intervention by Rhodesia/Zimbabwe (1967-74) and South Africa (1969-74).

121 Military intervention by Algeria in support of POLISARIO (1975-87).

122 Dawlat al-'Iraq al-Islamiyya (Islamic State in Iraq, ISI), Al-Mahdi Army, Ansar al-Islam, Reformation and Jihad Front (RJF), Jaish Ansar Al-Sunna (JAAS), Jama'at al-Tawhid wa'al-Jihad, Tanzim Qa'idat al-Jihad fi Bilad al-Rafidayn.

123 Parties participating with troops since the initial invasion: United States (2003-), United Kingdom (2003-), Australia (2003-), Poland (2003-); other coalition forces (>100 troops at one point) involved in military operations: Albania (2003-), Azerbaijan (2003-), Bulgaria (2003-), Czech Republic (2003-), Denmark (2003-), Dominican Republic (2003-04), El Salvador (2003-), Georgia (2003-), Honduras (2003-04), Hungary (2003-05), Italy (2003-06), Japan (2004-06), , Latvia (2004-), Lithuania (2003-07), Mongolia (2003-), Netherlands (2003-05), Nicaragua (2003-04), Norway (2003-06), Portugal (2003-05), Romania (2003-), Singapore (2003-05), South Korea (2003-), Spain (2003-04), Thailand (2003-04), Ukraine (2003-05).

124 Military intervention by troops from the United Kingdom (1946-47).

125 Military intervention by Nicaraguan troops (1948).

126 Main ethnic groups being Karen National Union (KNU), Karen National Liberation Army, Karen National Defense Organization (KNDO), National League of Democracy (NDF), Democratic Alliance of Burma (DAB), Shan State Army (SSA), Kachin Independence Organisation/Army (KIO/A), Shan State Army (SSA), Shan United Army (SUA), faction

Indonesia (Maluku)	1950	Government vs. Republic of South Moluccas (RMS, Republik Maluku Selatan)
Bolivia (Leftists)	1952	Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) vs. Government
Indonesia (Darul Islam)	1953	Government vs. Darul Islam Movement
Guatemala vs. Conservatives	1954	Military Faction vs. Arbenz Regime <sup>128</sup>
Argentina	1955	Military Faction vs. Government
India (Nagaland)	1956-1958	Naga Separatist Movement (Naga National Council, NNC) vs. Government
China (Tibetans)	1956-1959	Tibetan Troops vs. Government
Sudan (Anyanya)	1956-1972	Anyanya Guerrillas, Tribal Authorities vs. Government
Oman (Iman's Revolt)	1957	Imam of Oman vs. Sultanate of Muskat and Oman <sup>129</sup>
Lebanon	1958	Government <sup>130</sup> , Paramilitary Troops vs. United National Front (UNF), Mourabitoun Militias
Cuba (Castroists)	1958-1959	Batista Regime vs. Ejército Rebelde (Castroists)
Indonesia (Leftists)	1958-1961	Revolutionary Government of the Republic of Indonesia (PRRI) vs. Government & Loyalist Forces
Iraq (Shammar tribe)	1959	Conservative Officers, al-Yawer's Shammar Tribe vs. Government
Laos (Pathet Lao)	1959-1961	Pathet Lao vs. Government, Meo Guerrilla (Hmong) <sup>131</sup>
Congo/Zaire vs. Katanga	1960-1964	Various Groups <sup>132</sup> vs. Government <sup>133</sup>
Vietnam (Second Indochina War) <sup>134</sup>	1960-1975	Front National de Libération (FNL) <sup>135</sup> vs. Republic of Vietnam (South Vietnam) <sup>136</sup>
Iraq (Kurds I)	1961-1970	Government vs. Kurdish Democratic Party (KDP), Patriotic Union Kurdistan (PUK)

of Shan United Revolutionary Army (SURA), Mong Tai Army (MTA), Thai Revolutionary Council (TRC). Main Groups which have not signed a ceasefire and continue to fight against central government in the 1990s are the Karen National Union (KNU), Karenni National Progressive Party (KNPP), Shan State Army - South (SSA/s).

127 The name changed in 1997 to State Peace and Development Committee (SPDC). The government receives support from the Democratic Karen Buddhist Army (DKBA), a break-away faction of the KNU, and collaborates with the United Wa State Army (UWSA) which signed a ceasefire and helped the government in fighting other local insurgent groups such as the MTA.

128 Military intervention by U.S. forces (1954).

129 Supported by British forces (1957).

130 Military intervention by U.S. forces (Operation Blue Bat) to support the pro-Western Lebanese government (1958).

131 Military interventions by troops from North Vietnam in support of Pathet Lao (1959-61) and Thailand in support of Laos (1960-61).

132 Principal groups are Mouvement National Congolais/Lumumba (MNC/L), Mouvement National Congolais/Kalondji (MNC/K) and Confédération des Associations Tribales de Katanga (CONAKAT).

133 Military intervention by Belgian and U.S. forces (1960).

134 In contrast to the COW Project, the armed conflict in Vietnam is not classified as an inter-state war. This conflict is considered being an intra-state war between the government and communist rebels in the Republic of Vietnam. Subsequently the war becomes internationalised due to the intervention of foreign powers.

135 Supported by troops from North Vietnam (1965-74).

136 Supported by U.S. forces (1962-73) and troops from South Korea (1965-73), Philippines (1966-73), Australia (1965-72) and New Zealand (1965-71).

Yemen Arab Republic (Royalists)	1962-1970	Royalist Forces vs. Republicans <sup>137</sup>
Guatemala (Leftists)	1962-1995	Various Groups <sup>138</sup> vs. Government <sup>139</sup>
Rwanda (Inyenzi)	1963-1964	Inyenzi Militias vs. Government & Ethnic Hutus
Kenya (Shifta)	1963-1967	Shifta Guerrilla (Northern Front Districts, NFD) vs. Government
Laos (Pathet Lao)	1963-1973	Pathet Lao <sup>140</sup> vs. Government, Laotian Neutralists, Meo Guerrilla <sup>141</sup>
Congo/Zaire (Kwilu)	1964-1966	Conseil National de Libération (CNL), Soumialot forces/Armée Nationale de Libération (ANL) vs. Government <sup>142</sup>
Dominican Republic (Leftists)	1965	Military Faction vs. Government & Military Intervention <sup>143</sup>
Colombia	1965-2006	Various Groups <sup>144</sup> vs. Government, Right-wing Paramilitaries (Autodefensas Unidas de Colombia, AUC) & Drug Barons
Uganda (Buganda Tribes)	1966	Government vs. Buganda Forces
Chad	1966-1977	Front de Libération Nationale (FROLINAT) vs. Government <sup>145</sup>
Congo/Zaire (Rebellion)	1967	Mercenary Militias & "Gendarmerie Katangaise" vs. Government
China (Cultural Revolution)	1967-1968	Rival Red Guard Organizations vs. Anti-Maoist Troops
Nigeria (Biafra)	1967-1970	Government vs. Biafran Guerrilla/Biafran Organization of Freedom Fighters (BOFF)
Jordan	1970-1971	Government vs. Palestine Liberation Organization (PLO), Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) <sup>146</sup>
Cambodia (Khmer Rouge)	1970-1975	Khmer Rouge, Front uni national du Kampuchéa (FUNK, National United Front of Kampuchea), FAPLNK (Forces Armées Populaires de Libération Nationale du Kampuchea) vs. Government <sup>147</sup>
Philippines (New People's Army)	1970-2006	Various Groups <sup>148</sup> vs. Government, Military Faction of Philippines

137 Supported by Egyptian troops (1962-67).

138 Principal groups are Fuerzas Armadas Rebeldes (FAR), Organización del Pueblo en Armas (ORPA), Ejército Guerrillero de los Pobres (EGP), Partido Guatemalteco del Trabajo (PGT) and Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca (URNG).

139 Military intervention by U.S. forces (Green Berets, 1966-67).

140 Supported by North Vietnam (1963-73).

141 Supported by troops from Thailand (1968-73), United States (1964-73), and South Vietnam (1964-73).

142 Military intervention by Belgium and U.S. forces (1964).

143 Military intervention by U.S. forces (Operation Powerpack).

144 Principal groups are Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), Ejército Popular de Liberación (EPL), Ejército de Liberación Nacional (ELN), Movimiento 19 de abril (M-19).

145 Military intervention by French forces (1969-72).

146 Supported by troops from Syria (1970-71).

147 Military intervention by North Vietnam (1970-75), South Vietnam (1970), and U.S. forces (1970-73, 1975).

148 Principal groups are the Communist Party of the Philippines (CCP)/New People's Army (NPA), National Democratic Front (NDF), Reform Movement of the Armed Forces - Soldiers of the Filipino People (RAM-SFP).

Pakistan (Bengalis)	1971	Pakistani Forces vs. Freedom Fighters, Paramilitary Troops
Sri Lanka (Janatha Vimukthi Peramuna)	1971	Janatha Vimukthi Peramuna (JVP, Sinhalese People's Liberation Front) vs. Government <sup>149</sup>
Philippines (Mindanao)	1972-2006	Various Groups <sup>150</sup> vs. Government of Philippines, Citizens Armed Forces Geographical Units (CAFGUs)
Chile vs. Pinochet Led Rebels	1973	CIA-backed Military Faction vs. Allende Regime
Pakistan (Baluchistan)	1973-1977	Baluchistan People's Liberation Front (BPLF) vs. Government
Zimbabwe	1973-1979	Zimbabwe African National Union (ZANU) & Zimbabwe African National Liberation Army (ZANLA), Zimbabwe African People's Union (ZAPU), Patriotic Front (PF) vs. Government
Iraq (Kurds II)	1974-1975	Government of Iraq vs. Kurdish Democratic Party (KDP), Patriotic Union Kurdistan (PUK) <sup>151</sup>
Ethiopia vs. Eritrean Rebels	1974-1991	Eritrean Liberation Front (ELF) Eritrean Liberation Front-Popular Liberation Forces (ELF-PLF), Eritrean People's Liberation Front (EPLF) vs. Government
Laos (Meo Guerrilla)	1975-1979	Government (Pathet Lao) <sup>152</sup> vs. Meo Guerrilla
Indonesia (East Timor)	1975-1992	Uniao Democratica Timorese (UDT), Anti-Communist Movement (MAC), Government vs. Frente Revolucionaria de Timor-Leste Independente (FRETILIN), Forcas Armadas De Libertacao Nacional De Timor Leste (FALINTIL)
Angola vs. UNITA	1975-1995	União Nacional para a Independência Total de Angola UNITA, Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) <sup>153</sup> vs. MPLA-Government <sup>154</sup>
Indonesia (West Papua/Irian Jaya)	1976-1978	Organisasi Papua Merdeka (OPM, Organization for a Free Papua) vs. Government
Ethiopia	1976-1983	Western Somali Liberation Front (WSLF) vs. Government
Ethiopia (Tigrean Rebels)	1976-1991	Various Groups <sup>155</sup> vs. Government
Congo/Zaire (Shaba)	1977-1978	Front de Libération Nationale Congolais (FLNC) vs. Government <sup>156</sup>

149 Supported by troops from India (1971).

150 Main groups being Moro National Liberation Front (MNLF)/Organisation Bangsa Moro Army (BMA), MNLF faction, Moro Islamic Liberation Front (MILF), Abu Sayyaf Group (ASG), Jemaah Islamiyah.

151 Military intervention by troops from Iran (1974-75).

152 Military intervention by Vietnamese troops (1975-79).

153 Supported by troops from South Africa (1975-89) and from Zaire/DR Congo (1975-76).

154 Supported by Cuban forces (1975-89).

155 Principal groups are Tigrean People's Liberation Front (TPLF), Tigray Liberation Front (TLF), Ethiopian People's Revolution Party (EPRP), Ethiopian Democratic Union (EDU), Ethiopian People's Democratic Movement (EPDM/EPRDF).

156 Supported by troops from Morocco (1977), Belgium (1978), and France (1978).

Iran (Anti-Shah Coalition)	1978-1979	Ultra-Islamic Opposition vs. Shah Regime
Nicaragua vs. Sandinistas	1978-1979	Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) vs. Somoza Regime
Afghanistan (Mujahedeen & Soviet Invasion)	1978-1992	People's Democratic Party of Afghanistan (PDPA), Mujahedeen vs. Government <sup>157</sup>
Iran (Kurds)	1979-1988	Government vs. Kurdish Democratic Party of Iran (KDPI)
El Salvador (Leftists)	1979-1991	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) vs. Government
Mozambique	1979-1992	Resistência Nacional Moçambiquana (RENAMO) vs. Government <sup>158</sup>
Cambodia (Khmer Rouge)	1979-1998	Various Groups <sup>159</sup> vs. Cambodian People's Party (CPP) <sup>160</sup>
Nigeria (Maitatsine)	1980-1981	Government vs. Maitatsine Guerrilla
Iraq (Kurds III)	1980-1988	Government vs. Kurdish Democratic Party (KDP), Patriotic Union Kurdistan (PUK), Socialist Party of Kurdistan (PSK) <sup>161</sup>
Iran (Mujahedeen)	1981-1982	Government vs. Mujahedeen e Khalq, Fedayin e Khalq, Tudeh-Party
Uganda	1981-1986	National Resistance Movement/Army (NRM/A), Uganda Freedom Movement (UFM) vs. Government
Nicaragua (Contras)	1981-1990	Contras/National Resistance Army & Yatama, Frente Sur vs. Government
Peru (Shining Path)	1981-1999	Sendero Luminoso (Shining Path), Movimiento Revolucionario Túpac Amaru (MRTA) vs. Government
Syria	1982	Al-Jabha al-Islamiyya vs. Government
Zimbabwe (ZAPU vs. ZANU)	1983-1984	Zimbabwe African People's Union faction (ZAPU) vs. Zimbabwe African National Union faction (ZANU)
India (Punjab/Khalistan)	1983-1993	Various Groups <sup>162</sup> vs. Government

157 Military intervention by the Soviet Union (1979-88).

158 Supported by troops from Tanzania (1985-88) and Zimbabwe (1982-88).

159 Main groups being Khmer Rouge (KR), Khmer People's National Liberation Front (KPNLF), Armée Nationaliste Sihanoukienne (ANS) vs. Government of Cambodia; Front Uni National pour un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Coopératif (FUNCINPEC).

160 Military intervention by Vietnamese troops (1978-89).

161 Military interventions by troops from Iran (1983-88), Turkey (1983).

162 Principal groups are Khalistan Liberation Force (KLF), Khalistan Commando Force (KCF), Council of Khalistan, Tigers of Sikh Land (TSL) and All India Sikh Student's Federation (AISSF).

Sri Lanka (Tamil Uprising)	1983-2001	Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), Tamil Eelam Liberation Organization (TELO), People's Liberation Organization of Tamil Eelam (PLOTE) vs. Government <sup>163</sup> , Police Special Task Force (STF) & Home Guards
Sudan (South Sudan)	1983-2006	Various Groups <sup>164</sup> vs. Government & Paramilitary People's Defence Forces (PDF), Murahleen Militias
South Africa	1984-1994	African National Congress (ANC), Pan-Africanist Congress (PAC), Azanian People's Organisation (AZAPO), Freedom Alliance (FA) vs. Government vs. Inkatha Freedom Party (IFP)
Turkey (Kurds)	1985-2001	Kurdistan Workers' Party (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK), Hezen Rizgariya Kurdistan (HRK), Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan (ERNK) vs. Government
Yemen People's Republic (Leftist Factions)	1986	Government of Yemen People's Republic vs. Leftist Factions (Yemen Socialist Party, YSP)
Uganda	1987-2006	Various Groups <sup>165</sup> vs. Government
Somalia	1988-1991	Somali National Movement (SNM), Somali Patriotic Movement (SPM), USC (United Somali Congress) vs. Siad Barre regime & Red Berets (Duub Cas)
India (Kashmir)	1989-2006	Various Groups <sup>166</sup> vs. Government
Burundi (Tutsi Supremacists) <sup>167</sup>	1990-1991	Party for the Liberation of the Hutu People (PALIPEHUTU), Forces Nationales de Liberation (FNL), Front pour la libération nationale (FROLINA) vs. Tutsi Government
Indonesia (Aceh)	1990-1993	Gerakan Aceh Merdeka (GAM, Free Aceh Movement) vs. Government
Rwanda (Tutsi vs. Hutu)	1990-1994	Front Patriotique Rwandais (FPR) vs. Hutu Government <sup>168</sup>
India (Assam)	1990-2006	Various Groups <sup>169</sup> vs. Government & Dima Halong Daga, Hmar Peoples Convention <sup>170</sup>

163 The Indian interference in Sri Lanka from 1987-90 was not a case of unilateral military intervention. A peacekeeping force went to the Island at the invitation of the Sri Lankan Government, by mutual agreement with the Tamil parties and under the provisions of a bilateral treaty.

164 Main groups being National Democratic Alliance (NDA), Sudan's People Liberation Movement/Army (SPLM/A), South Sudan Independence Movement/Army (SSIM/A), Sudan Alliance Forces (SAF) and National Democratic Alliance (NDA).

165 Main groups being Uganda Freedom Movement (UFM), Holy Spirit Movement (HSM), Uganda People's Democratic Army faction (UPDA), Uganda People's Army (UPA), Uganda Democratic Christian Army (UDCA), Lord's Resistance Army (LRA), West Nile Bank Front (WNBFB), Allied Democratic Front (ADF), National Army for the Liberation of Uganda (NALU), Uganda National Rescue Front II.

166 Main groups being Jammu and Kashmir Liberation Front (JKLF), Al Badr Mujahedeen, Hizb-ul-Mujahedeen, Harkat-ul-Mujahedeen, Harakat ul-Jihad-I-Islami (HUJI), Lashkar-e-Tayyiba/Lashkar-e-Toiba (LeT), Jaish-e-Mohammed (JEM), Tehrik-e-Jihad (TEJ) and Harkat-ul-Ansar backed by the Jamiat-e-Islami movement.

167 In contrast to the inter-communal clashes in 1972/73 (coded as sub-state war) violence during the 1990s obviously has become more organised and directed towards the central government.

168 Military Intervention by troops from Zaire/DR Congo (1990) and France (1994, Opération Turquoise).

169 Major groups being: United Liberation Front of Assam (ULFA), National Democratic Front of Bodoland (NDFB), Bodoland Liberation Tiger Force, United People's Democratic Solidarity (UPDS), Kamatapur Liberation Organisation (KLO), Muslim United Liberation Tigers of Assam (MULTA), Adivasi Cobra Force (ACF), Dima Halim Daogah (DHD), Hmar People's Convention-Democracy (HPC-D), United People's Democratic Solidarity (UPDS).

170 Military intervention by Bhutan troops (2003).

Iraq (Shiites)	1991-1992	Supreme Assembly for the Islamic Revolution in Iraq (SAIRI) vs. Government
Georgia (Ossetia)	1991-1992	Government vs. Forces of South Ossetia
Croatia	1991-1994	Serbian Irregulars, Serbian Republic of Krajina, Yugoslavia vs. Government of Croatia, Croatian Irregulars
Iraq (Kurds IV)	1991-1998	Kurdish Democratic Party (KDP), Patriotic Union Kurdistan (PUK), Socialist Party of Kurdistan (PSK) vs. Government <sup>171</sup>
Georgia (Abkhaz)	1992-1993	Government vs. Abkhazian Forces
Azerbaijan (Nagorno-Karabakh)	1992-1994	Government of Azerbaijan vs. Karabakh Army <sup>172</sup>
Tajikistan <sup>173</sup>	1992-1996	Government vs. United Tajik Opposition <sup>174</sup>
Algeria (Islamic Rebels)	1992-2006	Armée Islamique du Salut (AIS), Groupe Islamique Armé (GIA), Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC) vs. Government of Algeria
Burundi (Hutu vs. Tutsi)	1993-2006	Various Groups <sup>175</sup> vs. Government
Yemen (Unification)	1994	Northern Yemen troops, al-Islah militias vs. southern Yemen security forces
Russia (Chechnya)	1994-1996	Russian government vs. Chechen Guerrilla Forces
Congo/Zaire (AFDL-Rebellion)	1996-1997	Alliance des Forces Démocratique pour la Libération du Congo-Zaïre (AFDL), Banyumulenge militias vs. Forces Armées Zaïroises (FAZ), Forces Armées Rwandaises (ex-FAR), Interahamwé Militias & Interventions <sup>176</sup>
India (Naxalite)	1996-2006	Various Groups <sup>177</sup> vs. Government
Congo/Brazzaville	1997-1999	Sassou-Nguesso's Cobra Militias, Ninja Militias vs. Government <sup>178</sup> , Kolela's Ninja Militia, Zoulou Militias
Guinea-Bissau	1998-1999	Military Junta for the Consolidation of Democracy, Peace and Justice (General Ansumane Mané) vs. Government <sup>179</sup>
Serbia/Montenegro (Kosovo)	1998-2000	Government of Yugoslavia (Serbia) vs. Ushtria Clirimtare ë Kosovës (UCK) <sup>180</sup>

171 Military intervention by Turkish troops (1997).

172 Supported by Armenian Troops (1992-94).

173 The intra-state war in Tajikistan has changed into a sub-state war in 1995.

174 Including the Islamic Resistance Movement, Democratic Party of Tajikistan and the Rastokhez People's Movement.

175 Major groups being National Council for the Defence of Democracy (CNDD), Forces for the Defence of Democracy (FDD), Palipehutu (Party for the Liberation of the Hutu People) & Forces nationales de liberation (FNL), Front pour la libération nationale (FROLINA) & Forces armées du peuple (FAP), Union pour la liberation nationale (ULINA) & Forces de liberation nationale (FALINA) and PALIPEHUTU-FNL.

176 Military intervention by regular and irregular troops from Angola (1997), Rwanda (1996-1997), and Uganda (1997).

177 Principal groups are Communist Party of India (Marxist-Leninist) - Party Unity (CPI [ML]-PU), Communist Party of India (Marxist-Leninist) - Liberation" (CPI [ML]-L), Maoist Communist Centre (MCC) and People's War Group (PWG).

178 Military intervention by Angolan and Chadian armed forces (1997-99).

179 Military intervention by Senegalese and Guinean troops (1998).

180 Military intervention by NATO forces (Operation Allied Force & Operation Noble Anvil) including an air bombardment campaign on Yugoslavian military installations in Kosovo and Serbia and a force deployment in Kosovo (1998-99).

Angola vs. UNITA	1998-2002	União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA), Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) vs. MPLA-Government
Rwanda (Hutu vs. Tutsi)	1998-2002	Forces Democratiques de Liberation du Rwanda (FDLR), Interahamwe, Peuple en Armes pour la Liberation du Rwanda (PALIR), Armée pour la Libération du Rwanda (ALIR), ex-FAR (Forces Armées Rwandaises) vs. Tutsi Government
Indonesia (Aceh)	1999-2005	Gerakan Aceh Merdeka (GAM, Free Aceh Movement) vs. Government, Pro-government Civilian Militia
Russia (Chechnya)	1999-2006	Government vs. Chechen Guerrilla Forces
Nepal (Communists)	1999-2006	CPN-M (Communist Party of Nepal-Maoist)/UPF (United Peoples Front) vs. Government
Ethiopia	1999-2006	Ogaden National Liberation Front (ONLF), Oromo Liberation Front (OLF), Ethiopian People's Patriotic Front (EPPF) vs. Government
Guinea	2000-2001	Government <sup>181</sup> vs. Rassemblement des forces démocratiques de Guinée (RFDG)
Chad	2000-2006	Government vs. Various Groups <sup>182</sup>
Liberia	2001-2003	Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) vs. Government <sup>183</sup>
India (Manipur)	2001-2006	Various Groups <sup>184</sup> vs. Government
Ivory Coast	2002-2005	Mouvement Patriotique de Côte-d'Ivoire (MPCI), Mouvement Populaire Ivoirien du Grand Ouest (MPIGO), Mouvement pour la Justice et la Paix (MJP) vs. Government <sup>185</sup>
Afghanistan (Taliban Insurgency)	2002-2006	Taliban, Warlord Factions vs. Government; Intervention by Multinational Forces (Operation Enduring Freedom) <sup>186</sup>
Sudan (Dafour)	2003-2006	SLM/A (Sudan Liberation Movement/Army) <sup>187</sup> vs. Government vs. Janjaweed Militias
Turkey (Kurds)	2004-2006	Kurdistan Workers' Party (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK), Kurdistan Freedom Movement (TAK) vs. Government

181 Military intervention by Liberian troops (2000).

182 Some of the main groups being Movement for Democracy and Justice in Chad (MDJT), United Front for Democratic Change (FUCD), Platform for Change, Unity and Democracy (SCUD), Rassemblement des forces démocratiques (RAFD), Union des Forces pour la Démocratie et le Développement (UFDD), Rally for Democracy and Change (RLD).

183 Military intervention by Guinean troops (2003).

184 Active groups being United National Liberation Front (UNLF), People's Liberation Army (PLA), People's Revolutionary Party of Kangleipak (PREPAK), Kanglei Yawol Kunna Lup (KYKL), People's Republican Army (PRA), Kuki National Army (KNA), Nationalist Socialist Council of Nagaland-Isaac Muivah (NSCN-IM), Kangleipak Communist Party (KCP), Manipur People's Liberation Front (MPLF), Kuki Liberation Army (KLA), Zomi Liberation Army, Zomi Liberation Front, People's United Liberation Front (PULF), United Kuki Liberation Front (UKLF). Manipur Komrem Revolutionary Front (MKRF).

185 Military intervention by French troops (2002).

186 Military intervention by the United States and United Kingdom (Dec. 2001) augmented with multinational coalition forces (>100 troops at one point) from Australia, Belgium, Canada, Denmark, France, Germany, Greece, Italy, Netherlands, Norway, Spain, Turkey (2002-). In 2003 Pakistani forces staged an offensive against insurgents.

187 Previously known as the Darfur Liberation Front, Justice and Equality Movement (JEM).

Iraq (Anti-Regime)	2004-2006	Local Insurgents, Tribal Militias and Terrorist Groups <sup>188</sup> vs. Government and Coalition Forces <sup>189</sup>
Thailand	2004-2006	Various Groups <sup>190</sup> vs. Government
Sri Lanka II	2005-2006	Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), vs. Government and Forces of Vinayagamoorthy Muralitharan alias 'Colonel Karuna

#### (4) Sub-state Wars

<i>War Name</i>	<i>Time Span</i>	<i>Participants</i>
Cyprus	1964	Ethniki Organosis Kiprion Agoniston (EOKA) vs. Türk Mukavemet Teskilati (TMT) & Intervention <sup>191</sup>
Burundi	1972-1973	Hutu Militias vs. Tutsi Minority
Lebanon	1975-1990	Various Groups <sup>192</sup> & Intervention <sup>193</sup>
Chad	1978-1993	Various Groups <sup>194</sup> & Interventions <sup>195</sup>
Liberia (Factional Fighting)	1990-1996	National Patriotic Front of Liberia (NPFL), Independent National Patriotic Front (INPFL) vs. United Liberation Movement of Liberia for Democracy (ULIMO) vs. Liberia, ECOMOG <sup>196</sup>
Kenya	1991-1993	Warring Groups of the Turkana and Borana Communities

188 Dawlat al-'Iraq al-Islamiyya (Islamic State in Iraq, ISI), Al-Mahdi Army, Ansar al-Islam, Reformation and Jihad Front (RJF), Jaish Ansar Al-Sunna (JAAS), Jama'at al-Tawhid wa'al-Jihad, Tanzim Qa'idat al-Jihad fi Bilad al-Rafidayn.

189 A) Parties participating with troops since the initial invasion: United States (2003-), United Kingdom (2003-), Australia (2003-), Poland (2003-); B) other coalition forces (>100 troops at one point) involved in military operations: Albania (2003-), Azerbaijan (2003-), Bulgaria (2003-), Czech Republic (2003-), Denmark (2003-), Dominican Republic (2003-04), El Salvador (2003-), Georgia (2003-), Honduras (2003-04), Hungary (2003-05), Italy (2003-06), Japan (2004-06), , Latvia (2004-), Lithuania (2003-07), Mongolia (2003-), Netherlands (2003-05), Nicaragua (2003-04), Norway (2003-06), Portugal (2003-05), Romania (2003-), Singapore (2003-05), South Korea (2003-), Spain (2003-04), Thailand (2003-04), Ukraine (2003-05).

190 Active groups being Gerakan Mujahadeen Islam Pattani (GMIP), Pattani Islamic Mujahideen Movement), Bersatu, Mujahideen Pattani Movement (BNP), Kampulan Mujahideen Malaysia (KMM), Pattani United Liberation Organisation (Pulo), Barisan Revolusi Nasional (BRN), Jemaah Islamiah.

191 EOKA supported by Greece, TMT supported by troops from Turkey.

192 Main groups being Progressive Socialist party/Lebanese National Movement, Forces Libanaises (FL), PLO, Al Fatah, Afwaj al-Muqawamah al-Lubnaniyyah (AMAL), Hezbollah, Islamic Jihad, South Lebanese Army (SLA), Lebanese Communist Party (LCP), Popular Front for the Liberation of Palestine/General Command (PFLP/GC), Syrian Socialist Nationalist Party (SSNP), Lebanese National Resistance Front, Popular Nasserite Organization, Lebanese Baath Party.

193 Military intervention by Israel (1978-85), Syria (1976-90) and the U.S.-led Multinational Force (USMC) in Beirut including troops from Italy, France, the United Kingdom and the United States (1982-84).

194 Some of the main groups being Forces armées du nord (FAN), Forces Armées Tchadiennes (FAT), Forces Armées Populaires (FAP), The Islamic Legion, Mouvement Patriotique du Salut (MPS), Mouvement pour la salvation nationale tchadienne (Mosanat), Comité de Sursaut National de la Paix et de la Démocratie (CSNPD), Forces Armées de la République Fédérale (FARF), Mouvement pour la Démocratie et le Développement (MDD), Front National du Tchad Renouvelé (FNTR), Comité national de redressement (CNR), Front national tchadien (FNT), Mouvement pour la démocratie et la justice au Tchad (MDJT).

195 Military intervention by Libya (1980-87), France (1983-88), and Zaire/DR Congo (1983-84).

196 Military intervention by ECOMOG troops: Gambia (1990-96), Mali (1991-96), Senegal (1991-93), Guinea (1990-96), Sierra Leone (1990-91), Ghana (1990-96), Nigeria (1990-96).

Sierra Leone	1991-2000	Revolutionary United Front (RUF), Armed Forces Revolutionary Council (AFRC), Kamajors, Sierra Leone Army <sup>197</sup> , ECOMOG <sup>198</sup>
Bosnia-Herzegovina	1992-1995	Bosnian Serbs, Serb Militias vs. Bosnia-Herzegovina vs. Croatian Irregulars <sup>199</sup>
Afghanistan (Factional Fighting)	1992-2002	Various Groups/Clans <sup>200</sup> , Intervention by Multinational Forces <sup>201</sup>
Somalia <sup>202</sup> (Factional Violence)	1992-2006	Various Groups/Clans <sup>203</sup> & Humanitarian Intervention <sup>204</sup>
CongoZaire (Communal Fighting)	1993-1994	Banyamulenge Militias, Tutsi FPR Guerrilla, Interahamwé Militias
Pakistan (Muhajir)	1994-1995	Various Groups <sup>205</sup>
Congo/Zaire (Factional Fighting)	1998-2006	Various Groups <sup>206</sup> , Government Leftovers & Interventions <sup>207</sup>
Nigeria (Inter-communal Fighting) <sup>208</sup>	1999-2006	Muslim Militias (Al Sunna Wal Jamma) vs. Christian Militias (Igbo's) vs. Arewa People's Congress vs. Government's Security Forces
Indonesia (Molucca)	1999-2002	Laskar Jihad, Mujahedeen KOMPAK, Front for the Sovereignty of the Moluccas (FKM), Republic of South Maluku group & Armed Forces of Indonesia

197 Supported by troops from Guinea and Nigeria (1991).

198 Military intervention by ECOMOG troops: Guinea (1997), Nigeria (1997), Ghana (1997); deployment of British paratroopers (2000).

199 Military intervention by official Serbian and Montenegrin troops (1993). 1995 NATO launched a sustained air strike campaign (Operation Deliberate Force) against Bosnian Serb military targets (nations contributing combat aircraft included France, Netherlands, Spain, United Kingdom and United States).

200 Main groups being the Taliban, Hezb-i-Islami, Hezb-i-Wahdat, Jumbish-e Milli Islami (National Islamic Movement), Jamiat-i-Islami (Islamic Society), Northern Alliance plus several warlord militias.

201 Military intervention by the United States and United Kingdom augmented with multinational coalition forces (>100 troops at one point) from Australia, Belgium, Canada, Denmark, France, Germany, Greece, Italy, Netherland, Norway, Spain, Turkey (2002-).

202 For the Somalian war a new war start and new war type is coded after Siad Barre's regime collapsed and factional fighting among former allies took over.

203 Main groups being USC (United Somali Congress) & UCS factions; Somali Democratic Movement (SDM), Somali Democratic Alliance (SDA), Somali National Alliance (SNA), Southern Somali National Movement (SSNM), Somali National Front (SNF), Rahanweyn Resistance Army (RRA), Somali Reconciliation and Restoration Council (SRRC) plus several warlord militias.

204 Intervention by the United Nations Operation in Somalia (UNOSOM I & II) plus U.S.-led operation "Restore Hope" including a rapid-reaction force under U.S. operational control (1992-94); Intervention by Ethiopian troops (2006).

205 Main groups being Muhajir Qaumi Movement (MQM), Pakistan People's Party (PPP), Pakistan Muslim League (PML), Sipah-i-Sahaba Pakistan (SSP), Tehrik-i-Jafaria Pakistan (TJP), MQM faction (MQM-Haqiqi) plus militias and Pakistani paratroops.

206 The main groups being Forces Armées Zairoises (FAZ), ex-Forces Armées Rwandaises (ex-FAR), Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR), Mai-Mai militias, Interahamwé Militias, Rassemblement Congolais pour la démocratie (RCD), RCD faction (RCD-ML, RCD/Goma), Les mongoles, Mouvement de libération congolaise (MLC), Union des Patriotes Congolais (UPC), Banyamulenge Militias, Hema Militias (Union des Patriotes Congolais, UPC), Party for Unity and Safeguarding of the Integrity of Congo (PUSIC), Lendu Militias (Front for National Integration, FNI), Forces Armées des Peuples du Congo (FAPC).

207 Military Intervention by regular and irregular troops from Angola (1998-2002), Zimbabwe (1998-2001), Namibia (1998-2001), Chad (1998-2001), Rwanda (1998-2003), and Uganda (1998-2003).

208 At the same time there is a complex armed conflict between ethnic organized groups, mainly in the south of Nigeria. Since it is hard to find reliable casualty figures that can be related to specific conflicts, the communal fighting between Ijaws, Itsekiris, Ilajes, Tivs, Jukuns, Fulani and Kutebs is, so far, not being classified as a war.

India (Gujarat) 2002-2006 Sangh Parivar (family of Hindu nationalist organizations)<sup>209</sup> vs. Muslim groups

---

<sup>209</sup> Intervention by the United Nations Operation in Somalia (UNOSOM I & II) plus U.S.-led operation 'Restore Hope' including a rapid-reaction force under U.S. operational control (1992-94); Intervention by Ethiopian troops (2006).

## Liste der aus dem Projekt hervorgegangen Publikationen

- Chojnacki, Sven: Auf der Suche nach des Pudels Kern: *Alte* und *Neue* Typologien in der Kriegsforschung. In: Beyrau, Dietrich/Hochgeschwender, Michael/Langewiesche, Dieter (Hrsg.): *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Paderborn u.a.: Schöningh 2007, S. 479-502.
- Chojnacki, Sven: Democratic Wars and Military Interventions, 1946-2002. The Monadic Level Reconsidered. In: Brock, Lothar/Geis, Anna/ Müller, Harald (eds), *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of the Democratic Peace*, Houndmills: Palgrave Macmillan 2006, S. 13-37.
- Chojnacki, Sven: Anything New or More of the Same? Wars and Military Interventions in the Contemporary International System, 1946-2003. In *Global Society* 20 (2006), 1, S. 25-46.
- Chojnacki, Sven: Verführung des Neuen - oder: der Gesang der Sirenen. Eine kritische Bestandsaufnahme der Debatte über den Wandel der Kriegsformen. In: Calließ, Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.), *Chancen für den Frieden*, Rehbürg-Loccum 2006, S. 43-94.
- Chojnacki, Sven: Kriege im Wandel. Eine typologische und empirische Bestandsaufnahme. In: Geis, Anna (Hrsg.), *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*, Baden-Baden: Nomos 2006, S. 47-74.
- Chojnacki, Sven: Privatisierte Sicherheit. Substaatliche Kriege und Formen alternativer Gewaltproduktion. In: *Internationale Politik* 60 (2005), 9, S. 34-42.
- Chojnacki, Sven: Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegsformen. In: Frech, Siegfried, Trummer, Peter I. (Hrsg.), *Neue Kriege. Akteure, Gewaltmärkte, Ökonomie*, Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag 2005, S. 73-99.
- Chojnacki, Sven: Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht. In: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*. 32 (2004), 3, S. 402-424.
- Chojnacki, Sven: Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001. In: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.), 2004: *Demokratien im Krieg*, AFK-Friedensschriften, Band 31, Baden-Baden: Nomos 2004, S. 72-106 [erschienen auch als P 2003 - 304, Wissenschaftszentrum Berlin, 2003].
- Chojnacki, Sven: Schnelle Siege bei geringen Kosten? Demokratien und Kriege seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: *WZB-Mitteilungen*, Heft 100 (2003), S. 19-22.
- Chojnacki, Sven/Eberwein, Wolf-Dieter/Mehler, Andreas: Sich kreuzende Blickwinkel auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention. Ein Workshopbericht. Discussion Paper P03-301, Wissenschaftszentrum Berlin 2003.
- Chojnacki, Sven: Kriege und Katastrophen im internationalen System. Empirische Entwicklungen und neue Herausforderungen. In: Eberwein, Wolf-Dieter/Runge, Peter (Hrsg.), *Humanitäre Hilfe statt Politik? Neue Herausforderungen für ein altes Politikfeld*. Münster: Lit 2002.
- Chojnacki, Sven: Kriege der Zukunft: Reaktionsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft. In: *Die Kriege der Zukunft. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, epd-Dokumentationen (2002), 31, S. 63-69.

Chojnacki, Sven 2002: Wandel der Kriegsformen: Die Dimensionen neuer, privatisierter Kriege. In: Die Kriege der Zukunft. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, epd-Dokumentationen (2002), 31, S. 40-47.

## Literaturverzeichnis

- Abdullah, Ibrahim/Muana, Patrick: The Revolutionary United Front of Sierra Leone. In: Christopher Clapham (ed.): African Guerrillas. Oxford: University Press 1998, S. 172-193.
- Adebajo, Adekeye: Building Peace in West Africa - Liberia, Sierra Leone and Guinea-Bissau. Boulder: Lynne Rienner 2002.
- Albrecht, Ulrich: Militärinterventionismus - Konzept mit oder ohne Zukunft? In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Nach der Jahrtausendwende. Zur Neuorientierung der Friedensforschung. Münster: Agenda Verlag 2001, S. 149-167.
- Azam, Jean-Paul/Hoeffler, Anke: Violence Against Civilians in Civil Wars: Looting or Terror. In: Journal of Peace Research 39 (2002), 4, S. 461-485.
- Benz, Arthur (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: Vs Verlag. 2004.
- Berdal, Mats/Malone, David M. (eds): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: Lynne Rienner 2000.
- Bojicic, Vesna/Kaldor, Mary: The political economy of the war in Bosnia-Herzegovina. In: Mary Kaldor/Basker Vashee (eds): New Wars. London: Pinter. 1997, S. 137-176.
- Bremer, Stuart A./Cannizzo, Cynthia/Kegley, Charles W./Ray, James Lee: The Scientific Study of War. New York: Learning Resources in International Studies 1975.
- Brownmiller, Susan: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Frankfurt am Main: Fischer 1978.
- Bruha, Thomas/Tams, Christian J.: Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 22 (2005), S. 32-39.
- Brzoska, Michael: 'New Wars' Discourse in Germany. In: Journal of Peace Research 41 (2004), 1, 107-117.
- Bueno de Mesquita, Bruce: Domestic politics and international relations. In: International Studies Quarterly 46 (2002), 1, S. 1-9.
- Bull, Hedley: The Anarchical Society, A Study of Order in World Politics, London: Macmillan 1977.
- Cairns, Edmund: A Safer Future: Reducing the Human Costs of War. Oxford Oxfam Publishing 1997.
- Calic, Marie-Janine: Krieg und Frieden in Bosnien Hercegovina. Frankfurt a. M: Suhrkamp, 1996.
- Callaghy, Thomas/Kassimir, Ronald/Latham, Robert: Introduction: Transboundary Formations, Interventions, Order, and Authority. In: Callaghy, Thomas/Kassimir, Ronald/Latham, Robert (eds): Intervention and Transnationalism in Africa. Global-Local Networks of Power. Cambridge: Cambridge University Press 2001, S. 1-21.
- Chojnacki, Sven: Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 32 (2004a), 3, 402-424.

- Chojnacki, Sven: Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001. In: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.): Demokratien im Krieg, AFK-Friedensschriften, Band 31. Baden-Baden 2004b, S. 72-106.
- Chojnacki, Sven/Eberwein, Wolf-Dieter/Mehler, Andreas: Sich kreuzende Blickwinkel auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention. Ein Workshopbericht. Discussion Paper P03-301. Berlin: Wissenschaftszentrum 2003.
- Clapham, Christopher: Africa and the International System. The politics of state survival. Cambridge: Cambridge University Press 1996.
- Clapham, Christopher: The Global-Local Politics of State Decay. In: Rotberg, Robert I. (ed.): When States Fail. Causes and Consequences. Princeton: Princeton University Press 2004, S. 77-93.
- Collier, Paul: Doing Well out of War. In: Berdal, Mats/Malone, David (eds): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: Lynne Rienner, 2000, S. 91-111.
- Collier, Paul/Elliot, Lani/Hegre, Håvard/Hoeffler, Anke/Reynal-Querol, Marta/Sambanis, Nicholas: Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy. Washington: World Bank 2003.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke: Data Issues in the Study of Conflict. Papier für die Konferenz 'Data Collection on Armed Conflict', Uppsala, 8.-9. Juni 2001.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke/Söderbom, Mats: On the Duration of Civil War. In: Journal of Peace Research 41 (2003), 3, S. 253-273.
- Cramer, Christopher: Homo Economicus Goes to War: Methodological Individualism, Rational Choice and the Political Economy of War. In: World Development 30 (2002), 11, S. 1845-1864.
- Daase, Christopher: Krieg und politische Gewalt: Konzeptionelle Innovation und theoretischer Fortschritt. In: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2003, S. 161-208.
- Daase, Christopher: Krieg und Terrorismus. Tendenzen politischer Gewalt nach dem 11. September. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Krieg - Mittel der Politik? Bewaffnete Konflikte im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Baden-Baden: Nomos 2002, S. 365-389.
- Deutsch, Karl W.: Introduction. In: Wright, Quincy, A Study of War, 2<sup>nd</sup> Edition, Chicago: University of Chicago Press 1965.
- Doornbos, Michael: State collapse and fresh starts: Some critical reflections. In: Development and Change 33 (2002), 5, S. 797-815.
- Doyle, Michael W./Sambanis, Nicholas: International Peacebuilding: A Theoretical and Quantitative Analysis. In: American Political Science Review 94 (2002), 4, S. 779-801.
- Duffield, Mark: Post-modern Conflict: Warlords, Post-adjustment States and Private Protection. In: Civil Wars 1 (1998), 1, S. 65-102.

- Duffield, Mark: Globalization, Transborder Trade and War Economies. In: Berdal, Mats/ Malone, David M. (eds): *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne Rienner 2000, S. 69-89.
- Duffield, Mark: *Global governance and the new wars*. London: Zed Books 2001.
- Eberwein, Wolf-Dieter: Quantität und Qualität - Beide gehören zusammen. In: *Ethik und Sozialwissenschaften* 8 (1997), 3, S. 270-272.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Chojnacki, Sven: *Scientific Necessity and Political Utility. A Comparison of Data on Violent Conflicts*, Wissenschaftszentrum Berlin P 01-304.
- Ehrke, Michael: Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte. Ein Literaturbericht. Arbeitspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung Abt. Frieden und Sicherheit. März 2002. Bonn/Berlin. Internet: <<http://www.fes.de/indexaktuelles.html>> (Download 4.4. 2002).
- Ellis, Stephen: *The Mask of Anarchy*. New York: University Press 1999.
- Ellis, Stephen: Liberia's Warlord Insurgency. In: Clapham, Christopher (ed.): *African Guerrillas*. Oxford: James Currey 1998, S. 155-171.
- Ellis, Stephen: Liberia 1989-1994. A Study of Ethnic and Spiritual Violence. In: *African Affairs*, 95 (1995), S. 165-197.
- Elwert, Georg: Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: *Soziologie der Gewalt*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 37. Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 86-101.
- Esty, Daniel C./Goldstone, Jack/Gurr, Ted Robert/Harff, Barbara/Surko, Pamela T./Unger, Alan N./Chen, Robert S.: *The State Failure Project: Early Warning Research for U.S. Foreign Policy Planning*. In: Davies, John/Gurr, Ted Robert (eds): *Preventive Measures*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers 1998.
- Fearon, James D.: Why some civil wars last so much longer than others? In: *Journal of Peace Research* 41 (2004), 3, S. 275-301.
- Fearon, James D./Laitin, David D.: Ethnicity, insurgency, and civil war. In: *American Political Science Review* 97 (2003), 1, S. 75-90.
- Francis, David J.: Mercenary intervention in Sierra Leone: providing national security or international exploitation? In: *Third World Quarterly* 20 (1999), 2, S. 319-338.
- Gantzel, Klaus Jürgen: *Neue Kriege? Neue Kämpfer?*, Arbeitspapier Nr. 2/2002. Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg 2002.
- Genschel, Philipp/Schlichte, Klaus: Wenn Kriege chronisch werden: Der Bürgerkrieg. In: *Leviathan* 25 (1997), 4, S. 501-517.
- Gleditsch, Nils Petter/Wallensteen, Peter/Eriksson, Mikael/Sollenberg, Margareta/Strand, Havard: *Armed Conflict 1946-2001: A new dataset*. In: *Journal of Peace Research* 39 (2002), 5, S. 615-637.
- Hirsch, John L.: *Sierra Leone - Diamonds and Struggle for Democracy*. Boulder: Lynne Rienner 2001.
- Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus gestern und heute: Entwicklungen, Ausrichtung, Ziele. In: Hans Frank/Kai Hirschmann (Hrsg.): *Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag. 2002, S. 27-66.

- Holsti, K. J.: *The state, war, and the state of war*. Cambridge: Cambridge University Press 1996.
- Howe, Herbert: *Lessons of Liberia*. In: *International Security* 21 (1996/97), 3, S. 145-176.
- Imbusch, Peter: *Der Staatszerfall Jugoslawiens*. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag, 2005, S. 223-250.
- Jackson, Paul: *Warlords as Alternative Forms of Governance*. In: *Small Wars and Insurgencies* 14 (2003), 2, S. 131-150.
- Jean, François/Rufin, Jean Christophe (Hrsg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg: Hamburger Edition 1999.
- Kaldor, Mary: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Cambridge: Polity Press 1999.
- Kalyvas, Stathis N.: 'New' and 'Old' civil wars: A valid distinction? In: *World Politics* 54 (2001), October, S. 99-118 Nr. 1.
- Keen, David: *The economic functions of violence in civil wars*. London: International Institute for Strategic Studies 1998.
- Keen, David: *Incentives and disincentives for violence*. In: Berdal, Mats/Malone, David M. (eds): *Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil War*. Boulder: Lynne Rienner 2000, S. 19-41.
- Konneh, Augustine: *Understanding the Liberian Civil War*. In: Kieh, G. K./Mukenge, I. R. (eds): *Zones of Conflict in Africa*. London: Praeger 2002, S. 73-89.
- Krasner, Stephen D.: *Sovereignty: Organized Hypocrisy*. Princeton: Princeton University Press 1999.
- Lacina, Bethany/Gleditsch, Nils Petter: *Monitoring Trends in Global Combat: A New Dataset of Battle Deaths*. In: *European Journal of Population* 21 (2005), 2-3, S. 145-166.
- Levy, Jack S.: *War in the Modern Great Power System*. Lexington: University Press of Kentucky 1983.
- Levy, Jack S./Walker, Thomas C./Edwards, Martin S.: *Continuity and Change in the Evolution of Warfare*. In: Maoz, Zeev/Gat, Azar (eds): *War in a Changing World*. Ann Arbor 2001, S. 15-48.
- Lock, Peter: *Sicherheit à la Carte? Entstaatlichung, Gewaltmärkte und die Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols*. In: Brühl, Tanja/ Debiel, Tobias/Hamm, Brigitte/Hummel, Hartwig/ Martens, Jens (Hrsg.): *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess*. Bonn: Dietz 2001, S. 200-229.
- Magyar, Karl P.: *ECOMOG's Operations: Lessons For Peacekeeping*. In: Magyar, Karl P/ Conteh-Morgan, E. (eds): *Peacekeeping in Africa*. London: Palgrave Macmillan 1998, S. 52-75.
- Matthies, Volker: *Eine Welt voller neuer Kriege? Wider das Gerede „von Krieg und Kriegsgeschrei“*. In: Fues, Thomas/Hippler, Jochen (Hrsg.): *Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft*. Bonn: JHW Dietz Verlag 2003, S. 236-255.

- Müller, Harald: *Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt a. M.: Fischer 2003.
- Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2002.
- Musah, Abdel-Fatau: Privatization of security, arms proliferation and the process of state collapse in Africa. In: *Development and Change* 33 (2002), 5, S. 911-933.
- Musah, Abdel-Fatau/Fayemi, Kayode: *Africa in Search of Security: Mercenaries and Conflicts - An Overview*. In: Musah, Abdel-Fatau/Kayode, Fayemi (eds): *Mercenaries: An African Security Dilemma*. London: Pluto Press 2000, S. 13-42.
- Muthien, Bernedette/Taylor, Ian: *The Return of the Dogs of War? The Privatization of Security in Africa*. In: Biersteker, Thomas J./Hall, Rodney B. (eds): *The Emergency of Private Authority in Global Governance*. Cambridge: University Press, S. 183-199.
- Oberschall, Anthony: *The manipulation of ethnicity: from ethnic cooperation to violence and war in Yugoslavia*. In: *Ethnic and Racial Studies* 23 (2000), 6, S. 982-1001.
- Newman, Edward: *The 'New Wars' Debate: A Historical Perspective is Needed*. In: *Security Dialogue* 35 (2004), 2, S. 173-189.
- Nordstrom, Carolyn: *Girls and War zones. Troubling Questions*. Uppsala: Life & Peace Institute 1997.
- Pape, Robert: *The Strategic Logic of Suicide Terrorism*. In: *American Political Science Review* 97 (2003), 3, S. 1-19.
- Pecency, Mark/Pickering, Jeffrey: *Military Interventions, Peacekeeping, and the Promotion of Democracy*. Paper prepared for the Annual Convention of the International Studies Association, New Orleans, LA, March 24-27, 2002.
- Pickering, Jeffrey: *Give Me Shelter: Reexamining Military Intervention and the Monadic Democratic Peace*. In: *International Interactions* 28 (2002), S. 293-324.
- Regan, Patrick M.: *Third Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts*. In: *Journal of Conflict Resolution* 46 (2002), 1, S. 55-73.
- Reno, William: *Sierra Leone: Warfare in a Post-State Society*. In: Rotberg, Robert (ed.): *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Washington: World Peace Foundation 2003, S. 71-100.
- Reno, William: *War and the failure of peacekeeping in Sierra Leone*. In: *SIPRI Yearbook* 2001. Oxford: University Press 2001, S. 149-161.
- Reno, William: *Warlord Politics and African States*. Boulder: Lynne Rienner 1998.
- Rhodes, Edward: *The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda*. In: *Survival* 45 (2003), 1, S. 131-154.
- Richards, Paul: *The Sierra Leone-Liberia Boundary Wilderness: Rain Forest, Diamonds and War*. In: Nugent, Paul/Asiwaju, A.I. (eds): *African Boundaries*. London: Pinter 1996, S. 205-221.
- Richards, Paul: *Rebellion in Liberia and Sierra Leone*. In: Furley, Oliver W. (ed.): *Conflict in Africa*. New York & London: IB Tauris Publishers 1995, S. 134-170.
- Richardson, Lewis F.: *Statistics and Deadly Quarrels*. London: Boxwood Pr 1960.

- Ross, Michael L.: Oil, Drugs, and Diamonds: The Varying Roles of Natural Resources in Civil War. In: Ballentine, Karen/Sherman, Jake (eds): The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance. Boulder u.a.: Lynne Rienner 2003, S. 47-70.
- Sambanis, Nicholas: A Note on the Death Threshold in Coding Civil War Events, Unpublished Paper 2001.
- Sarkees, Meredith Reid/Singer, J. David: Armed Conflict & Future: A Master Typology? Papier für die Konferenz "Identifying Wars: Systemic Conflict Research and its Utility in Conflict Resolution and Prevention", 8.-9. Juni 2001, Uppsala. 2001.
- Sarkees, Meredith Reid/Wayman, Frank Whelon/Singer, J. David: Inter-State, Intra-State, and Extra-State Wars: A comprehensive look at their distribution over time, 1816-1997. In: International Studies Quarterly 47 (2003), S. 49-70.
- Schetter, Conrad: Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan. Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Außenpolitik 2004, 3, Köln.
- Schlichte, Klaus: Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9 (2002), 1, S. 113-137.
- Schneckener, Ulrich: Netzwerke des Terrors. Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus. SWP-Studie. S 42. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2002.
- Seifert, Ruth: Genderdynamiken bei der Entstehung, dem Austrag und der Bearbeitung von kriegerischen Konflikten. In: Peripherie (2002), Münster, 84, S. 26-47.
- Senghaas, Dieter: Die Konstitution der Welt - eine Analyse aus friedenspolitischer Sicht. In: Leviathan 31 (2003), 1, S. 117-152.
- Singer, J. David: Internationale Kriege der Neuzeit: Von Vermutungen zu Erklärungen. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1971, S. 277-312.
- Singer, J. David/Small, Melvin: The Wages of War, 1816-1965: A Statistical Handbook. New York: John Wiley & Sons Inc 1972.
- Singer, Peter W.: Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry. Ithaca: Cornell University Press 2003.
- Skjelsbæk, Inger 2001: Sexual Violence in Times of War: A New Challenge for Peace Operations? In: International Peacekeeping 8 (2001), 2, S. 69-84.
- Small, Melvin/Singer, J. David: Resort to Arms. International and Civil Wars, 1816-1980. Beverly Hills: Sage 1982.
- Smillie, Ian/Gberie, Lansana/Hazleton, Ralph: The Heart of the Matter: Sierra Leone, Diamonds & Human Security, Report, Ottawa, 2000.
- Sorokin, Pitirim: Social and Cultural Dynamics. New York: Bedminster Press 1937.
- Strand Havard/Wilhelmsen, Lars/Gleditsch, Nils Petter: Armed Conflict Dataset Codebook, Version 1.1, 9. Oslo 2002.
- Tillema, Herbert K.: Escalation and International War in the Nuclear Age, Foreign Overt Military Interventions, 1945-1988. Annual Meeting of the International Studies Association, Vancouver, British Columbia, Canada, March 19-23, 1991.

- Valentino, Benjamin/Huth, Paul/Balch-Lindsay, Dylan: 'Draining the Sea': Mass Killing and Guerrilla Warfare. In: International Organization 58 (2004), 2, S. 375-407.
- Van Creveld, Martin: The Transformation of War. New York: Free Press 1991.
- Van Evera, Stephen: Causes of War. Power and the Roots of Conflict. Ithaca: Cornell University Press 1999.
- Vasquez, John A.: The war puzzle. Cambridge: Cambridge University Press 1993.
- Waldmann, Peter: Terrorismus und Bürgerkrieg. München: Murmann Verlag 2003.
- Waldmann, Peter: Bürgerkrieg. Annäherung an einen schwer faßbaren Begriff. In: Leviathan. 25 (1998), 4, S. 480-500.
- Wright, Quincy : A Study of War. Chicago: University of Chicago 1942.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael: Frieden und Krieg. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2003.
- Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1998.

### **Folgende Publikationen sind über die DSF zu beziehen (Auswahl):**

#### **Forum DSF:**

- Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. Osnabrück 2004 (Heft 2).
  - Deutsche Stiftung Friedensforschung: 2001 bis 2006/100 Jahre Friedensnobelpreis: Bertha von Suttner. Osnabrück 2006 (Heft 3).

#### **Forschung DSF:**

- Lars Klein/Andreas Steinsieck: Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive. Osnabrück 2005 (Heft 4).
- Linda Helfrich/Sabine Kurtenbach: Kolumbien – Wege aus der Gewalt. Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte. Osnabrück 2006 (Heft 5).
- Michael Brzoska/Wolf-Christian Paes: Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara. Osnabrück 2007 (Heft 7).
  - Thorsten Stodiek/Wolfgang Zellner: The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans: A Record of Mixed Success. Osnabrück 2007 (Heft 8).
  - Thorsten Benner/Andrea Binder/Philipp Rotmann: Learning to Build Peace? United Nations Peacebuilding and Organizational Learning: Developing a Research Framework. Osnabrück 2007 (Heft 9).
- Bernd W. Kubbig: Missile Defence in the Post-ABM Treaty Era: The International State of the Art. Osnabrück 2007 (Heft 10).
  - Jens Binder/Michael Diehl: Entscheidungen in multilateralen Konflikten. Osnabrück 2007 (Heft 11).
- Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff/Malcolm Dando: A Paradigm Shift in the CBW Proliferation Problem: Devising Effective Restraint on the Evolving Biochemical Threat. Osnabrück 2008 (Heft 12).
  - Sabine Klotz: Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina. Osnabrück 2008 (Heft 13).
    - Sven Chojnacki: Wandel der Gewaltformen im internationalen System, 1946-2006. Osnabrück 2008 (Heft 14).
  - Susanne Buckley-Zistel: Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-genocide Rwanda. Osnabrück 2008 (Heft 15).

#### **Jahresberichte DSF:**

- Jahresberichte 2001 – 2006.

#### **Arbeitspapiere DSF:**

- Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen. Osnabrück 2005 (Heft 1).
  - Die Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen. Osnabrück 2007 (Heft 2).
- Grundprobleme der Konfliktbeteiligung und Friedenskonsolidierung mit besonderer Berücksichtigung der Konfliktherde auf dem afrikanischen Kontinent. Osnabrück 2007 (Heft 3).